



Landtag von Baden-Württemberg

79. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 23. Oktober 2013 • Kunstgebäude

Beginn: 9:03 Uhr

Schluss: 12:29 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4763	2. Aktuelle Debatte – EEG 2.0 – ein neues Finanzierungsdesign für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien – beantragt von der Fraktion GRÜNE.	4777
Wahl eines Vertreters des Landtags in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung	4763	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	4777, 4787
Begrüßung einer Delegation der Schweizerischen Bundesversammlung unter Leitung der Präsidentin, Frau Dr. Kathy Riklin, sowie des Botschafters der Schweiz, Seiner Exzellenz Herrn Tim Guldemann, und der Generalkonsulin in Stuttgart, Frau Irene Flückiger Sutter.	4792	Abg. Paul Nemeth CDU.	4778, 4788
1. Aktuelle Debatte – Zu wenig Lehrer – Schulen und Finanzminister Dr. Schmid in Bedrängnis – beantragt von der Fraktion der CDU.	4763	Abg. Johannes Stober SPD	4780, 4789
Abg. Volker Schebesta CDU	4763, 4773	Abg. Andreas Glück FDP/DVP	4781, 4789
Abg. Sandra Boser GRÜNE.	4765, 4774	Minister Franz Untersteller	4783
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	4767, 4775	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften – Drucksache 15/4127	4790
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP.	4768, 4775	Minister Alexander Bonde	4790
Minister Andreas Stoch	4770	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU.	4793, 4801
Staatssekretär Ingo Rust.	4776	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE.	4794
		Abg. Claus Schmiedel SPD	4796
		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	4799
		Beschluss	4802
		Nächste Sitzung	4802

Protokoll

über die 79. Sitzung vom 23. Oktober 2013

Beginn: 9:03 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 79. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Kollegen Throm erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Staatssekretärin von Wartenberg und Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Minister Dr. Schmid, Frau Kollegin Lindlohr sowie Herr Kollege Mack.

Meine Damen und Herren, der Landtag hat in seiner 5. Sitzung am 26. Mai 2011 17 Mitglieder für die Dauer der Wahlperiode in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung gewählt. Frau Kollegin Elke Brunnemer hat mit Schreiben vom 15. Oktober 2013 mitgeteilt, dass sie zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus dem Kuratorium ausscheiden möchte.

Das Vorschlagsrecht für die Nachfolgerin oder den Nachfolger steht der Fraktion der CDU zu. Die CDU-Fraktion hat mit Schreiben vom 10. Oktober 2013 für den Zeitraum ab dem 1. November 2013 Herrn Abg. Felix Schreiner als Nachfolger vorgeschlagen.

Sind Sie damit einverstanden, in offener Wahl über diesen Wahlvorschlag abzustimmen? –

(Zurufe: Ja!)

Dies ist der Fall.

Kann ich davon ausgehen, dass Sie diesem Wahlvorschlag zustimmen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

und Herr Kollege Felix Schreiner in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung gewählt.

Meine Damen und Herren, im **E i n g a n g** befindet sich die Mitteilung der Landesregierung vom 2. Oktober 2013 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen. Sie ist Ihnen als Drucksache 15/4133 zugegangen. Ich schlage vor, die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/4133, an den Ausschuss für Europa und Internationales zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Zu wenig Lehrer – Schulen und Finanzminister Dr. Schmid in Bedrängnis – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten mit der üblichen Aufteilung auf die Fraktionen festgelegt.

Mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung bitte ich, im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Volker Schebesta.

(Abg. Volker Schebesta CDU legt auf einem Schriftführerplatz ein Schriftstück ab. – Abg. Walter Heiler SPD: Alles Redezeit!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid hat recht: Die SPD, ihre Führung im Land und er selbst sind in Bedrängnis. Die Führungsriege der SPD im Land wurde beim Landesparteitag am vergangenen Wochenende abgestraft.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was?)

Minister Dr. Schmid erhielt bei der Wahl des Vorsitzenden 71,5 % der Stimmen, Minister Friedrich bei der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden 60,3 %,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ihr habt echt Sorgen! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Kultusminister Stoch schnitt bei den Beisitzerwahlen zum erweiterten Landesvorstand unter „ferner liefern“ ab.

(Lachen bei der SPD – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist nicht zum Lachen, das ist zum Heulen!)

Die Vorschläge der Fraktion, die Politik der Fraktion wurden vom Parteitag nicht mitgetragen, sondern dort wurde gegen den ausdrücklichen Willen der Fraktion, gegen ausdrückliche Beschlüsse gestimmt und die Fraktion damit in Bedrängnis gebracht.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

(Volker Schebesta)

Die Schulen und die Bildungspolitik – das ist der zweite Punkt – sind in Bedrängnis, weil die Landesregierung zu wenige Lehrerinnen- und Lehrerstellen zur Verfügung stellt, zu viele Lehrerinnen- und Lehrerstellen abbauen will. Daran hat auch der Ministerwechsel nichts geändert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Jetzt wollte Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid diese Stimmung auffangen und hat den Lehrstellenabbau infrage gestellt. Damit hat sich zu diesen Haushaltszahlen die Erkenntnis durchgesetzt, die wir von Anfang an hatten. Sie werden Maßnahmen wie den Ausbau der Ganztagschulen nicht durchsetzen können, ohne dass dies zulasten der Unterrichtsversorgung erfolgt und erheblichen Einfluss auf die Arbeit an den Schulen in unserem Land hat. Willkommen im Klub! Der Abbau der Lehrerstellen erfolgt in zu großem Umfang. Der Abbau der Unterrichtsversorgung ist in dem Umfang, wie Sie ihn vornehmen, zu groß, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es geht nicht darum, Herr Ministerpräsident, festzustellen, wie hoch der Schülerzahlenrückgang ist, um dann zu justieren, ob es im nächsten Jahr bei einem Abbau von 1 200 Lehrerstellen bleibt.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Es geht darum, dass Sie in Ihrem Koalitionsvertrag angekündigt haben, die Stellen, die aufgrund zurückgehender Schülerzahlen nicht mehr notwendig sind, in Ihre eigenen Maßnahmen zu stecken. Das haben Sie aber nicht gemacht. Denn in den Finanzausschussberatungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 ist ganz klar gesagt worden: „Alles, was rechnerisch frei wird, geht in den Lehrstellenabbau.“

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

So wird man den Schulen nicht gerecht. Deshalb mussten Sie das allgemeine Entlastungskontingent reduzieren, deshalb mussten Sie in der Öffentlichkeit über die Streichung der Altersermäßigung diskutieren, was die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer nicht erhöht hat, deshalb haben Sie den Ergänzungsbereich zulasten der Unterrichtsversorgung massiv herunterfahren müssen. Das sind die Auswirkungen Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Grünen sind aber noch nicht zu dieser Erkenntnis gekommen; sie ignorieren das.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Frau Sitzmann, die Fraktionsvorsitzende: „Grün-Rot hat es nicht nötig, den Kurs infrage zu stellen.“

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Der Ministerpräsident sieht im Gegensatz zu Schmid keine Alternative.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Und: Er kenne die Liturgie von Parteitag.

Es geht uns nicht um Parteitage, sondern um die Situation an den Schulen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dafür brauchen wir Entscheidungen der Landesregierung und keine Worthülsen auf Landesparteitagen und im Vorfeld von Landesparteitagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben dazu Gelegenheit: Ändern Sie in den Nachtrags Haushaltsberatungen den vorgesehenen Umfang des Lehrstellenabbaus für das nächste Schuljahr.

Sie von der SPD werden ja wohl nicht so billig davonkommen wollen, im Haushaltsjahr 2015 – etwa ein Dreivierteljahr vor der Wahl – für das Schuljahr 2015/2016 vielleicht noch irgendwelche Schlucke aus der Pulle zu nehmen. Die Schulen brauchen jetzt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

die Schulen brauchen im nächsten Schuljahr mehr Lehrer. Mit dem Nachtragshaushalt haben Sie die Gelegenheit, das, was für den Parteitag zum Besten gegeben worden ist, in konkrete Handlungen umzusetzen. Wir sind gespannt auf Ihre Arbeit, die Sie dafür leisten werden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Diskutiert wird seit dem Wochenende auch über einen neuen Anlauf für eine Übereinstimmung von Regierung und Opposition in Bildungsfragen. Ich bin Ihnen, Herr Ministerpräsident, dankbar, dass Sie gestern deutlich gemacht haben, dass es keinen Schulkrieg gibt. Denn die Unzufriedenheit, die Minister Dr. Schmid im Vorfeld des Landesparteitags aufgenommen hat, ist da. Sie hat natürlich in dem, was wir als Opposition in die politische Arbeit einbringen, auch ihre Stimme. Das ist unsere Aufgabe – im Interesse der Kinder in unserem Land.

Sie von den Regierungsfractionen hat vor 2011 nicht interessiert, ob es eine Übereinstimmung von Regierung und Opposition in Bildungsfragen gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Sie hat es 2011 nicht interessiert, als Sie ein Umkrempeln der Schulen in unserem Land beschlossen haben.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Jetzt stehen Sie mit dem Rücken an der Wand,

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

haben das Haus angezündet und schreien nach der Feuerwehr – sehr billig, wie Sie damit in der Öffentlichkeit Punkte machen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wie ernsthaft sind Ihre Anläufe dazu? Sie sagen, wir sollten aus unseren „ideologischen Schützengräben“ herauskommen. Das ist ein prima Einstieg in Gespräche, um zu einer Übereinstimmung zu kommen.

(Volker Schebesta)

Herr Schmiedel sagte gestern, eine Annäherung sei über die Realschulpolitik möglich; man solle in solchen gemeinsamen Gesprächen doch den Erwerb des Hauptschulabschlusses an den Realschulen vereinbaren. Das finde ich spitze. Da bekommen die Regierungsfractionen am letzten Donnerstag beim Realschullehrerverband den Frack voll, greifen das auf und nehmen einen ohnehin im Raum stehenden Vorschlag als großzügiges Angebot zum Einstieg in solche Gespräche.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lächerlich!)

Das ist nicht die richtige Grundlage, um zu einer solchen Übereinstimmung zu kommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir sind gesprächsbereit. Aber wir richten unsere Entscheidungen und unser Verhalten nicht an Stimmungen auf Landesparteitagen aus,

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

sondern an den Interessen der Kinder, der Schulen und der Schulträger. Das ist für uns der Maßstab.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Ausgestochen!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Derzeit sind im baden-württembergischen Bildungssystem so viele Lehrerinnen und Lehrer wie noch nie verankert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Wo kommen die denn her?
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Aus der CDU-Regie-
rungszeit!)

Dem stehen immer weniger Schülerinnen und Schüler gegenüber. Wir haben in den ersten beiden Jahren unserer Regierungszeit keine einzige Lehrerstelle abgebaut – trotz des demografischen Wandels und trotz des doppelten Abiturjahrgangs. Eine unserer ersten Handlungen war, dass wir 2011 die von Ihnen beschlossene Kürzung von 711 Lehrstellen – Herr Dr. Kern, die FDP/DVP hat damals diese Kürzung mit beschlossen –

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Hört, hört!)

zurückgenommen haben. Wir haben damals keine Lehrerstelle gekürzt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben in diesem Jahr zum ersten Mal 1 000 Lehrstellen nicht wiederbesetzt. Das sind 289 Stellen mehr als bei der Kürzung, die Sie bereits vor zwei Jahren beschlossen hatten.

Was wir in den vergangenen beiden Jahren in das Bildungssystem investiert haben, kann ich Ihnen gern noch einmal aus-

führen. Wir haben die Poolstunden an den Realschulen eingeführt. Wir haben die Poolstunden an den Gymnasien ausgebaut.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben Ermäßigungsstunden und Anrechnungsstunden gekürzt! –
Gegenruf: Ruhe!)

Wir haben die Klassenzahl an den beruflichen Gymnasien ausgebaut.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hausaufgabenbetreuung gestrichen!)

Wir haben die Krankheitsvertretung jährlich um 200 Stellen ausgebaut. Es war für Sie in Ihrer Regierungszeit nie ein Thema, dass der Anteil der Krankheitsvertretung einen Wert von 2,5 % der Lehrerstellen erreicht – wie im Bundesdurchschnitt.

Wir haben die Gemeinschaftsschule eingeführt. Denn bereits zu Ihrer Regierungszeit wurde immer wieder eine Schulart gefordert, die ein längeres gemeinsames Lernen möglich macht. Diesen Wunsch ignorieren Sie bis heute.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Das haben nur Sie gefordert! Leseklassen gestrichen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hausaufgabenbetreuung gestrichen!)

Wir haben in den U-3-Bereich investiert. Wir haben die Schulsozialarbeit ausgebaut.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Deshalb ist die
Stimmung so gut!)

Wir haben die Sprachförderung ab dem ersten Kindergartenjahr ausgebaut. Wir haben in diesem Jahr die Bugwellenstunden an den Gymnasien abbauen können, weil wir trotz des doppelten Abiturjahrgangs keine Lehrerstelle in diesem Bereich gestrichen haben. Wir haben das strukturelle Defizit an den beruflichen Schulen gesenkt, weil wir in diesem Jahr massiv Lehrerstellen an die beruflichen Schulen gegeben haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen sind alle
so dankbar!)

Wir haben in diesem Jahr alle Referendare der beruflichen Schulen übernommen und in die beruflichen Schulen investiert. Das spüren die Schulen vor Ort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Die Welle der Dankbarkeit
flutet Ihnen richtig entgegen!)

Aber allein mehr Lehrerstellen reichen nicht aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!)

Das merken wir jetzt an den Grundschulen. Weil Sie in den vergangenen Jahren alle zusätzlichen Maßnahmen im Grundschulbereich nur über den bereits zu Ihrer Regierungszeit stetig sinkenden Ergänzungsbereich abgedeckt haben, haben wir jetzt dort ein Problem. Es ist uns völlig bewusst, dass wir die Grundschulen in den kommenden Jahren stärken müssen. Dann hat das wieder die grün-rote Landesregierung getan und nicht die schwarz-gelbe, die abgewählt worden ist.

(Sandra Boser)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir brauchen in der Bildungslandschaft nicht nur Veränderungen an einzelnen Schularten. Es gibt Veränderungen in der Bildungslandschaft, die Sie bislang immer noch ignorieren. Es findet ein demografischer Wandel statt. Es gibt ein anderes Elternwahlverhalten als in den vergangenen Jahren. Während die Quote des Übergangs an die Haupt- und Werkrealschulen 1992 bei 40 % lag, betrug sie 2011 noch 20 %. Sie ignorieren diese Veränderungen nach wie vor. Ich weiß nicht, wie Sie es schaffen wollen, dass am Ende alle Bildungsabschlüsse in der Fläche erhalten werden können. Sie geben darauf keine Antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf von den Grünen: So ist es!)

Wir haben bereits vor der Sommerpause die Eckpunkte zur regionalen Schulentwicklungsplanung vorgelegt. Die Gespräche dazu laufen. Die Kommunen sind dankbar und froh, dass dieser Prozess endlich angestoßen wurde. Diesen Prozess haben nicht Sie angestoßen, sondern wir. Ich verstehe wirklich bis heute nicht, wie Sie dieses Thema in den vergangenen Jahren derart mutlos ignoriert haben. Sie haben nichts dafür getan, dass Bildungsabschlüsse in der Fläche erhalten werden können.

Wie gehen Sie denn zukünftig mit dem Hauptschulabschluss um? Sie haben eine Bestandsgarantie für die Gymnasien und die Realschulen ausgerufen. Aber der Haupt- und Werkrealschulabschluss – die Hauptschule – kommt bei Ihnen gar nicht mehr vor. Gibt es diesen bei Ihnen nicht mehr? Soll es den Hauptschulabschluss nach Ihrer Vorstellung in den kommenden Jahren nicht mehr geben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der bleibt werthaltig, im Gegensatz zu Ihren Abschlüssen!)

Geben Sie endlich Antworten. Gehen Sie ehrlich mit der Situation um, anstatt hier ständig auf unseren bildungspolitischen Ansätzen herumzuhacken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist uns natürlich völlig bewusst, dass derzeit die Zufriedenheit an den Schulen nicht unbedingt die beste ist.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das kann man so sagen!)

Aber Sie von der Opposition tun natürlich alles dafür, dass das weiterhin so bleibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Auf uns haben die Lehrer schon immer gehört, gell?)

Aber wir stehen mit unseren Vorschlägen nicht allein da. Sie isolieren sich derzeit in Ihrer eigenen Partei. Wir brauchen eine klare Linie für die Zukunft. Wir brauchen langfristige Antworten und kein Herumgeeiere, wie es derzeit bei der CDU stattfindet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auf Bundesebene und im Landesfachausschuss der CDU wurde schon vor Langem die Entscheidung getroffen, dass es zukünftig ein Zweisäulenmodell geben wird. Ihre Bundespartei und der Landesfachausschuss haben die Weichen in die Zukunft gestellt, aber Sie stellen die Gleise ständig wieder zurück in die Vergangenheit. Stellen Sie sich endlich der Debatte, und geben Sie einmal ehrliche Antworten. Wenn Sie einen Schulfrieden vorschlagen – den hätten wir sehr gern –, können Sie nicht im Vorfeld sämtliche Antworten dazu ausschließen. Sie müssen dann auch offen in die Gespräche hineingehen und können nicht bereits im Vorfeld sämtliche Themen, die angesprochen werden könnten, ausschließen. So können wir keinen Schulfrieden in Baden-Württemberg erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zum Abbau der 11 600 Lehrerstellen: Sie haben in Ihrer damaligen mittelfristigen Finanzplanung beschlossen, bis 2016 8 000 Lehrerstellen abzubauen. Wenn Sie vor Ort Gespräche führen – wir führen auch Gespräche mit Menschen, die Sie bereits getroffen haben –, sprechen Sie immer davon, Sie würden auch Lehrerstellen abbauen, aber nur 8 000 und keine 11 600. Wenn Sie aber 8 000 Lehrerstellen abbauen und dabei alles beim Alten belassen, dann werden sich die Probleme nicht verringern, sondern die Probleme werden sich vergrößern, und Sie haben keine Antworten auf die Frage, wie Sie zukünftig mit dem Bildungssystem in Baden-Württemberg umgehen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Diese Antworten sind Sie den Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Sie sind die größte Oppositionsfraktion.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir sind doch abgewählt! – Abg. Volker Schebesta CDU: Da muss erst Herr Schmid sagen, wie er das machen will, was er auf dem Parteitag angekündigt hat!)

Sie, die größte Oppositionsfraktion, machen nichts als Angriffe.

(Abg. Peter Hauk CDU: Im Augenblick sind Sie etwas schuldig!)

Zum Schluss noch ein Punkt: Sie geben zum IQB-Leistungsvergleich eine Pressemitteilung heraus, in der Sie unsere bildungspolitischen Maßnahmen dafür verantwortlich machen, dass die Ergebnisse beim IQB-Leistungsvergleich schlechter geworden sind. Das – das tut mir wirklich leid – ist völlig absurd. Das ist ein Zeugnis Ihrer Bildungspolitik der vergangenen Jahre und kein Zeugnis unserer neuen Bildungspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben bereits sehr viele Antworten gegeben, wie wir das Bildungssystem in den nächsten Jahren verändern wollen, damit wir zukunftsfähig sind und die Ergebnisse wieder verbessern. Glauben Sie mir: Niemandem, der hier auf der linken Seite des Saales sitzt, gefällt es, dass wir dabei noch Ihre Schulden mit abbauen müssen.

(Sandra Boser)

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie bauen doch gar nicht ab! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie machen doch neue Schulden!)

Aber das gehört zur Verantwortung dazu. Denn wir denken nicht von Legislaturperiode zu Legislaturperiode, wie Sie das in den 57 Jahren zuvor getan haben, und stellen uns nicht wie Sie nicht der Verantwortung, die wir haben, sondern wir denken nachhaltig und langfristig. Das gehört zum Geschäft dazu, auch wenn es nicht immer Spaß macht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Keinen Cent Schulden abgebaut!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss vorab einmal zur Stilfrage kommen. Ich habe eines gelernt: Wenn ich mit einer Person ein Problem habe, und wenn ich sie persönlich ansprechen will oder namentlich benenne, dann kläre ich das Problem mit ihr direkt. Ich finde es schon äußerst skurril, dass die CDU einen Debattentitel wählt und darin einen Minister namentlich benennt und angreift, von dem die CDU weiß, dass er in Indien ist und sogar CDU-Kollegen dort mit dabei sind. Das ist einfach skurril.

Meine Frage an Sie muss ich jetzt wirklich stellen: Ist das eine Frage von schlechtem Stil, oder haben Sie einfach nur Angst vor der Antwort, die Minister Schmid Ihnen heute geben könnte?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn wir schon beim Thema Stil sind: Leicht machen Sie es einem wirklich nicht. Ich gebe ja zu, ich habe mich bei der letzten Debatte bedankt. Da hatte ich eine Rede in der üblichen Schärfe konzipiert. Ich habe während der Debattenbeiträge der Kollegen Kern und Wacker die Hälfte meines Konzeptes streichen müssen, weil die Debatte zum Thema Ganztagschule erfrischend sachlich war.

Heute muss ich große Enttäuschung feststellen. Wir waren gespannt – auch nach dem Angebot des Landesvorsitzenden der SPD am Wochenende –, was kommt. Die CDU hat die Debatte beantragt. Kommt eine Antwort zu der Frage nach dem Schulfrieden? Kommt eine Klarstellung, was die CDU eigentlich selbst will, was der Schulfriede in der CDU für die Zukunft bewirken könnte? Es gibt einen Landesvorsitzenden, der reden will, einen Parteivorstand, der sich auf das Zweisäulenmodell der Landesregierung zubewegt, und übrigens auch eine kommunale Basis; allein über 30 der Ihrer Partei angehörenden Bürgermeister haben die Gemeinschaftsschule selbst beantragt.

(Zuruf von der CDU: Warum wohl?)

Dem steht heute wieder das Bild einer CDU-Fraktion gegenüber, die sich weiter als Kreuzritter der heiligen Dreigliedrigkeit geriert.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Mit was denn?)

Wir stellen fest: Wir sind wieder beim Haudraufmodus angekommen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Herr Schebesta, ich mache Ihnen ein Angebot.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es geht um Inhalte!)

Als Sozialdemokrat liegt mir das Miteinander wirklich am Herzen. Die Landesregierung hat jetzt über 1 000 Schulsozialarbeiter gefördert. Wir stellen Ihnen einen davon für die CDU zur Verfügung. Was halten Sie davon? Das dient dem Klassenklima, und das hilft gegen Bildungs mobbing, habe ich gehört.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie auch etwas zur Sache!)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, es ist schon erstaunlich

(Zurufe von der CDU)

– ganz ruhig! –: Wenn die SPD in den Bildungsbereich investiert, schreit die CDU nach Haushaltskonsolidierung. Wenn die SPD den Haushalt saniert, schreit die CDU nach mehr Investitionen in die Bildung. Kolleginnen und Kollegen,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Herr Röhm –, mit Glaubwürdigkeit hat das, was Sie heute hier wieder praktizieren, überhaupt nichts zu tun.

Vor allem ist dieses Spiel doch durchschaubar. In der Tat: Wir, die SPD, übernehmen zusammen mit unserer grünen Partnerin Verantwortung. Wir gehen einen Weg, der nicht leicht ist, nämlich einerseits Modernisierung des Bildungssystems und andererseits Konsolidierung des Haushalts. Das ist in Anbetracht der von Ihnen überlassenen Erblast kein leichtes Unterfangen.

Übrigens – Frau Boser hat es schon angedeutet –, wenn wir beim Thema Erblast sind: Herr Schebesta, Herr Wacker, ich erspare Ihnen meine üblichen Zahlen. Ich habe heute einmal neue mitgebracht. Wer in diesem Raum wollte eigentlich Lehrerstellen im folgenden Umfang abbauen?: 2014 1 993, 2015 1 854, 2016 1 670 sowie 2011 711 Lehrerstellen. Die sollten allein in dieser Legislaturperiode gestrichen werden. Kolleginnen und Kollegen, das sind alles Lehrerstellen, die Schwarz-Gelb streichen wollte. Sie hätten das Bildungssystem damit bereits in dieser Legislaturperiode voll an die Wand gefahren, und heute tun Sie so, als ob Sie nicht in der Regierung gewesen wären.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die grün-roten Ansätze bleiben dagegen deutlich unter diesem Niveau. Das wird übrigens auch von der GEW und den Lehrerverbänden positiv anerkannt. Mit Blick auf die 11 600 Lehrerstellen bin ich in der Tat dem Finanzminister, dem Vorsitzenden der SPD hier im Land, sehr dankbar, dass er diese Zahl jetzt am Wochenende vom hohen Ross gestoßen hat, weil sie nämlich in der Diskussion in ihrer Wertigkeit schlichtweg

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

auch überhöht wurde. Sie war und ist eine Orientierungsgröße, beruhend auf den Grundlagen der Prognosen der demografischen Entwicklung, die übrigens auch vor dem Hintergrund der tatsächlichen Zahlen zunehmend mit einem Fragezeichen versehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unbestritten ist, dass ein demografisch bedingter Schülerzahlenrückgang möglicherweise auch an mehreren Stellen weniger Lehrerstellen zur Folge haben kann. Dennoch kann ich Ihnen und auch der Öffentlichkeit versichern, dass diese Landesregierung, dass SPD und Grüne die Unterrichtsqualität jetzt schon nachhaltig gestärkt haben. Frau Kollegin Boser hat bereits auf den Ausbau der festen Krankheitsreserve hingewiesen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vor allem im Ergänzungsbereich!)

– Herr Röhm, ich halte das für eine Unverschämtheit. Wir haben doch von Ihnen die Krankheitsreserve auf einem im bundesweiten Vergleich sehr niedrigen Niveau übernommen. Wir sind doch diejenigen, die da jetzt den Hebel positiv angesetzt haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie kürzen doch den Ergänzungsbereich und nicht wir!)

Sie ärgern sich nur, dass wir den Unterrichtsausfall in der beruflichen Bildung mittlerweile auf ein historisch niedriges Niveau gesenkt haben. Es muss für Sie wie eine Ohrfeige gewesen sein: Ausgerechnet der nicht gerade als SPD-Vorfeldorganisation bekannte Philologenverband lobt diese Landesregierung dafür, dass es in Sachen Unterrichtsausfall an den Gymnasien deutlich besser geworden ist. Das ist das Ergebnis unserer Politik, nicht Ihrer.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Herr Röhm, ich komme gern mal bei Ihnen vorbei. Ich kenne die Zahlen, wie Ihr Gymnasium versorgt ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat einen guten Schulleiter!)

In der Tat, wir haben weitere Reformen noch vor uns. Wir haben das Thema Ganztagschule, wir haben das Thema Inklusion. Wir werden vor diesem Hintergrund auch den jährlichen Bedarf an Lehrerstellen jeweils neu justieren müssen. Wir fahren da auf Sicht, wo die CDU noch in Richtung Wand unterwegs war.

Ich würde mir übrigens auch seitens der CDU – gerade aktuell – Signale in Richtung Berlin wünschen. Denn Sie alle hier im Raum wissen, dass wir diese Reformmaßnahmen, die großen Investitionen nur anpacken können – das gilt für alle Bundesländer –

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

wenn wir eine deutliche Unterstützung seitens des Bundes bekommen. Da, finde ich, ist die CDU aus Baden-Württemberg

erstaunlich leise. Das ist schon ein doppeltes Spiel, das Sie treiben:

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schauen Sie einmal in die Verfassung!)

hier nach mehr Mitteln rufen und gleichzeitig in Berlin in die Kuschelecke gehen und wegducken. Wir brauchen Ihre Unterstützung dort vor Ort, wenn wir schon mit Ihnen diese Koalition eingehen sollen. Mehr Geld für die Bildung!

Ich appelliere deswegen an dieser Stelle an die CDU: Springen Sie über Ihren Schatten. Führen Sie mit Blick auf den Schulfrieden Gespräche ohne Vorbedingungen. Nehmen Sie sich selbst in die Pflicht: erst die Bildung in unserem Land, dann die Partei. Die SPD ist auf Kurs: Bildung, Bildung, Bildung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oje!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spüren Sie es auch?

(Zuruf von den Grünen: Nein!)

Der Schulfrieden ist in diesem Haus bei meinen drei Vorrednern mit Händen zu greifen.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Liebe Kollegin Boser, Sie haben hier über die aktuelle Bildungspolitik von Grün-Rot gesprochen und haben in Kombination mit dem Kollegen Dr. Fulst-Blei gesagt, wie toll das alles sei. Sie haben hier von blühenden Landschaften im Bildungsbereich Baden-Württembergs gesprochen. Ich frage Sie: Wann waren Sie eigentlich zum letzten Mal in einem baden-württembergischen Lehrerzimmer?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Letzte Woche! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Montag!)

Lesen Sie eigentlich noch die Verlautbarungen der Lehrerverbände Baden-Württembergs?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

Manche tun dies durchaus; die sagen dann, das seien Heulsusen. Wenn Sie sich aber einmal ernsthaft damit auseinandersetzen, dann können Sie doch nicht zu einer solchen Zustandsbeschreibung der baden-württembergischen Bildungspolitik nach zwei Jahren Grün-Rot kommen, wie Sie sie heute Morgen hier vorzutragen versucht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn die Bildungspolitik in Baden-Württemberg nach zwei Jahren Grün-Rot wirklich so fantastisch wäre, wie die Kollegin Boser und der Kollege Dr. Fulst-Blei das gerade eben hier

(Dr. Timm Kern)

beschrieben haben, dann frage ich mich: Warum musste eigentlich schon nach zwei Jahren die komplette Amtsspitze des Kultusministeriums ausgetauscht werden? Das, was Sie hier heute Morgen beschrieben haben, passt doch nicht mit der Realität zusammen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Zu diesen Ungereimtheiten passt auch das Verhalten des Finanzministers, der auf dem SPD-Landesparteitag gesagt hat – wir haben es schon gehört –, der Wegfall von 11 600 Lehrerstellen sei nicht in Stein gemeißelt. Warum tritt eigentlich ausgerechnet der Finanzminister für eine Abkehr von diesem Koalitionsbeschluss ein?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist das Absurde!)

Das wirkt wie aus der Rolle gefallen. Eigentlich müsste man doch unter normalen Umständen vermuten, dass gerade der Finanzminister einen solchen Sparbeschluss – auch wenn wir diesen in dieser Form für unsinnig halten – wie seinen Augapfel und auch gegen Rücknahmeversuche verteidigt. Genau das Gegenteil macht aber diese Landesregierung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vielleicht lässt sich dieses Rätsel dadurch erklären, dass ganz allmählich auch die SPD erkannt hat, dass diese Rechnung nicht aufgehen kann.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Auf der einen Seite wollen Sie in den nächsten Jahren 11 600 Lehrerstellen streichen. Auf der anderen Seite wollen Sie den Menschen in Baden-Württemberg weismachen, man könnte gleichzeitig die Ganztagschulen ausbauen, die Inklusionsangebote erweitern, die Unterrichtsversorgung verbessern und dann auch noch die teuren Gemeinschaftsschulen einrichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles zusammen kann man nicht haben. Das passt nicht zusammen, und das spüren auch immer mehr Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch die SPD-Basis!)

Die Grünen waren in diesem Zusammenhang etwas schlauer. Eigentlich haben die Grünen diese Zahl 11 600 erfunden. Genauer gesagt: Der Ministerpräsident hat diese Zahl erfunden. Er wollte sich als Sparkommissar darstellen und rechnete zu den 8 055 k.w.-Stellen rund 3 500 zusätzliche Lehrerstellen im Zusammenhang mit der Klassenteilersenkung hinzu. So ist er auf diese 11 600 Lehrerstellen gekommen.

Aber auf die Idee, als Allererstes den tatsächlichen Bedarf an Lehrerstellen zu berechnen, kam der Ministerpräsident gar nicht, oder es war ihm egal; denn für die Umsetzung dieser Sparbeschlüsse – 11 600 Lehrerstellen – ist der Koalitionspartner verantwortlich. Dieser muss sich damit herumschlagen.

Dafür spricht auch, dass die Grünen auf ihrem Landesparteitag Ende 2012 eine solche Bedarfsberechnung sogar eingefordert haben und somit die grün-rote Koalitionsarbeitsteilung der

weißen Ritter auf dieser Seite und der schwarzen Ritter auf jener Seite wiederhergestellt war.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, die Schwarzen sitzen dort!)

Dafür spricht auch, dass die Koalition mit ihrer Mehrheit zwei Anträge der FDP/DVP-Fraktion zur Erhebung des Lehrstellenbedarfs, zur Sicherstellung des weiteren Ganztagschulenausbaus, zur Schaffung von Inklusionsangeboten und zur Verbesserung der allgemeinen Unterrichtsversorgung abgelehnt hat. Bei der SPD hat man anfänglich noch gewisse Sympathien für unseren Antrag gespürt. Die Grünen haben die SPD dann aber schließlich zurückgepfiffen; den Grünen ging der Flirt mit den Liberalen zu weit.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das hätten Sie gern!)

Dass jetzt die SPD gegenüber der eigenen Parteibasis etwas machen muss, das ist klar. Genau das hat der Finanzminister auf dem SPD-Parteitag versucht.

(Zuruf von der CDU: Das war trotzdem schlecht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Großes Fragezeichen bei der CDU!)

Ich möchte ein zweites Rätsel ansprechen, das schon etwas schwerer zu lösen ist. Dies ergibt sich aus zwei Verlautbarungen der vergangenen Woche. Am 16. Oktober verkündete Kultusminister Stoch von der SPD in einer Pressemitteilung stolz, dass 108 Anträge für die dritte Tranche der Gemeinschaftsschulen vorlägen. Wörtlich sagte er:

Diese Zahl macht nicht nur die Attraktivität dieser neuen Schulart in den Kommunen deutlich, sie zeigt auch, dass die Gemeinschaftsschule bereits nach zwei Jahren im Land verankert ist.

Am 18. Oktober spricht sich der SPD-Landesvorsitzende Schmid auf dem Parteitag in Reutlingen für einen Schulfrieden aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was denn nun? Als eine den Schulfrieden fördernde Maßnahme kann die stolze Ankündigung der dritten Tranche der Gemeinschaftsschulen wohl nicht gelten. Es stellt sich die Frage, warum Grüne und SPD immer wieder den Frieden bemühen, obwohl sie gleichzeitig den Ausbau der Gemeinschaftsschulen mit aller Macht vorantreiben und dadurch Fakten schaffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch mehr Fragezeichen bei der CDU!)

Das Friedensangebot, das Sie angeblich an CDU und FDP/DVP richten, sollten Sie in Wirklichkeit an die Eltern, an die Lehrer, an die Schüler, an die Schulleitungen und an die Schult Träger richten, die einfach nur in Ruhe ihre Arbeit machen wollen und die verständlicherweise von der Schulstrukturdiskussion genug haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es rächt sich jetzt, dass Sie von Grün-Rot bei Ihren Reformen eben nicht – wie von der FDP/DVP gefordert – den evolutionären Weg gewählt haben, sondern den revolutionären Weg,

(Lachen bei der SPD)

(Dr. Timm Kern)

und dass Sie es vorgezogen haben, allen Ihre Konzepte überzustülpen, statt es mit seriöser Überzeugungsarbeit zu versuchen. Letztlich sind es doch die Menschen in Baden-Württemberg, die mit Bildung zu tun haben, die unter Ihrer Bildungspolitik leiden. Diesen Menschen sollten Sie ein Friedensangebot machen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Grün-Rot.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ich darf daran erinnern: Die völlig überstürzte und unüberlegte Abschaffung der verbindlichen Grundschulpflichtung war ein Angriff auf das Schulsystem. Außerdem wurde unter Ausnutzung der demografischen Not vieler Gemeinden die Gemeinschaftsschule eingeführt. Darüber hinaus gab es den völlig sinnfreien Kompromiss einer Rückkehr zu G 9 an 44 Gymnasien.

Nicht die Opposition ist daher der Adressat Ihrer Friedensbemühungen, sondern die Bürgerinnen und Bürger, die unter Ihrer missglückten Bildungspolitik leiden müssen.

Unser Fraktionsvorsitzender hat es bereits betont, und ich möchte es an dieser Stelle unterstreichen: Selbstverständlich sind wir zu Gesprächen mit der Landesregierung bereit, auch ohne Vorbedingungen. Einen tragfähigen Frieden können Sie allerdings nur dann schaffen, wenn den einzelnen Bildungsregionen konsequent alle ihnen zustehenden Deputate zusammen mit der Entscheidungsverantwortung für die Einrichtung ihres Bildungsangebots übertragen werden. Dann würden die Verantwortlichen vor Ort ein der Nachfrage entsprechendes Schulangebot einrichten.

Es versteht sich in diesem Zusammenhang von selbst, dass die dritte Tranche der Gemeinschaftsschulen nicht umgesetzt werden kann, damit nicht noch mehr Tatsachen vor Ort geschaffen werden, die eine vernünftige regionale Schulentwicklungsplanung völlig ad absurdum führen würden.

Die Verantwortlichen vor Ort benötigen mehr Flexibilität und Entscheidungsfreiheit, aber keine starren Strukturvorgaben wie die vielerorts so gern propagierte Zweisäulenlehre,

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

die schlicht das Aus für erfolgreiche Schularten wie die Realschule und die berufliche Schule bedeuten würde. Eine regionale Schulentwicklung, die ihren Namen wirklich verdient, wäre deshalb nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion die wirksamste Frieden schaffende Maßnahme, die die Landesregierung ergreifen könnte.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Echte Kern-Aussagen!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Kultusminister Stoch.

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Netter Versuch, aber leider ein nicht funktionierender Versuch.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Vom Finanzminister?)

Es war ein netter Versuch der Oppositionsfraktionen CDU und FDP/DVP, auf einen vermeintlichen Dissens zwischen den Regierungsfractionen bzw. zwischen Regierungsmitgliedern hinzuweisen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ich bin gespannt, wie man den wegredet!)

Ich glaube, eines sollten wir vorweg klarstellen: Was uns, SPD, Grüne und alle Regierungsmitglieder, in erheblichem Maß verbindet, ist der Wille, das baden-württembergische Bildungssystem bei all dem, was Sie über Jahre und Jahrzehnte hinweg nicht erreicht, nicht geschafft haben, in eine gute Zukunft zu führen. Die Erkenntnisse, die wir aus der Bildungsforschung über die Qualität dieses Bildungssystems gewonnen haben, lassen für uns nur den Schluss zu, dass wir dieses Ziel gemeinsam verfolgen müssen; denn das, was Sie uns hinterlassen haben, ist leider nicht mehr up to date.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich schicke vorweg: Sowohl die Modernisierung des baden-württembergischen Schulsystems als auch die Konsolidierung der Landesfinanzen sind wichtige und für uns natürlich leitende Ziele. Investitionen in Bildung sind wichtig für die Zukunft unseres Landes und somit eine vordringliche Aufgabe der Politik. Ebenso wichtig ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Es darf nicht sein, dass die Lösung dieses Problems immer wieder einfach auf die nächste Generation verschoben wird, wie es leider frühere Landesregierungen in Baden-Württemberg getan haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind überzeugt davon, dass der Ressourcenbedarf für Bildung und die Notwendigkeit des Sparens in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Wir sind überzeugt, dass dies gelingen kann, auch wenn das mit vielen Konflikten verbunden sein wird. Aber gerade um einen solchen fairen Interessenausgleich sind wir intensiv bemüht, und zwar mit allen Beteiligten.

Neben der Schaffung einer zukunftsfähigen Bildungslandschaft in Baden-Württemberg ist auch die Haushaltssanierung eine Zukunftsinvestition, weil sie nämlich die nachwachsende Generation vor erheblichen Zins- und Tilgungsleistungen schützt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb steht die Landesregierung nach wie vor zu ihrem Ziel, im Zuge des erheblichen Schülerzahlenrückgangs einen Teil der durch Pensionierungen frei werdenden Lehrerstellen für die Haushaltskonsolidierung zu nutzen, sofern diese nicht für die Unterrichtsversorgung und für die Durchsetzung der sehr ambitionierten Ziele in Baden-Württemberg gebraucht werden.

Die Lehrer-Schüler-Relation in Baden-Württemberg ist bekanntermaßen derzeit besser denn je. Frau Kollegin Boser hat es bereits erwähnt.

Die Entscheidung war und ist angesichts der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen Rückgangs der Schülerzahlen notwendig und richtig. Aktuell ist Baden-Württemberg mit rund 40 Milliarden € am Kreditmarkt verschuldet.

(Minister Andreas Stoch)

Das strukturelle Defizit liegt derzeit noch bei 1,25 Milliarden €. Selbst wenn es uns gelingt, die jährliche Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen, ist immer noch kein Euro des enormen Schuldenbergs abgetragen, den Sie, die die früheren Landesregierungen gestellt haben, uns hinterlassen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eines muss klar sein: Auch bei einem Haushalt des Kultusministeriums, bei dem ca. 87 % auf Personalkosten entfallen, ist es unmöglich, dies auszublenden, wenn es um die Frage der Haushaltssanierung geht. Aber wir müssen – dafür stehe ich als Kultusminister –, wenn wir die Zukunft dieses Landes Baden-Württemberg sichern wollen, mit dieser Frage der Einsparungen im Bildungsbereich sehr verantwortlich umgehen. Daher hat diese Landesregierung, hat auch dieser Finanzminister und hat auch dieser Ministerpräsident Kretschmann deutlich gesagt: Wir werden von Jahr zu Jahr im Hinblick auf die aktuellen Daten entscheiden müssen, welche Einsparmaßnahmen wir auch im Bildungsbereich verantwortlich durchführen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Hat er nicht gesagt!)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich auf einige Dinge hinweisen, die sich im Vergleich zu dem, was Sie in den vergangenen Jahren im Bildungsbereich produziert haben, deutlich – so glaube ich – sehen lassen können. Nehmen Sie den Bereich der beruflichen Schulen, den Sie so gern zitieren. Im Bereich der beruflichen Schulen hatten wir zu Ihren Regierungszeiten vor gut acht bis zehn Jahren noch einen strukturellen Unterrichtsausfall, ein Defizit, von 6 bis 7 %. Wir hatten zuletzt im Schuljahr 2011/2012 – das war noch eine Folge dessen, was Sie an Unterrichtsplanung und an Lehrerversorgung zu verantworten hatten – noch einen Fehlstundenanteil von 4,1 %. Inzwischen, im Schuljahr 2012/2013, ist dieser Anteil auf 2,6 % gesenkt worden, und wir haben zum jetzt begonnenen Schuljahr eine Rekorderstellung im Bereich der beruflichen Schulen vorgenommen. Wir erwarten, dass wir dadurch das strukturelle Defizit bei den beruflichen Schulen noch deutlicher senken. Das heißt, wir, die Landesregierung, wollen die beruflichen Schulen als wichtigen Faktor in der Bildungslandschaft Baden-Württembergs stärken, und zwar für die jungen Menschen in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kommen wir zu dem auch Ihnen bekannten Thema Krankheitsvertretungen. Die Krankheitsvertretungsreserve war unter Ihrer Regierung so schlecht wie sonst nirgends in Deutschland. In keinem anderen Bundesland war die Krankheitsvertretungsreserve so niedrig wie in Baden-Württemberg. Wir haben diese in den letzten beiden Jahren jeweils um 200 zusätzliche Deputate aufgestockt, und wir haben zusätzlich für Vertretungslehrkräfte zur Sicherung der Unterrichtsversorgung 65 Millionen € in den Haushalt eingestellt.

Erinnern wir uns: Bei Ihnen war es so, dass ständig stückchenweise nachgesteuert werden musste,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist Geld geflossen oder nicht?)

weil nie die erforderlichen Mittel vorhanden waren, um eine gute Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir tun etwas für eine gute Unterrichtsversorgung. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nehmen Sie auch einmal die Verlautbarungen der Verbände zur Kenntnis. Kollege Fulst-Blei hat vorhin den Philologenverband angesprochen, der gesagt hat: Die Unterrichtsversorgung – das sollte eigentlich auch der Kollege Röhm bestätigen, wenn er hier ehrlich ist –

(Zuruf von der CDU: Er ist immer ehrlich!)

an den Gymnasien ist besser als in den vergangenen Jahren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darüber hinaus ist auch der Ergänzungsbereich an den Gymnasien im vergangenen Schuljahr ausgeweitet worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Aber die Sicherung der Zukunft dieses Landes geht weit über den schulischen Bereich hinaus. Auch Sie wissen, dass wir massiv in den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung investiert haben. Im Jahr 2012 haben wir die Zuweisungen für die Kleinkindbetreuung um 315 Millionen € auf fast 450 Millionen € erhöht. Im aktuellen Haushaltsjahr werden die Mittel auf 477 Millionen € erhöht, im Jahr 2014 auf 507 Millionen €. Mit diesem Geld schaffen wir neue Betreuungsplätze. Außerdem setzen wir uns für die Ausbildung von zusätzlichen hoch qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern ein und sorgen damit auch für Qualifizierung und Fortbildung im Bereich der Kinderbetreuung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer hier von einem Kahlschlag in der Bildung zugunsten der Haushaltskonsolidierung spricht, der täuscht die Menschen, der sagt die Unwahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt zu einer weiteren Baustelle, die Sie hinterlassen und nie angerührt haben: Dieses Land Baden-Württemberg braucht leistungsfähige Schulstrukturen. Sie können den Menschen im Hinblick auf die festzustellenden Schülerzahlenrückgänge nicht ernsthaft weismachen wollen, dass alles so bleiben kann, wie es ist.

Herr Kollege Schebesta, Sie haben vorhin eine Formulierung gebraucht, die ich jetzt einfach einmal für Sie und gegen Sie verwenden möchte. Sie haben gesagt, diese Regierung, diese Regierungsfractionen stünden mit dem Rücken an der Wand. Ich sage Ihnen: Machen Sie doch einfach einmal das Fenster auf, machen Sie die Tür auf, und dann merken Sie ganz schnell: Was die Frage der Schulstrukturen angeht, sind inzwischen sämtliche gesellschaftlichen Kräfte – die Kirchen, die Industrie, der Baden-Württembergische Handwerkstag, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften – der Überzeugung, dass wir eine leistungsfähige Schulstruktur nur dann bereitstellen können, wenn wir gemeinsam unsere Schulland-

(Minister Andreas Stoch)

schaft weiterentwickeln, und zwar auf der Basis eines zweigliedrigen Schulmodells, eines Zweisäulenmodells.

(Widerspruch des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das muss Grundlage einer Vereinbarung sein. Ich bin offen, mit Ihnen über all dieses zu sprechen, wenn Sie dies endlich anerkennen und den Menschen nicht weiter Märchen erzählen über das, was nicht mehr geht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Warum sagen Sie das nicht den Realschullehrern? – Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

– Im Unterschied zum Kollegen Schebesta war ich persönlich bei der Veranstaltung des Realschullehrerverbands, und ich hatte nicht das Gefühl, dort abgewatscht worden zu sein.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ehrlich nicht?)

Ich hatte das Gefühl, dass auch die Realschulen, was ihre Formulierungen angeht, schon deutlich abwägender formulieren, als es noch vor einem Jahr der Fall war. Ich lade alle an diesem Bildungssystem Beteiligten und auch Sie ein, uns gemeinsam über pädagogische Qualität und stabile Schulstrukturen zu unterhalten. Das ist mein Angebot, das ist meine Einladung. Da helfen uns Vorbedingungen, wie sie Ihr Fraktionsvorsitzender genannt hat, nicht. Denn die sind ein schlichtes „Weiter so!“, und ein „Weiter so!“ wird es nicht geben, weil die Fakten dagegen sprechen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch das Thema Leistungsfähigkeit ansprechen. Wenn, wie vor zwei Wochen, das Ergebnis des Ländervergleichs im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften – des IQB-Ländervergleichs – herauskommt, dann ist es für mich erschreckend,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aber hallo!)

wie aus einer CDU-Fraktion heraus über einen Test gesprochen wird, bei dem Neuntklässler im Jahr 2012 getestet wurden. Neuntklässler im Jahr 2012 können weder eine Gemeinschaftsschule besucht haben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sonst wäre es noch schlechter!)

noch können sie in irgendeiner Weise von bildungspolitischen Entscheidungen dieser Regierung berührt sein. Wenn dann aus der CDU-Fraktion eine Äußerung kommt, die lautet, das sei ein Nachweis für die „verkorkte grün-rote Bildungspolitik“, dann haben Sie sich aus einem ernsthaften Diskurs verabschiedet.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das wirft intellektuelle Fragen auf!)

Dann kann man mit Ihnen nicht sachlich diskutieren.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Der Herr Minister hat inzwischen signalisiert, eine Zwischenfrage des Kollegen Röhm zuzulassen. – Bitte schön.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Minister ist nett! Der lässt das immer zu!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Bei Asterix heißt es ja auch: „Die ’öme’ kommen!“

(Heiterkeit)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, danke, dass ich die Frage stellen darf. – Sie haben recht, was den Pflichtbereich betrifft. Sie haben auch gesagt, dass alles andere „nice to have“ ist. Das waren Ihre Worte.

Jetzt frage ich Sie: Wenn gleichzeitig im Ergänzungsbereich kräftig gestrichen wird – auch im Bereich der Hausaufgabenbetreuung –, würden Sie das als eine Maßnahme zur individuellen Förderung an unseren Schulen betrachten, oder handelt es sich dann nicht eher um eine gewisse individuelle Vernachlässigung?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch: Herr Kollege Röhm, wenn ich bei Ihnen Schüler wäre,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann wären Sie gut aufgehoben!)

würden Sie als Lehrer mich dafür rügen müssen, falsch zu zitiieren. Als es um die Frage „nice to have“ ging

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja!)

– das ist vielleicht kein glücklicher Ausdruck gewesen –, ging es um einen Teil des Entlastungsbereichs. Herr Kollege Kern erinnert sich. Da ging es nämlich um die Frage, welcher Teil der Anrechnungsstunden, die auf die Entlastungsstunden entfallen, möglicherweise entbehrlich ist. In diesem Zusammenhang war es, nicht im Zusammenhang mit dem Ergänzungsbereich. Das möchte ich vorwegschicken und richtigstellen. Sie haben nämlich gerade den Ergänzungsbereich angesprochen.

Ich habe es vorhin erwähnt: Erstens war die Grundversorgung an den Gymnasien, was die Unterrichtsversorgung angeht, so gut wie in den letzten Jahren nicht. Zweitens ist der Ergänzungsbereich an den Gymnasien im Gegensatz zu den anderen Schularten deutlich angestiegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber gekürzt worden!)

Und drittens: Ja, es ist richtig, dass im Bereich des Entlastungskontingents und auch bei der Hausaufgabenhilfe Streichungen vorgenommen wurden, die für mich sehr schmerzhaft waren, weil ich glaube, dass es gerade bei den derzeitigen Übergangszahlen auf das Gymnasium wichtig ist, für alle Schülerinnen und Schüler eine gute individuelle Förderung vorzuhalten. Deswegen versuchen wir momentan, dies zu kompensieren. 64 Deputate wurden gestrichen. Ich habe aber bewirkt, dass 40 Deputate an den Gymnasien gezielt dafür verwendet wurden, dies möglichst zu kompensieren. Ich will

(Minister Andreas Stoch)

gemeinsam mit den Gymnasien erreichen, dass wir allen Schülerinnen und Schülern am Gymnasium und gerade auch den leistungsschwächeren ein gutes Angebot machen können. Dabei haben Sie mich auf Ihrer Seite.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke schön!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch etwas zu den Zahlen bzw. Sparzielen sagen.

In welcher Zahl Lehrerstellen bis 2020 gestrichen werden können, hängt von zahlreichen Faktoren ab, insbesondere natürlich von der Schlüsselfrage: Wie viele Schülerinnen und Schüler gibt es tatsächlich an unseren Schulen? Die letzte Prognose des Statistischen Landesamts stammt aus dem Jahr 2010. Wenn wir heute in unsere Schulen schauen, dann stellen wir fest, dass mehr Schüler dort sind, als 2010 vom Statistischen Landesamt noch angenommen wurde. Es gibt weitere Veränderungsfaktoren wie z. B. den Zuzug oder eine längere Verweildauer von Schülerinnen und Schülern in der Schule. All dies zwingt uns dazu, jedes Mal vor Aufstellung eines Haushalts sehr verantwortlich darüber zu entscheiden, welche Streichungen auch im Bereich der Lehrerstellen verantwortet werden können, ohne die Qualität des Bildungssystems zu beeinträchtigen. Das ist die gemeinsame Linie dieser Landesregierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, vergleichbare Aktuelle Debatten dienen jedenfalls nicht dazu, einen Streit in diese Regierung zu tragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Volker Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Minister, es ist klar: Sie sind vergärrert worden, heute nur das zu sagen, was Konsens in der Landesregierung ist. Das hörte sich im September noch ganz anders an, als Sie in Zeitungen zitiert worden sind, Sie hätten einen Hilferuf losgelassen, dass es bei den 11 600 Lehrerstellen nicht bleiben könne. Dass Sie das heute nicht zum Besten geben können, da Sie heute hier für Grün und Rot sprechen müssen, ist klar.

Nur, in einem Punkt haben Sie einen Dissens zwischen Rot und Grün, zwischen Ihnen und dem Ministerpräsidenten deutlich gemacht. Sie haben gesagt, Sie seien sich einig, dass man prüfen müsse, was erforderlich ist, um die bildungspolitischen Maßnahmen zu gewährleisten. Das ist genau das, was der Ministerpräsident nicht gesagt hat. Er hat nur gesagt: Wenn die Schülerzahlen nach oben gehen – und auch nur dann, wenn sie relevant nach oben gehen –, werden wir korrigieren müssen. Er musste deshalb vorhin sogar lächeln, als Sie Ihre Bemerkung gemacht haben. Sich hier hinzustellen und zu sagen, es gebe keinen Dissens über die Erforderlichkeit von mehr Lehrerstellen z. B. für den Ausbau der Ganztagschulen, und darüber hinwegzuschweigen, zeigt, dass es nicht so weit her ist mit Beschlüssen, die den Schulen etwas nutzen würden, sondern dass es eben nur Sprüche vor Parteitag waren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dann kommen Sie immer wieder mit der Krankheitsvertretung. Sie haben Stellen geschaffen. Das ist richtig. Aber Sie haben vorhin zu Recht auch gesagt, in den vergangenen Legislaturperioden hätten wir immer wieder nachgebessert. Genau! Das lief mit Geldern aus den sogenannten Schöpfmitteln, die dann für Krankheitsvertretungsverträge zur Verfügung gestellt worden sind. Ihre Regierung hat es zu verantworten, dass es in diesem Bereich wieder einen Deckel gibt, und Sie haben zu verantworten, dass es bei der Krankheitsvertretung so „gut“ läuft, dass Sie jetzt schon Briefe ausschicken und erklären müssen, wie man denn am besten zu Krankheitsvertretungen kommt: Man solle nicht auf den Ergänzungsbereich, sondern auf die Finanzmittel zugreifen. Es läuft also in diesem Bereich auch „richtig gut“.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dass es jetzt an den Gymnasien, was die Stellensituation angeht, besser aussieht – na super! Da war etwas mit einem doppelten Abiturjahrgang, da gingen zwei Jahrgänge und nicht nur einer heraus. Ja wollten Sie die Lehrer hinauswerfen, oder was wollten Sie mit ihnen machen? Dass das für eine Entlastung in den Gymnasien sorgt, ist doch völlig klar; aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Die entscheidenden Punkte sind an den Stellen, an denen wir keine solchen Effekte haben.

Wie stolz sind Sie – Frau Boser hat es vorhin auch gesagt –, dass bis zu diesem Schuljahr keine Lehrerstellen abgebaut worden sind. Schon das hat dazu geführt, dass der Ergänzungsbereich seit dem Schuljahr 2010/2011, dem letzten Schuljahr, das die schwarz-gelbe Landesregierung zu verantworten hatte, bis zum Schuljahr 2012/2013 in Grund- und Hauptschulen von 55 000 auf 30 000 Stunden heruntergefahren worden ist, in den Realschulen von 13 000 auf 8 500 Stunden. In den Gymnasien sieht es anders aus, aber das sind die Zahlen in den anderen Schularten ohne Streichung von Lehrerstellen ab diesem Schuljahr.

Wir werden die Zahlen mit Streichung von Lehrerstellen sehen, und dabei wird es noch weiter nach unten gehen. Wir sind in diesem Bereich an vielen Schulen bei null angelangt. Das drückt die Schulen, und darum können Sie nicht herumreden.

Wenn Sie schon sagen, alles sei super, dann rate ich Ihnen, Herr Minister Stoch, Ihnen, Frau Boser, und Ihnen, Herr Dr. Fulst-Blei: Wenn der Finanz- und Wirtschaftsminister aus Indien zurück ist, fragen Sie ihn doch einmal, mit welchen SPD-Delegierten er im Vorfeld des Parteitags geredet hat und woraus er dann den Schluss gezogen hat, dass er im Bildungsbe- reich Druck herausnehmen muss. Denn anscheinend haben die ihm gesagt: „An den Schulen in unserem Land sieht es gar nicht so super aus; da muss dringend etwas passieren, sonst bekommst du schwer etwas auf die Mütze.“

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vielleicht reden Sie einfach einmal mit ihm. Dann werden Sie sehen: In diesem Punkt stehen Sie mit dem Rücken an der Wand, und er steht mit dem Rücken an der Wand.

Frau Boser, Sie haben gesagt, die regionale Schulentwicklung sei ein Beispiel dafür, wie es richtig super läuft. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag von Schwäbisch Hall,

(Volker Schebesta)

Hans-Joachim Feuchter, sagt zur regionalen Schulentwicklung – wann war das? – am 23. Oktober:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Heute!)

Was eine regionale Schulentwicklung in diesen Fällen vorsieht und wie das in ein Konzept einzuordnen ist, bleibt im Verborgenen und führt zu öffentlichem Ärger.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Super läuft es mit der regionalen Schulentwicklung! Schulämter, Schulträger und Schulen wissen richtig, was sie damit anfangen sollen. Das ist Ihr positives Beispiel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Endlich ein Grüner, der das ausspricht!)

Zum Schluss, Herr Dr. Fulst-Blei, zu Ihnen. Wir haben im Vorfeld dieser Debatte signalisiert, dass wir auf die Anwesenheit des Finanz- und Wirtschaftsministers in dieser Debatte keinen Wert legen und dass er seine Reise nicht unterbrechen muss. Aber wer auf einem Landesparteitag Stimmung machen will und dann nach Indien fliegt, der darf sich nicht beschweren, dass wir diese Aussagen in diesem Haus auch diskutieren wollen. Was da gesagt worden ist, muss nämlich beim Nachtragshaushalt berücksichtigt werden; sonst ist das alles nur für den Parteitag gesprochen und für sonst nichts.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Vielleicht sollten Sie einmal damit aufhören, in Ihre Reden schon einen Tag zuvor die Überraschung über die Rede des Vorredners hineinzuschreiben. Sie haben gesagt, Sie seien überrascht davon, was ich zur Dreigliedrigkeit gesagt habe. Wenn Sie mir eine Stelle im Protokoll zeigen, an der ich etwas zur Schulstruktur gesagt habe, bin ich Ihnen dankbar. Vielleicht fangen Sie einmal damit an, Ihre Reden dem Gesagten anzupassen und die Überraschung über die Rede zuvor, die Sie schon im Vorfeld aufgeschrieben haben, dann wegzulassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja! Larifari! – Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss. – Aber vor allem hätte ich mir angesichts der Erregung, die Sie, Herr Dr. Fulst-Blei, anscheinend auf dem SPD-Landesparteitag verspürt haben, von Ihnen etwas anderes zum Thema Lehrerstellen zu hören gewünscht. Sagen Sie doch, wie Sie im Nachtrag damit umgehen wollen. Denn immerhin haben Sie gesagt, Schmidts Abkehr von Stellenstreichungen sei einfach nur „geil“. Nehmen Sie Ihre Erregung, und sorgen Sie dafür, dass es schon mit dem Nachtrag an den Schulen besser wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin überrascht, was man so alles in eine Rede hineininterpretiert. Ich habe nicht davon gesprochen, dass in der Fläche alles super läuft. Ich habe z. B. gesagt, dass an den Schulen eine große Verunsicherung herrscht und dass auch Sie Ihren Teil dazu beitragen.

Ich habe letzte Woche drei Schulen besucht und habe aus den Kollegien beispielsweise zur Erhöhung der Poolstunden von zehn auf elf zu hören bekommen: „Aber wir hatten einmal zwölf.“ Dass die frühere schwarz-gelbe Landesregierung die Zahl der Poolstunden von zwölf auf zehn reduziert hat, interessiert die Lehrer nicht. Dass wir eine Stunde hinzugeben, finden sie positiv, aber es fehlt halt noch eine.

Das Vertrauen, das Sie in den vergangenen Jahren in den Lehrerkollegen verloren haben, ist heute das große Problem.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Über die Bundestagswahl können wir schon heute reden! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Herr Schebesta, über die Wahl reden wir in eineinhalb bis zwei Jahren. Darüber brauchen wir jetzt noch nicht zu reden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Über die Bundestagswahl können wir schon heute reden!)

Herr Dr. Kern, Sie haben hier wieder ein Zerrbild von dem gezeichnet, was wir in der Schulpolitik machen. Kein Mensch von der grün-roten Landesregierung zwingt irgendjemanden dazu, eine Gemeinschaftsschule einzuführen.

(Zuruf: Mittelbar schon!)

Dass Sie dieses Zerrbild hier ständig zeichnen und nach außen tragen, führt zu weiteren Verunsicherungen in der Fläche. Weder haben wir in unserem Programm die Abschaffung irgendwelcher Schulen vorgesehen, noch haben wir davon gesprochen, dass alle Schulen zu Gemeinschaftsschulen werden sollen, sondern wir haben dieses Angebot vor Ort eingeführt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie hungern die anderen Schulen aus!)

Dass dieses Angebot angenommen wird, tut mir für Sie wirklich leid, aber die Eltern fragen danach. Sie müssen sich schon die Frage gefallen lassen: Wenn Sie keine Gemeinschaftsschulen mehr genehmigen wollen, was machen Sie dann mit den Eltern sowie den Schülerinnen und Schülern, die sich dort anmelden wollen? Wir haben im Land schon jetzt Gemeinschaftsschulen, für die mehr Anmeldungen vorliegen, als Plätze zur Verfügung stehen, weil im Umfeld keine weitere Gemeinschaftsschule mehr entstanden ist. Wollen Sie den betroffenen Eltern sagen: „Tut uns leid; wir haben für Sie kein Angebot; warten Sie einmal, in ein paar Jahren wird es wahrscheinlich sowieso nur noch eine Schulart geben“? Oder es gibt in der Fläche gar keine Schule mehr, weil Sie durch Ihr Nichthandeln alles in die Zentren verschieben. Gehen Sie doch endlich einmal auf die Menschen zu, die sich damit ernsthaft auseinandersetzen, und posaunen Sie es nicht immer nur polemisch in der Welt herum.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Herr Kern, Sie haben meine große persönliche Wertschätzung – Sie wissen es –, sollten aber bitte keine Drohungen wie „Flirt der SPD mit der FDP/DVP“ aussprechen. Da bin ich schon ganz nervös geworden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Was?)

Die Aussage „sinnfreies G 9“ finde ich spannend. Ich biete Ihnen heute an, dass wir einmal zusammen an das Theodor-Heuss-Gymnasium gehen und uns der Diskussion mit der Elternschaft stellen. Dort können Sie dann Ihre These vom „sinnfreien G 9“ wiederholen. Ich bin gespannt, ob Sie für die FDP/DVP dort genauso mutig auftreten, wie Sie es hier tun.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nein, nein! So, wie Sie es machen, ist es sinnfrei!)

Was das Schaffen von Fakten angeht – ich habe es heute auch wieder erlebt –, gibt es eine Art und Weise der Faktenverdrehung Ihrerseits, die wirklich bemerkenswert ist. Die grün-rote Landesregierung hat ausdrücklich gesagt, es gehe um Freiwilligkeit. Wir verfahren eben nicht CDU-like nach dem Motto „Par ordre du mufti, von oben, und ihr müsst jetzt alle“, sondern die Gemeinschaftsschule ist eine auf Freiwilligkeit beruhende Reformoption, und niemand hier in diesem Raum zwingt irgendeine Kommune, schon gar nicht eine CDU-geführte Kommune. Ich habe vorhin erklärt, dass allein 30 CDU-Bürgermeister eine Gemeinschaftsschule beantragt haben.

Wer stellt denn hier die Anträge auf die Gemeinschaftsschule? Die Kommunen. Wer stellt denn die Anträge auf G 9? Die Kommunen. Die tun es. Also kann es doch nicht sein, dass wir in dieser Beziehung mit unserer Politik so falsch liegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zu den Kolleginnen und Kollegen der CDU sage ich – der Minister hat es ausgeführt –: Das Ergebnis der IQB-Studie, das Mittelmaß, ist ein schwarz-gelbes Mittelmaß – das ist nichts anderes als Ihre Abschlussbilanz. Daraufhin haben wir mit Blick auf unsere Bildungsreform reagieren müssen.

Kollege Röhm, Ihre Aussage ist, finde ich, schon echt der Hammer. Erste Frage: Wären Sie bereit, Ihre Entlastungsstunden an Ihrer Schule offenzulegen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Natürlich! Selbstverständlich!)

Zweite Frage: Haben Sie die Hausaufgabenhilfe abgeschafft?

(Lachen bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir waren intelligent genug, um Wege zu finden!)

– Genau! Das entspricht auch meiner These.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich baue auf das Ehrenamt!)

Herr Röhm, ich stelle mich gern zur Verfügung. Ich biete Ihnen an: Wir vergleichen die Ressourcen Ihres Gymnasiums

mit denen der Berufsschule, an der ich tätig war. Ich bin mir sicher, dass Sie da gar nicht einmal so schlecht dastehen.

Kollege Schebesta, ich darf mich bedanken. Sie haben nämlich heute mit einem Mythos aufgeräumt. Sie haben mit dem Mythos aufgeräumt, diese Landesregierung würde die Gymnasien beschädigen. Sie haben nämlich in der Tat zu Recht zielt: Wir haben den Doppeljahrgang drin gelassen;

(Abg. Volker Schebesta CDU: War das eine Leistung?)

wir haben sogar noch zusätzlich Personal eingestellt. Ich lese Ihnen mit Erlaubnis des Präsidenten noch einmal die Stellungnahme des Philologenverbands vom 14. Oktober – sie muss Ihnen wehgetan haben – vor:

Der Philologenverband ... begrüßt die ... weitgehende Sicherung der Unterrichtsversorgung ... und eine Stabilisierung des Ergänzungsbereichs ...

Da reden Sie, Herr Röhm, davon, wir würden andere Schulen aushungern? In welcher Welt leben Sie denn?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Systematisch!)

– Systematisch ist im Grunde Ihre Dreckschleuderei. Mir tut es wirklich leid.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Reißen Sie sich einmal zusammen!)

– Ich bleibe dabei: Dreckschleuderei.

Herr Schebesta, Sie sagen, ich sollte nicht immer von Überraschungen reden. Das ist in der Tat leider wieder berechenbar gewesen. Wie wäre es denn einmal wieder mit „Frieden schaffen ohne blaffen“?

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rück: Also das war nicht mehr als Blaffen!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, ich möchte auf zwei Aussagen meiner unmittelbaren Vorredner eingehen, eine von Frau Sandra Boser und eine von Herrn Dr. Fulst-Blei. Sandra Boser sagte vor wenigen Sekunden hier vorn: „Kein Mensch zwingt die Schulen, Gemeinschaftsschulen zu werden.“ Herr Dr. Fulst-Blei sagte: „Es geht um Freiwilligkeit.“

Als studierter Historiker bin ich gewohnt, dass man sich die Quellen anschaut. Jetzt lese ich Ihnen eine Quelle vor, einen „taz“-Artikel, der noch nicht einmal ein Jahr alt ist, in dem sich Frau Boser dezidiert zur Schulpolitik Baden-Württembergs äußert – Zitat –:

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

„Wir dürfen langfristig das Ziel einer flächendeckenden Gemeinschaftsschule nicht aus den Augen verlieren. Aber

(Dr. Timm Kern)

wir müssen einen gangbaren Weg finden“, sagte Sandra Boser der „taz“,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

bildungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. Das Zweisäulenmodell sei ein mittelfristiges Ziel, die Bildungsreform brauche Zeit. „Wir waren uns immer bewusst, dass es schwierig ist, auch die Gymnasien in die Gemeinschaftsschulen zu holen“, sagte auch Fraktionskollege Siegfried Lehmann, der dem Bildungsausschuss im Landtag vorsitzt.

So sieht es doch aus, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

So viel zum Thema Freiwilligkeit, so viel zum Thema „Keine flächendeckende Gemeinschaftsschule“.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was wollen Sie jetzt damit sagen?)

– Dass diese Zitate Ihnen nicht gefallen, kann ich mir schon vorstellen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gern! Endlich!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich habe ja schon die Redezeit überschritten. Ich würde lieber gern noch das letzte Zitat bringen:

Grünen-Landeschefin Thekla Walker verteidigt sich. „Wir stehen zu unserem bildungspolitischen Ziel: eine Schule für alle“, sagt sie. „Die Frage ist nur, in welchem Zeitraum wir das erreichen.“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Diese Zitate entlarven eindeutig, was Grün-Rot unter Freiheit, unter Bildungsvielfalt und unter Freiwilligkeit versteht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Ingo Rust.

(Zuruf von der CDU: Parteitagserklärung!)

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eingangs – auch nach den Erläuterungen von Herrn Schebesta – sagen, dass ich es nicht für einen guten Stil halte, dass man eine Aktuelle Debatte, in deren Titel der Name des Ministers erwähnt ist, beantragt, ob-

wohl man genau weiß, dass er nicht da ist, dass man trotzdem auf dieser Debatte besteht und jetzt sogar noch sagt, man habe auch nicht darauf bestanden, dass die Reise des Ministers abgesagt wird.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dürfen wir nicht darüber reden?)

Das lässt den Schluss zu: Sie wollten gar nicht, dass der Minister auf Ihre Angriffe direkt reagiert. Ich halte das für nicht in Ordnung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind doch da!)

Es hätte auch noch zwei Wochen Zeit gehabt, dieses Thema zu erläutern und dann mit dem Minister direkt zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie müssen sich jetzt schon noch einmal überlegen, wohin Ihre Oppositionsstrategie eigentlich führen soll. Herr Schebesta hat gesagt, wir bauten viel zu viele Lehrerstellen ab, wir müssten noch viel mehr in das Bildungssystem stecken, und Herr Herrmann sagt ständig, wir konsolidierten zu wenig. Dass beides nicht zusammengeht, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir während Ihrer Regierungszeit in den vergangenen 60 Jahren gesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Nullneuerschuldung und Qualitäts-offensive Bildung! So sieht es aus!)

Sie haben einen Schuldenstand des Landes in Höhe von immerhin 44 Milliarden € hinterlassen. Behaupten Sie doch nicht immer, Sie hätten keine Schulden gemacht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nullneuerschuldung in mehreren Haushaltsjahren!)

– In zwei Haushaltsjahren, Herr Kollege.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und Sie?)

– Auch in zwei Haushaltsjahren, Herr Kollege. Ich bitte also um etwas mehr Seriosität.

Zur Seriosität gehört noch mehr. Ich finde, Ihr Vorgehen ist schon der Gipfel. Sie hatten im Haushalt – schauen Sie einmal in den letzten Haushaltsplan hinein – geplant, fast 12 000 Lehrerstellen zu streichen. Das waren Ihre Planungen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die wir jedes Mal geschoben haben!)

Jetzt mag es ja sein, dass Sie alles vergessen haben, was vor 2011 war, aber die Menschen draußen haben nicht vergessen, was vorher war. Auch wir haben es nicht vergessen, und wir werden die Menschen daran erinnern, dass Sie das geplant hatten.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie setzen es um!)

Wir haben im ersten Jahr nach der Regierungsübernahme, im Jahr 2011, einen zweistelligen Millionenbetrag in die Hand

(Staatssekretär Ingo Rust)

nehmen müssen, weil Sie es nicht hinbekommen haben, die 711 Lehrerstellen, die zum Schuljahr 2011/2012 hätten gestrichen werden sollen, durch ein vernünftiges Altersteilzeitmodell auszugleichen. Das war nämlich Ihre Planung. Die Schulen hätten im Schuljahr 2011/2012, hätte die neue Landesregierung nicht sofort reagiert, 711 Lehrerstellen weniger gehabt als jetzt. Das wäre das Ergebnis Ihrer Politik gewesen. Jetzt zu behaupten, wir strichen zu viele Lehrerstellen, ist einfach nicht redlich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bei allen bildungspolitischen Debatten – diese waren schon immer emotional – ist es wichtig, auch einmal einen Blick auf die Fakten zu werfen: Die Schülerzahl ging von 2003 bis 2011 um 8,5 % zurück. Man kann sich darüber streiten, wie sich die Zahlen bis 2020 genau entwickeln werden. Wir alle können dies nicht mit hundertprozentiger Sicherheit vorhersagen. Alle Schülerentwicklungszahlen sind Prognosen. So basiert auch die Zahl 11 600 auf einer Prognose. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Schülerzahl im Vergleich zu 2003 um 23,8 % zurückgehen wird. Das bedeutet einen Rückgang um fast ein Viertel gegenüber 2003.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Im Zeitraum von 2003 bis 2011 wurden die Lehrerstellen übrigens um 8 % aufgestockt. Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich also verbessert.

Wie Sie wissen, fordert der Rechnungshof, noch mehr Lehrerstellen zu streichen, nämlich fast 15 000. Er ist der Meinung, man könnte die rechnerisch bis 2020 frei werdenden Lehrerstellen 1 : 1 abbauen. Wir wollen sie aber nicht 1 : 1 abbauen, sondern vielmehr einen Teil dieser Lehrerstellen im System belassen. Das haben wir bereits im Schuljahr 2011/2012 bewiesen, als wir 3 000 Lehrerstellen, die rechnerisch frei geworden wären, im System belassen haben. Wir bauen also nicht alle Stellen ab, die rechnerisch frei werden würden. Die hervorragende Schüler-Lehrer-Relation von 14,8 – mit der Baden-Württemberg im Vergleich unter den westdeutschen Flächenländern immer noch an der Spitze ist – wird von Jahr zu Jahr besser, auch wenn wir Lehrerstellen streichen. Wenn Sie also einmal ehrlich mit den Zahlen operieren, dann stellen Sie fest: Die Panik, die Sie hier verbreiten, ist überhaupt nicht angebracht.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Ich habe bei den weiterführenden Schulen in meinem Wahlkreis eine Umfrage durchgeführt, in der ich danach gefragt habe, wie die Zuweisung der Lehrerstellen sei und wie zufrieden die Schulen mit der Lehrerstellenzuweisung seien.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind hier für das Land zuständig! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dabei habe ich fast ausnahmslos positive Rückmeldungen erhalten.

Wir sorgen auch mit der Aufstockung der Krankheitsreserve dafür, dass am Anfang des Schuljahrs nicht schon von vornherein Lehrerstellen fehlen und Stunden ausfallen müssen.

Das war nämlich Ihr Modell. Sie haben zwar einen Ergänzungsbereich gehabt, haben aber von Anfang an Pflichtunterricht ausfallen lassen, weil zu wenig Krankheitsreserve vorhanden war. Der Kultusminister hat nun dafür gesorgt, dass die Krankheitsreserve in ausreichendem Maß vorhanden ist, sodass das Schuljahr ordentlich beginnen kann. Das war zu Ihrer Regierungszeit nicht möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie können alles schlechtreden, oder Sie können Verantwortung übernehmen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der Minister wollte Verantwortung übernehmen!)

Ich bitte Sie, das Angebot des Schulfriedens anzunehmen. Bei einem Schulfrieden geht es darum, dass die Menschen vor Ort – das betrifft die Lehrerkollegien, wie Sie alle wissen, das betrifft die Kommunen sowie alle anderen Akteure im Schulbereich, z. B. auch die Kirchen – den Wunsch nach einer verlässlichen Bildungspolitik äußern,

(Abg. Peter Hauk CDU: Weil sie sie nicht haben!)

bei der nicht ideologisch gestritten wird, sondern bei der man gemeinsam an einem Strang zieht. Deshalb möchte ich Sie dazu auffordern, das Angebot des Schulfriedens auch anzunehmen und die ideologischen Debatten endlich zu begraben.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte unter Punkt 1 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – EEG 2.0 – ein neues Finanzierungsdesign für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Das Präsidium hat eine Gesamtreizeit von 40 Minuten in der üblichen Aufteilung festgelegt. § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung sieht vor, dass in freier Rede gesprochen werden soll.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich dem Kollegen Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich darüber einig, dass die deutsche Energiepolitik dringend reformiert werden muss. Andernfalls können wir in Baden-Württemberg und auf Bundesebene das Ziel, den Klimawandel zu stoppen, nicht erreichen.

Ich möchte betonen, dass das EEG sicherlich ein Kostentreiber ist, aber keinesfalls der alleinige. Denn die Situation auf dem Energiemarkt ist momentan katastrophal: Einige Kraftwerke stehen still, der Zertifikatehandel liegt am Boden, die Ökostromumlage ist dramatisch angestiegen, und all dies vor dem Hintergrund einer Vielzahl von Ausnahmeregelungen, die in den letzten acht Jahren unter der Regierung Merkel leider dramatisch zugenommen haben.

(Daniel Renkonen)

(Beifall des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

750 Unternehmen waren ursprünglich befreit, weil sie im internationalen Wettbewerb stehen. Dies war auch immer eine Kernforderung der Grünen. Mittlerweile sind die Befreiungen jedoch auf 1 700 Unternehmen ausgeweitet worden, was zu einem Anstieg der Ökostromumlage geführt hat. Wie wir jetzt gesehen haben, als die TransnetBW ihre neuesten Zahlen veröffentlicht hat, ist der niedrige Börsenstrompreis auch ein Treiber dafür, dass die Ökostromumlage gestiegen ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es!)

Die Mär, dass die erneuerbaren Energien allein dafür verantwortlich seien, dass die Bürgerinnen und Bürger nun möglicherweise höhere Strompreise zahlen müssten, ist einfach falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

80 % der Erhöhung der EEG-Umlage sind auf den sinkenden Börsenstrompreis und auf die Ausnahmeregelungen zurückzuführen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen, der in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist: Es heißt immer wieder, deutsche Firmen litten im internationalen Wettbewerb unter der hohen Ökostromumlage. Dies ist mitnichten so. Die deutschen Firmen haben im Jahr 2012 einen Außenhandelsüberschuss von 188 Milliarden € erwirtschaftet, was 7 % des Bruttoinlandsprodukts entspricht.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Dann kann es aber nicht sein, dass die EEG-Umlage als alleiniger Kostentreiber gelten soll, meine Damen und Herren.

Deshalb fordern wir die Unternehmen auf, den niedrigen Börsenstrompreis, von dem sie doppelt profitieren, nämlich einerseits durch die geringen Stromkosten im Einkauf und andererseits durch die zahlreichen Befreiungen des EEG, an die Endverbraucher weiterzugeben, wie das die EnBW gemacht hat.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Wir warnen auch davor, eine Kampagne gegen das Ökostromgesetz zu führen. Denn dank des EEG haben wir bundesweit 340 000 Vollzeit Arbeitsplätze schaffen können. Wir hätten sicherlich die Energiewende in Deutschland nicht einleiten können, wenn wir seinerzeit nicht das Erneuerbare-Energien-Gesetz geschaffen hätten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir Grünen sagen aber auch: Wir brauchen eine Nachjustierung. Wir müssen jetzt darauf achten, dass die erneuerbaren Energien in den Markt integriert werden. Deshalb hat der Umweltminister – das wird er nachher noch darlegen – Vorschläge für eine Finanzierungsreform gemacht, die wir „EEG 2.0“ genannt haben.

Wir sind uns auch darüber im Klaren, dass eine Reform nicht so schnell umgesetzt werden kann, weil es garantierte Vergü-

tungssätze für die zahlreichen Einspeiser von Ökostrom gibt. In Baden-Württemberg haben immerhin 140 000 Privathushalte eine Solaranlage auf dem Dach. Dies sollte man nicht vernachlässigen.

Wir, die Fraktion GRÜNE, schlagen daher als Sofortmaßnahme gegen eine steigende EEG-Umlage Folgendes vor: Die Befreiungen für die Industrie müssen zurückgeführt werden. Die Managementprämie muss abgeschafft werden, und die Liquiditätsreserve sollte unserer Meinung nach von 1,9 Milliarden € auf 600 Millionen € reduziert werden. Das wären Entlastungsmaßnahmen, von denen der Stromkunde sofort profitieren könnte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie lange?)

In einem zweiten Schritt wollen wir dann die Reform des EEG mit den von uns vorgeschlagenen zusätzlichen Maßnahmen einleiten, nämlich mit dem Bürgermodell und einer Kapazitätsprämie für größere Unternehmen, die dann entsprechend auf dem Markt agieren können.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Guten Morgen, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Energiewende ist eine große gesamtdeutsche, nationale Herausforderung. Viele sagen, sie sei die größte Herausforderung seit der Deutschen Einheit. Es besteht hier im Haus und auch im Bundestag Konsens, dass sie gelingen soll.

Wir stehen aber nicht am Ende der Energiewende, sondern wir stehen ganz am Anfang. Wir haben viele ungelöste Probleme vor uns. Eines der größten Probleme, die wir zurzeit haben – der Kollege Renkonen hat das heute zum ersten Mal auch angesprochen –, ist die dramatisch steigende EEG-Umlage.

Wir hatten in der vorletzten Woche die Meldung der TransnetBW, wonach die Umlage zukünftig von 5,3 auf 6,24 Cent steigen wird – plus Mehrwertsteuer. Herr Zimmermann hat mir gesagt, das müsse ich unbedingt erwähnen. Dann sind wir bei 7,5 Cent pro Kilowattstunde. Das ist wesentlich mehr als der Strompreis als solches.

Noch schlimmer, meine Damen und Herren, ist, dass wir für die nächsten 18, 19, 20 Jahre einen Schuldenberg von mindestens 300 Milliarden € vor uns hertragen, den der deutsche Stromnutzer – sowohl die Industrie, das Gewerbe als auch der Privatverbraucher – in den nächsten 20 Jahren noch abzuzahlen hat, und das, obwohl der Anteil der erneuerbaren Energien erst bei 25 % liegt –

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

wir wollen einen Anteil von 80, 90 % erreichen – und wir bei den Netzen noch nichts getan haben und auch da noch eine Menge Kosten auf uns zukommen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

(Paul Nemeth)

Wer will, dass die Energiewende gelingt, braucht auch die Akzeptanz der Bevölkerung. Die Akzeptanz werden wir nur behalten, wenn wir auch bezahlbare Strompreise in Deutschland haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer hat denn regiert? – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Ja, genau! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wen schreien Sie denn an?)

Deswegen brauchen wir jetzt eine Reform des EEG. Darüber wird in den nächsten Wochen zu verhandeln sein.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, natürlich!)

Herr Schmiedel, es ist ungefähr so: Die Grünen behaupten ja von sich, sie hätten das EEG erfunden – wahrscheinlich ist es auch so –,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das war Hermann Scheer!)

die SPD-Wähler bezahlen es, und die Besserverdienenden kassieren. Wer hätte das gedacht? Ein grünes Konzept, ein grünes Gesetz,

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

damit die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, Herr Sckerl. Das ist das EEG – eine riesige Umwälzung

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE und Martin Rivoir SPD)

von Geldern von unten nach oben. Deswegen brauchen wir auch eine Korrektur.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen hat in dieser Woche gesagt – in der „Wirtschaftswoche“, ganz aktuell; das ist quasi der Aufschlag für die Verhandlungen in Berlin –:

Aus Sicht des Industriestandorts NRW sage ich: Das entscheidende Kriterium muss die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sein.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Guter Mann!)

Wir dürfen

– man höre und staune –

nicht alles dem Klimaschutz unterordnen.

Hört, hört! Das ist ein Sozialdemokrat, der dies sagt. Das ist mehr als mutig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was wollen Sie denn eigentlich? – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Jetzt sagen Sie doch, wie Sie es machen wollen!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir sind auch bereit, über die Rücknahme von Befreiungen von Unternehmen zu reden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Dort ist man etwas zu weit gegangen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Wir hatten Konsens, meine Damen und Herren, in der Größenordnung von 700, 800 Betrieben Befreiungen zu erteilen. Das wurde von den Grünen akzeptiert und auch von der SPD in Berlin. Wir haben in den letzten Monaten und Jahren etwa 800 weitere Firmen dazugenommen.

Wir haben eine Landtagsanfrage eingebracht. Die Stellungnahme dazu wurde von Minister Untersteller unterschrieben. Die Auswirkungen aufgrund dieser weiteren 800 Unternehmen liegen gerade einmal bei 0,2 Cent pro Kilowattstunde. Wir können also darüber reden. Aber die Energiewende bzw. die Energiepreise werden wir – entgegen dem, was Sie, Herr Renkonen, hier vermittelt haben – damit nicht bremsen und stoppen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also, was machen Sie jetzt?)

Vielmehr wollen wir jetzt in den Verhandlungen drei Ziele erreichen, Herr Schmiedel.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Aha! Jetzt wird es spannend!)

Ich glaube im Übrigen, dass wir da mit Ihnen sehr weit kommen werden.

Wir brauchen erstens eine Synchronisierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit den Netzen, die noch nicht fertig sind, und Speichern.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Tolle Idee!)

Denn es geht nicht nur um die erneuerbaren Energien und deren rasanten Ausbau, sondern wir brauchen hier ein verlässliches Gesamtsystem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir brauchen zweitens eine Perspektive für die fossilen Kraftwerke. Das ist ganz klar, denn sie spielen für die Versorgungssicherheit nach wie vor eine entscheidende Rolle.

Drittens: Wir brauchen eine neue Initiative bei den energetischen Gebäudesanierungen. Da setzen wir sehr – das empfehlen wir den Verhandlungspartnern von CDU und SPD – auf eine steuerliche Abschreibungsmöglichkeit. Denn wer etwas für den Klimaschutz tun will,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

soll bitte einmal etwas im Gebäudebereich tun. Denn dort wird die meiste Primärenergie verbraucht.

Herzlichen Dank. Jetzt können Sie noch einmal klatschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Claus Schmiedel und Martin Rivoir SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Nemeth! Ich glaube, wir stehen nicht am Anfang der Energiewende, sondern wir stehen mittendrin.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Das EEG, das Rot-Grün vor gut zehn Jahren auf den Weg gebracht hat, war der Motor. Jetzt kommen noch Entscheidungen zum Atomausstieg und zum Endlagersuchgesetz dazu. Wir haben noch lange nicht alle Aufgaben erledigt, aber wir sind einen weiten Weg gegangen. Deswegen ist es eigentlich ein Negieren der Aufbauleistungen, die wir in diesem Bereich in Deutschland schon erbracht haben, wenn Sie davon sprechen, wir stünden erst am Anfang der Energiewende.

Zum Thema EEG ist vorhin vieles schon zu Recht angesprochen worden. Aber ich möchte auch vor einem warnen, Herr Kollege Nemeth – Sie haben vorhin wieder vom Synchronisieren des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit dem Ausbau der Netze gesprochen –: Es gibt Leute, die meinen damit ein Ausbremsen des Ausbaus der erneuerbaren Energien.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Was wir brauchen, ist eine Beschleunigung des Netzausbaus.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und der Speichertechnologie!)

In dieser Weise brauchen wir eine Synchronisierung über das EEG.

Das soll jetzt keine Kritik sein; aber es gibt diese Leute. Deswegen müssen wir auch klarmachen: Wir brauchen weiterhin den Ausbau der erneuerbaren Energien – natürlich auf der Basis eines reformierten EEG; der Kollege Renkonen hat vorhin schon einiges zu diesem Thema ausgeführt. Deswegen ist es wichtig, das auch wirklich zusammenzubekommen.

Das andere, was Sie angesprochen haben, kann ich nur unterstützen, und das kann auch die SPD-Fraktion nur unterstützen – es gab ja auch den entsprechenden Beifall an dieser Stelle –: Bei der Energiewende dürfen wir uns tatsächlich nicht nur auf den Bereich des Stroms konzentrieren, sondern auch auf die Bereiche Mobilität und insbesondere Wärme. Die Wärmeproduktion verursacht 50 % des CO₂-Ausstoßes. Wärme ist für die Verbraucher übrigens auch ein viel größerer Kostentreiber als Strom. Wenn Sie sich einmal entsprechende Statistiken und Grafiken anschauen, die ausweisen, was Haushalte in Deutschland für Energie ausgeben, werden Sie sehen: Mobilität und Wärme sind leider immer noch die größten Kostenträger.

Deswegen ist es wichtig, diesen Punkt mit der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeit von Maßnahmen zur energetischen Sanierung anzugehen. Wir haben da in einzelnen Punkten Fragen. Es geht z. B. um die Frage: Ist es ein absoluter oder ist es ein prozentualer Abzug von der Steuerschuld?

Wenn an dieser Stelle in den Koalitionsverhandlungen in Berlin ein Knopf an die Sache gemacht wird und gleichzeitig sichergestellt ist, dass wir dafür auch eine Mehrheit im Bundesrat bekommen und nicht wieder über viele Jahre oder doch viele Monate hinweg eine lange Hängepartie haben, wäre das auch für die Energiewende ein Quantensprung.

Deswegen freut es mich eigentlich – die Grünen und auch die FDP/DVP habe ich immer so verstanden –, dass es bei diesem für unser Land Baden-Württemberg zentralen Thema einen breiten Konsens im Haus gibt. Wir in Baden-Württemberg müssen bei diesem Thema auch Treiber im Bund sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen)

Zum Thema EEG ist vom Kollegen Renkonen bereits vieles angesprochen worden. Deswegen möchte ich noch einmal auf die anderen zentralen Punkte eingehen.

Das andere ist das Thema Wärme; das habe ich schon angesprochen. Da geht es auch um das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, das wir in Baden-Württemberg haben. Durch die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen im Bund können wir uns hier letztlich leider nur um das Thema Bestandsbau kümmern. Wir haben dazu noch ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz im Bund für Neubauten und die Energieeinsparverordnung auf Bundesebene.

Ich glaube, es ist ganz zwingend, dass wir diese verschiedenen Gesetze – möglicherweise kommen noch Erneuerbare-Wärme-Gesetze in anderen Bundesländern dazu – zu einem einheitlichen, für die Menschen verständlicheren Regularium zusammenführen müssen. Wir müssen das, was wir in Baden-Württemberg erfolgreich gemacht haben und in den nächsten Monaten noch erfolgreich weiterentwickeln werden, gemeinsam auch nach Berlin tragen und dort in Gespräche auf Bundesebene eintreten.

Was die Energiewende betrifft, sind wir im Strombereich weit gekommen. Im Bereich Mobilität und Wärme müssen wir noch weiterkommen.

Mir geht es in dieser Debatte – bei allen Meinungsverschiedenheiten, die es an anderer Stelle gibt – darum, die Punkte herauszustellen, bei denen wir gemeinsam weiterkommen können. Ich glaube, die Tatsache, dass die FDP nicht mehr in der Bunderegierung vertreten sein wird, stellt für die Energiewende eine riesengroße Chance dar. Wir müssen an dieser Stelle nicht nur über Trennendes reden – darüber muss man auch reden und es ausräumen –, sondern auch über Gemeinsames. Ich bin der Überzeugung, dass wir hier sehr weit kommen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das dritte Thema, das ich noch ansprechen möchte, hat auch Daniel Renkonen in seiner Rede bereits genannt, nämlich das Thema „Darniederliegen des Emissionshandels“. Wir haben die absurde Situation, dass wir, obwohl wir die erneuerbaren Energien in Deutschland in den letzten Jahren enorm ausgebaut haben, dennoch einen Anstieg des CO₂-Ausstoßes haben. Das liegt daran, dass sich Braunkohlekraftwerke wegen der Merit Order am Markt besser rechnen als z. B. Gaskraftwerke, die deutlich weniger CO₂ emittieren.

Es ist eine ganz entscheidende Aufgabe, dass die Bundesrepublik Deutschland den Emissionshandel auf EU-Ebene wieder vorantreibt und wir hier zu einer Umsteuerung kommen, sodass Gaskraftwerke – diese brauchen wir aus Gründen der Versorgungssicherheit, da sie deutlich flexibler einsetzbar sind – in unserem Energiemarkt wieder deutlich bessere Chancen

(Johannes Stober)

bekommen. Deswegen hoffe und wünsche ich, dass dies ein gemeinsames Projekt, ein Projekt der künftigen Bundesregierung sein wird, das auch von der grün-roten Landesregierung in Baden-Württemberg aktiv mitgetragen wird. Auch hierfür sehe ich große Chancen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Als einen weiteren Punkt möchte ich noch das EEG ansprechen. Herr Kollege Nemeth, Sie haben die Zahlen vorhin richtig dargestellt. Zu Ihren Ausführungen über die Zahlen gehört in der Folge auch die Aussage, dass in den letzten vier Jahren – in Ihrer Regierungszeit, in der Regierungszeit von Schwarz-Gelb – ein riesiger „Bauch“ an Förderungen aufgebaut wurde, die wir in den nächsten 15 bis 20 Jahren bedienen müssen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Jeder, der davon redet, dass wir die EEG-Umlage deutlich senken könnten, streut den Menschen Sand in die Augen. Auch dies gehört zu einer ehrlichen Debatte.

Unsere Aufgabe ist es – ich bin überzeugt, dass uns das gelingen wird –, den weiteren Anstieg der Stromkosten massiv zu bremsen. In den letzten Tagen haben wir dazu sehr viele Studien erhalten, so vom BDEW, von der Baden-Württemberg Stiftung – auf diese bezieht sich der Herr Minister sehr häufig – und gestern von der Agora Energiewende. In diesen Studien wurde deutlich, dass die Gestehungskosten für erneuerbare Energien, insbesondere für die erneuerbaren Energien, die heute schon sehr stark im Markt sind, etwa Fotovoltaik und Windkraft, wenn man die Kosten für Brennstoffe und Investitionen einbezieht, kaum noch über den Kosten der Gaskraftwerke oder Kohlekraftwerke liegen.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass die Energiewende gelingen wird, wenn wir es schaffen, Anreize für Investitionen in unserem Land zu bieten, z. B. Anreize für flexible Gaskraftwerke, für einen entsprechenden Lastenausgleich, wenn der Wind einmal nicht weht und die Sonne nicht scheint.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Diese zentralen Aufgaben müssen wir lösen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin wirklich guter Dinge, dass wir da vorankommen.

Ich will noch eine Anmerkung machen.

Präsident Guido Wolf: Kollege Stober, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lusche?

Abg. Johannes Stober SPD: Ja.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Vielen Dank, Herr Kollege Stober. – Sie haben gesagt, dass sich der Herr Minister auf die Studie der Baden-Württemberg Stiftung bezieht. Was darin angesprochen wurde, ist auch Thema dieser Aktuellen Debatte. Daher habe ich die Frage: Hat die SPD bereits eine Position zu dieser Studie? Oder stellt diese Studie bislang nur einen Diskussionsbeitrag dar, auf den sich der Minister bezieht?

Abg. Johannes Stober SPD: Ich habe mich auf die Studie nur in dem Sinn bezogen, als dass ich aus ihr referiert habe. Ich habe mich auch nicht nur auf diese Studie, sondern auf drei Studien bezogen. Diese habe ich in den letzten Tagen – ich sage es einmal so – angelesen. Ich finde die darin dargelegten Vorschläge sehr interessant. Häufig stehen darin auch die gleichen Vorschläge, z. B. der Vorschlag, dass die erneuerbaren Energien auch im Bereich der Systemdienstleistungen einen Beitrag leisten müssten – um nur ein Beispiel zu bringen. Viele andere Punkte, die in den Studien angesprochen werden, sind ebenfalls deckungsgleich.

Aber zu fordern, dass alle Vorschläge der Studien gesetzlich verankert werden sollen, geht mir im Augenblick ein bisschen zu weit. Deswegen müssen wir an dieser Stelle detailliert darüber reden: Was kann man aus den Studien übernehmen? Was kann man aus der Studie der Agora Energiewende, aus der ich gerade vorgetragen habe, verwenden? Die Studien zeigen sehr stark in die gleiche Richtung; deswegen glaube ich, dass man da zu einer Lösung kommen wird.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf eines hinweisen: Im Moment steigt die EEG-Umlage – Herr Kollege Nemeth hat es gesagt –, und zwar um 1,0 Cent bzw. 1,2 Cent inklusive Mehrwertsteuer. Damit gehen keine höheren Strompreise einher. Zugleich nämlich sinkt der Marktpreis pro Kilowattstunde Strom von 4,9 Cent auf 3,9 Cent, sodass real nur noch eine Differenz von 0,2 Cent stehen bleibt.

Ich würde mich freuen, wenn sich alle Energieversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg an der EnBW ein Beispiel nähmen. Diese hat klar gesagt: Der Börsenpreis für Strom ist gesunken. Entsprechend können wir die Stromlieferung an die Haushalte auch weiterhin zum jetzigen Preis vornehmen.

Ich glaube, dass es falsch wäre, im Zusammenhang mit der jetzigen Erhöhung der EEG-Umlage von einer Erhöhung des Strompreises zu reden. Ich möchte alle in diesem Haus bitten, denjenigen, die dies behaupten, in aller Entschiedenheit zu widersprechen. Das Nicken, das ich hier zum Teil gesehen habe, gibt mir in dieser Hinsicht Mut. In diesem Sinn: Lassen Sie uns die Energiewende gemeinsam voranbringen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Betrachten wir die Entwicklung des Strompreises seit 1990, so zeigt sich zunächst einmal ein erschreckendes Bild. Der Strompreis ist in diesem Zeitraum um über 70 % gestiegen. Herr Stober, wenn Sie vorhin den Eindruck vermitteln wollten, es sei alles in Ordnung, die EEG-Umlage sei zwar um 1 Cent gestiegen, aber gleichzeitig sei der Strompreis an der Börse gefallen, so ist dies nicht in Ordnung.

(Abg. Johannes Stober SPD: Was ist da nicht in Ordnung?)

Die EEG-Umlage ist auf ein Niveau gestiegen, das fast doppelt so hoch ist wie das, was damals aus guten Gründen als

(Andreas Glück)

maximale Obergrenze – 3,5 Cent pro Kilowattstunde Strom – festgelegt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, immer wieder kommt der Verweis darauf, andere Energieträger seien auch teurer geworden, z. B. Öl oder Gas. Aber das ist so ähnlich, als wenn man argumentiert: „Es ist in Ordnung, dass der Brotpreis gestiegen ist, weil die Butter auch teurer geworden ist.“

(Heiterkeit des Abg. Klaus Burger CDU)

Das darf bitte nicht die Argumentation sein.

Auch die Tatsache, dass Sie mittlerweile auf den Gedanken gekommen sind, das EEG marktwirtschaftlicher auszugestalten

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

– das ist ja schön und gut –, ist eigentlich ein schlechter Witz, geradezu ein Treppenwitz. Sie haben mit Ihrem Vorschlag zwar recht, aber Sie waren es doch, die in den vergangenen Jahren über den Bundesrat und den Vermittlungsausschuss alle Bemühungen blockiert haben, das EEG weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Motivation der Grünen ist mir dabei vielleicht klar, aber die Motivation der SPD ist mir nicht klar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, wie konnten Sie zulassen, dass eine derart massive Umverteilung von unten nach oben stattfindet, vom Mieter zum – im Zweifelsfall – Häuslebauer bzw. zu demjenigen, der das Geld hat, sich für 50 000 € eine Fotovoltaikanlage auf sein Dach montieren zu lassen?

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Motivation der Grünen ist mir viel klarer. Hier wird in großem Ausmaß Klientelpolitik betrieben. Wenn Sie möchten, können Sie gleich sagen, wie hoch Ihr Parteispendenaufkommen durch Spenden von Vertretern der Fotovoltaikbranche ist, meine Damen und Herren.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich glaube, allmählich ist ein Punkt erreicht – –

(Unruhe)

– Ich bin dem Innenarchitekten dieses Gebäudes dankbar, dass es im jetzigen Plenarsaal mehr Abstand zwischen der ersten Reihe und dem Rednerpult gibt. Seitdem wir hier sind, sind Ihre Zurufe viel weniger penetrant.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Heleen Heberer SPD: Das geht uns genauso! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie müssen halt geschickter darauf reagieren!)

Man muss sich aber grundsätzlich einmal die Frage stellen, ob die Zeit des EEG nicht abgelaufen ist und ob man nicht ganz prinzipiell eine neue Regelung braucht.

Das EEG zielt allein auf den Ausbau der Kapazitäten aus erneuerbaren Energien. Geht es aber wirklich um die Schaffung solcher Kapazitäten, auf die man sich im Zweifelsfall nicht verlassen kann? Brauchen wir nicht vielmehr Netzausbau, Speichertechnologien, Smart Grid und vielleicht auch intelligentes Verbraucherverhalten? Zielt das EEG an dieser Stelle vielleicht nicht genau an dem vorbei, was wir tatsächlich brauchen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben viel zu lange im Klein-Klein gedacht. Sie haben nur innerhalb Baden-Württembergs gedacht. Sie haben nicht über die Ländergrenzen hinweg gedacht. Warum können wir nicht dort Windkraftanlagen aufstellen, wo der Wind weht? Warum können wir nicht dort Fotovoltaikanlagen anbringen, wo die Sonne scheint? Ist es wirklich sinnvoll, dass 25 % der weltweit installierten Fotovoltaikkapazitäten im nicht sonnenreichen Deutschland geschaffen wurden? Das kann meiner Meinung nach nicht richtig sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben viel zu lange diesen massiven Markteingriff befürwortet, und Sie haben im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss alles blockiert.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Dann kommt es, Herr Stober, natürlich zu solchen Entwicklungen, dass der Börsenpreis sinkt und der Markt auf eine Weise reagiert, die man zuvor gar nicht auf dem Schirm hatte. Dann kommt es beispielsweise zu der Situation, dass sich Kohlekraftwerke auf einmal wieder rechnen. Das sind Markteingriffe, die Sie vorgenommen haben, die Sie so wollten, durch die all das verursacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Sie nun einen Kapazitätsmarkt fordern, so ist dies nur ein weiterer Folgefehler.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, solides Wachstum ist besser als Goldgräberstimmung. Die Vorgehensweise, nach der Sie in den letzten Jahren gehandelt haben, ist der Energiewende so dienlich, wie es Schokolade für einen Diabetiker ist.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben doch regiert!)

Anfangs mag es süß und verlockend aussehen, aber zum Schluss ist das doch gefährlich und bedrohlich.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben doch selbst regiert! – Abg. Johannes Stober SPD: Sie haben vier Jahre mitregiert!)

Sie sind für eine ehrliche Energiewende ein süßes Gift.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Klaus Burger, Karl Klein und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Nemeth, ich musste ein bisschen schmunzeln, als Ihre Ausführungen in die Richtung gingen, durch das EEG seien die „Reichen gefüttert“ worden. Ich will hierzu einmal ein Beispiel nennen: 35 % der in Baden-Württemberg installierten Kapazitäten im Bereich der Fotovoltaik finden sich auf den Gebäudedächern von Bauern, von Landwirten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was soll das heißen?
– Zurufe der Abg. Johannes Stober und Walter Heiler SPD)

Lassen Sie doch einfach diesen Unsinn, und diskutieren Sie lieber über die Inhalte. Zu diesen Inhalten komme ich jetzt. Wir brauchen doch auch gar nicht mehr mit Polemik zu arbeiten; der Wahlkampf ist vorbei.

Bei der Betrachtung der Situation, wie sie sich nach der Bundestagswahl darstellt, zeigt sich: Alle Beteiligten im Bund und in den Ländern stehen in der Verantwortung, zwei Dinge anzugehen. Zum einen besteht die Verantwortung, das EEG – oder auch ein anderes Finanzierungsinstrument – neu zu denken bzw. das EEG für die Zukunft fit zu machen, um damit die Energiewende weiterzuführen. Zum Zweiten ist es notwendig, dass wir uns über ein neues Strommarktdesign Gedanken machen, um in Deutschland und in Baden-Württemberg auch mittelfristig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Herr Glück, eines noch vorweg: Wenn man sich vor knapp drei Jahren entschieden hat – und zwar über vier im Deutschen Bundestag vertretene Parteien hinweg –, eine Energieversorgung aufzubauen, die auf einem immer stärkeren Ausbau der erneuerbaren Energieträger – etwa Fotovoltaik und Onshorewindkraft – fußt, hat dies zur Folge – unabhängig von der Art der Förderung; unabhängig davon, ob diese durch das EEG oder durch ein anderes Finanzierungsinstrument geleistet wird –, dass wir damit in eine Form der Energieversorgung gehen, die zwar Kapitalkosten verursacht, bei der aber keine Kosten für Brennstoffe mehr anfallen. An der Strombörse in Leipzig, an der der Börsenstrompreis gebildet wird

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP schüttelt den Kopf.)

– Sie schütteln den Kopf; Sie verstehen die Zusammenhänge aber nicht, denn sonst könnten Sie nicht einen solchen Unsinn reden –, werden nur die variablen Kosten der Energieerzeugung abgebildet. Sobald der Wind weht und die Sonne scheint, liegen die variablen Kosten für diese Technologien bei null. Damit wird alles weiter nach hinten verschoben.

Das wiederum bedeutet: Wenn wir die erneuerbaren Energien weiter ausbauen, wird dies – unabhängig von der Art der Förderung – zwangsläufig zur Folge haben, dass der Börsenpreis sinkt. Das ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher eine angenehme Entwicklung. Denn selbst bei einem Anstieg der EEG-Umlage sinkt der Börsenpreis.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Schweizer kaufen gerade ein, Herr Minister, und wir zahlen die Differenz! – Weitere Zurufe)

Beides sind Komponenten beim Strompreis. Deswegen kann beispielsweise die EnBW im Moment auch erklären: Die Strompreise bleiben stabil, trotz steigender EEG-Umlage.

Für die Erzeuger entsteht dadurch das Problem, dass sich der Neubau von konventionellen Anlagen nicht mehr rechnet. Es kommt sogar so weit, dass auch Bestandskraftwerke ökonomisch unter Druck geraten. Wenn man sich einmal entschieden hat – – Ich habe nicht den Eindruck, dass Sie von der Energiewende und vom Ausbau der erneuerbaren Energien Abstand nehmen wollen; andernfalls müssten Sie dies sagen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Nein! Das wollen wir nicht!)

Solange Sie, Herr Kollege Glück, hiervon nicht Abschied nehmen wollen, gehen wir nun einmal in eine Entwicklung, bei der die Börsenpreise tendenziell weiter sinken werden. Das ist zwangsläufig damit verbunden, wenn die variablen Kosten bei null liegen. Dann muss man sich eben Gedanken über ein neues Strommarktdesign machen.

(Beifall bei den Grünen)

Der Baden-Württemberg Stiftung bin ich sehr dankbar, dass sie dieses Gutachten in Auftrag gegeben hat. Das entsprechende Konsortium besteht aus den Professoren Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und Leprich sowie Vertretern des BET in Aachen. Wenn man sich dieses Gutachten anschaut, stellt man fest: Wenn wir über eine EEG-Reform reden, dann gehört hierzu mehr. Ich finde, auch dies sollten wir uns bewusst machen. Hier wurde viel über Kosten geredet. Die Kosteneffizienz ist auch ein wichtiges Thema. Aber es kann, um es deutlich zu sagen, nicht nur um kurzfristige Kostenaspekte gehen. Das ist meines Erachtens bei der Diskussion in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit und in den Medien leider viel zu oft der Fall gewesen.

Die Kosten müssen beim weiteren Ausbau selbstverständlich berücksichtigt werden; ebenso wichtig aber ist es, dass wir die energie- und Klimaschutzpolitischen Ziele – ich sage es noch einmal: hierzu gab es im Frühsommer 2011 ein Einvernehmen über vier Parteien hinweg; daran will ich noch einmal erinnern – nicht aus den Augen verlieren.

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien soll – das meine ich, wenn ich von Zielsetzung spreche – die Energiewende in Richtung einer weitgehend CO₂-freien Stromerzeugung bei gleichzeitiger Umsetzung des Atomausstiegs und bei Gewährleistung der Versorgungssicherheit konsequent vorangetrieben werden.

Eine EEG-Reform ist, um dies deutlich zu sagen, keine Strompreisbremse. Aber sie muss so angelegt sein, dass die Kosteneffizienz und die Kostenverteilung beim Ausbau der erneuerbaren Energien gegenüber der heutigen Situation deutlich verbessert werden.

Was heißt dies? Ich will hier drei Punkte benennen, die einzeln auch schon von meinen Vorrednern genannt wurden.

Zum Ersten geht es natürlich darum, dass wir die Zahl der privilegierten Letztverbraucher – sprich derjenigen, die durch eine Befreiung von der EEG-Umlage privilegiert sind – begrenzen müssen. Selbstverständlich brauchen energieintensive Unternehmen, die in einem internationalen Wettbewerb stehen, eine Privilegierung; das ist doch völlig klar. Aber es kann nicht so weitergehen wie in den letzten Jahren, insbesondere auf-

(Minister Franz Untersteller)

grund der Novellierung des EEG im Jahr 2010. Dies kann nicht ständig ausgeweitet werden.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Genau!)

Die Menge der privilegierten Terawattstunden ist von ca. 60 auf mittlerweile ca. 95 erhöht worden, bei weiter steigender Tendenz. Das heißt, in Deutschland wird mittlerweile mehr Strom von der EEG-Umlage freigestellt, als hier in Baden-Württemberg pro Jahr verbraucht wird. Das ist eine Entwicklung, die so nicht weitergehen kann. Ich denke, da sind wir uns einig. Wenn wir hier in Deutschland nicht selbst handeln, dann wird es von Brüssel aus eine ziemlich klare Ansage hierzu geben. Denn wenn Unternehmen auf der einen Seite keine EEG-Umlage zahlen und auf der anderen Seite noch von den gesunkenen Börsenpreisen profitieren, dann ist das aus meiner Sicht Anlass für eine Debatte über die Frage, ob dies unter Wettbewerbsgesichtspunkten noch zu rechtfertigen ist. Wir sollten uns also nicht wundern, wenn EU-Kommissar Almunia diese Frage ziemlich zeitnah aufwerfen wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lusche?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Bitte.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben gerade darüber gesprochen, die Ausnahmen reduzieren zu wollen. Kollege Nemeth hat vorhin schon dargelegt, dass die Dimensionen dessen, was die Ausnahmen insgesamt ausmachen, überschaubar sind.

Um einen nachhaltigen Effekt in den Blick zu nehmen und um auch einmal auf Baden-Württemberg zu kommen, frage ich: An welche Branchen denken Sie hier in Baden-Württemberg in besonderer Weise, wenn es Ihnen darum geht, solche Ausnahmen zu reduzieren?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ich denke jetzt nicht an bestimmte Branchen, Herr Kollege Lusche. Ich will aber einmal ein Beispiel nennen: Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass man sich darauf verständigt, wieder zu dem Maß zurückzukehren, das wir 2010 mengenmäßig hatten. 2010 waren es bundesweit etwa 800 oder 900 Unternehmen, und es ging um ein Volumen von plus/minus 65 TWh. Ich glaube, dies wäre eine vernünftige Grundlage für eine Debatte.

Es dient der Sache also sicher nicht, hier nun über einzelne Unternehmen oder über einzelne Branchen zu reden. Ich kann aber beispielsweise nicht so recht verstehen, weshalb etwa der Braunkohletagebau beim EEG privilegiert ist. Ich kann nicht erkennen, dass dieser in einem internationalen Wettbewerb steht. An solche Beispiele denke ich.

Ein zweiter wichtiger Punkt: Wenn man über die Frage der Kostenreduzierung redet, muss man auch darüber diskutieren, ob es so weitergehen kann, wie wir es in den letzten Jahren erlebt hatten, nämlich dass es zu einer immer stärkeren Ausweitung der Befreiung des Eigenstromverbrauchs von der Umlage kam. Ich denke, das geht nicht. Das führt zu einer Entsolidarisierung hinsichtlich der Verteilung der Kosten der

Energiewende. Auch hier gilt es, Maß und Mitte zu finden, nämlich insofern, als die Anlagen und die Betreiber ab einer bestimmten Anlagengröße angemessen in die Finanzierung der EEG-Umlage einbezogen werden.

Ich will noch einen dritten Punkt nennen: Wenn sich die Umlage wegen der sich vergrößernden Lücke zwischen der Vergütung, wie sie im EEG festgelegt ist, und den sinkenden Börsenstrompreisen erhöht – das ist wiederum in der vorletzten Woche Fakt gewesen; plus/minus 50 % der Umlagenhöhung sind nämlich über die Differenz zwischen Börsenstrompreis und EEG-Umlage zu erklären –, sollte auf der anderen Seite die Stromsteuer entlang des Ausbauteils, den wir bei den erneuerbaren Energien erreicht haben – mittlerweile sind es etwa 25 % –, entsprechend gesenkt werden. Damit würden die Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet.

Wenn man diese drei Dinge, die ich eben genannt habe, zusammennimmt, wenn man also die Privilegierung der Industrieunternehmen auf ein vernünftiges Maß zurückführt, die Eigenstromerzeugung und den Eigenstromverbrauch zukünftig vernünftig regelt und bei der Stromsteuer so verfährt, wie ich es gerade gesagt habe, dann kämen wir kurzfristig auf ein Einsparvolumen von 3 Milliarden € jährlich. Das ist nicht die Welt – um dies gleich auch einmal zu sagen –,

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

aber trotzdem ist dies ein kurzfristig möglicher Einspareffekt, den man an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben kann.

Meine Damen und Herren, das EEG hat in der Vergangenheit als Geburtshelfer – ich will einmal diesen Begriff verwenden – für die erneuerbaren Energien, wie ich finde, gut, um nicht zu sagen sehr gut, funktioniert.

Übrigens, Herr Kollege Nemeth – auch da liegen Sie falsch –: Das war keine ausschließlich grüne Idee, sondern es ist in Zusammenarbeit mit jemandem entstanden, der heute leider nicht mehr unter uns weilt, nämlich Hermann Scheer.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Er war einer derjenigen, die die Entwicklung hier wesentlich mit vorangetrieben haben, neben anderen wie etwa Hans-Josef Fell. Das war damals ein typisches rot-grünes Projekt von Einzelnen.

(Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Es war, wie ich finde, ein Erfolgsprojekt, da wir sehr schnell – innerhalb von 13 Jahren – von einem Anteil der erneuerbaren Energien von 4 % auf 25 % gekommen sind. Jetzt ist es an der Zeit – um im Bild zu bleiben –, die erneuerbaren Energien, die jetzt den Kinderschuhen entwachsen sind, ins Erwachsenenalter zu überführen.

Wer allerdings – ich finde, das gehört in dieser Debatte auch dazu – daraus den Schluss zieht, zu sagen: „Wir brauchen keine Förderung mehr“ – auch solche Akteure gab es in den letzten Wochen und Monaten; ich erinnere beispielsweise an den neuen Präsidenten des DIHK, Eric Schweitzer, der sagt: „Sofortiger Stopp der PV-Förderung, die Onshorewindenergie nur noch über die Börsenpreise finanzieren, bei der Offshorewind-

(Minister Franz Untersteller)

energie das, was begonnen ist, über das EEG fertigstellen, und dann Schluss machen“ –, der – ich sage es einmal deutlich – soll gleich sagen: „Wir wollen wieder zurück in die alte Welt.“ Denn wenn sich schon konventionelle Bestandskraftwerke, die abgeschrieben sind, nicht mehr rechnen, wie sollen sich dann neue Erzeugungsanlagen – gleich welcher Art – bei sinkenden Börsenpreisen rechnen? Das geht nicht.

Vielmehr braucht man auch in Zukunft einen Finanzierungsmechanismus, um nicht zu sagen – das ist unsere Auffassung, die auch durch das Gutachten belegt wird, das die Landesstiftung in Auftrag gegeben hat – mehrere Finanzierungsmechanismen, und zwar entlang der verschiedenen Technologien. Die Technologien befinden sich in unterschiedlichen Stadien. PV und Onshorewindenergie sind sehr weit entwickelt. Bei diesen sind die Kostenlernkurven in den vergangenen Jahren drastisch nach unten gegangen. Bei Offshorewindenergie stehen wir ganz am Anfang. Bei der Biomasse ist die Situation wieder ganz anders. Der Einsatz von Biomasse ist sehr flexibel; damit kann gleichzeitig sowohl Strom als auch Wärme erzeugt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es macht also Sinn, diese Technologien unterschiedlich zu betrachten und nicht mehr wie bisher alles über die gleiche Systematik im EEG zu behandeln.

Eines sei aus aktuellem Anlass auch noch einmal erwähnt: Wenn es heißt, man könne so etwas über Börsenpreise finanzieren und brauche gar keine Finanzierungsmechanismen mehr, empfehle ich einen Blick ins benachbarte Ausland. In England wird dieser Tage über den Bau zweier neuer Kernkraftwerke diskutiert. In England denkt man – um es im übertragenen Sinn zu sagen – über ein staatlich garantiertes Einspeiseentgelt analog unserem EEG nach, mit dem diese Kernkraftwerke wie folgt finanziert werden sollen: Über 35 Jahre hinweg würden die Betreiber anfangs 10,9 Cent pro Kilowattstunde bekommen. Wenn man das einmal auf 20 Jahre umrechnet, sind es nicht 10,9 Cent, sondern 19,1 Cent.

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Ja! – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Wenn man den Inflationsausgleich noch dazurechnet, Herr Kollege Glück – Von solchen Vergütungen träumen bei uns die Solaranlagenbetreiber, die Windkraftanlagenbetreiber und die Biomasseanlagenbetreiber. Wir reden hier über eine Technologie, die seit 50 Jahren auf dem Markt ist. So viel zu der Behauptung, die erneuerbaren Energien seien teuer.

In England besteht das gleiche Problem wie hier,

(Zuruf des Abg. Joachim Köbler CDU)

nämlich das Problem, dass die Börsenstrompreise sinken. Das Sinken der Börsenstrompreise in Deutschland ist kein Phänomen, das mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien einhergeht, sondern ein Phänomen liberalisierter Märkte.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deswegen kommt man in England auf die verrückte Idee, diese Risikotechnologie zukünftig auch noch mit so einer Vergütung zu finanzieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu den Vorschlägen des Gutachtens machen; ich möchte sie noch kurz vorstellen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zimmermann?

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Zum Schluss bitte. – Im Gutachten wird empfohlen, dass wir langfristig – als Alternative zur heutigen Form der Finanzierung der erneuerbaren Energien – technologie-spezifische und regionalbezogene Ausschreibungen machen. Ich halte das für richtig, weil ich glaube, dass darüber dann auch mehr Kostentransparenz entsteht. Deswegen halte ich es für richtig.

Aber dies können wir nicht von heute auf morgen umsetzen, weil damit natürlich eine ganze Reihe von Fragen zusammenhängen, die noch offen sind. Es geht etwa um die Frage, in welcher Region welche Technologie in welchem Umfang usw. eingesetzt werden soll. All dies gilt es zu klären.

Es gilt auch, die Erfahrungen aus dem Ausland hier mit einzubeziehen. Es gibt Länder, die solche Ausschreibungen schon machen, beispielsweise Brasilien bei Onshorewindenergie und Schweden bei verschiedenen Technologien. Dies gilt es mit einzubeziehen.

Ich glaube aber, wie gesagt, dass das Ausschreibungsmodell mittel- bis langfristig gesehen Sinn macht. Übrigens stehen wir mit dieser Überlegung nicht allein da. Ich hatte gestern eine Diskussion mit Hildegard Müller, der Vorstandsvorsitzenden des BDEW. Der BDEW hat auch Vorschläge vorgelegt. Sie gehen in eine ganz ähnliche Richtung. Auch der BDEW denkt mittel- bis langfristig an ein Ausschreibungsmodell.

Auf dem Weg zu einem Ausschreibungsmodell sollten wir, glaube ich, das zum Tragen bringen, was ich eben genannt habe, nämlich unterschiedliche Fördersystematiken für die unterschiedlichen Technologien.

Wir könnten uns vorstellen, in einem novellierten EEG für Onshorewindenergie, für Fotovoltaik und für die Wasserkraftanlagen ein sogenanntes Optionenmodell zum Tragen zu bringen. Was heißt das? Das ist ein zweigeteiltes Modell. Zum einen hätten wir das sogenannte Bürgermodell, das sich an kleinere und hinsichtlich des unternehmerischen Risikos zurückhaltende Investoren richtet, also Privatpersonen, Bürgerinnen und Bürger, Bürgerenergiegenossenschaften, um diese einmal als Beispiel zu nehmen. Ihnen würde nach diesem Modell wie bisher eine Einspeisevergütung garantiert, allerdings in einer Höhe, bei der unter dem Strich lediglich eine kleine Rendite übrig bleibt, sozusagen das Sparbuch für weitgehend vom unternehmerischen Risiko befreite Investoren. Dieses sogenannte Bürgermodell zielt auf den dezentralen, eher kleinteiligen und bürgernahen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die zweite Option ist parallel dazu das „Integrationsmodell“. Adressat sind die risikoeffizienteren Investoren, die Unterneh-

(Minister Franz Untersteller)

men, die Projektueure, die Gesellschaften. Wer bei einem geplanten Neubau diese Finanzierungsoption wählen würde, bekäme keine Einspeisevergütung mehr, sondern eine vorher festgelegte Kapazitätsprämie. Er genießt darüber hinaus auch keinen Einspeisevorrang. Vielmehr muss er direkt vermarkten.

Ein Wechsel zwischen den Modellen wäre ausgeschlossen, um dies auch deutlich zu sagen.

Das „Integrationsmodell“ wäre aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Schritt zu mehr Markt und mehr Wettbewerb, einem Ausbau in größerem Stil, aber dann eben auch in echter Konkurrenz zwischen den Anbietern.

Wir könnten uns vorstellen – ich habe es eben schon erwähnt –, die Biomasse aus der EEG-Systematik ganz herauszunehmen und zukünftig im KWK-Gesetz anzusiedeln; dahin gehört sie meines Erachtens. In den meisten Fällen reden wir bei Biomasse über Strom- und Wärmeerzeugung, wir reden über Flexibilität, die sich für die Biomasse als Vorteil erweist. Auch darüber sollten wir, glaube ich, nachdenken.

Jetzt komme ich noch zu einem weiteren Vorschlag, der auch in diesem Gutachten enthalten ist, nämlich zu der Frage, wie wir die Windenergieförderung zukünftig gestalten. Herr Hauk, ich habe mich etwas gewundert über Ihre Äußerung – ich glaube, Sie haben es in einer Pressekonferenz gesagt –, es wäre ein unsinniger Vorschlag, den wir da machen.

Heute ist die Situation so, dass an den Standorten mit 130, 140, 150 % des Referenzertrags, wie es die Fachleute ausdrücken, also an den sehr guten Standorten in Norddeutschland, richtig üppig Geld verdient wird.

Ich finde, das geht so nicht mehr weiter.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Langsam, langsam. – Was ist das Problem? Heute ist die EEG-Systematik bei der Windenergie von Norden bis Süden gleich angelegt. Uns schwebt vor – wir haben hierzu ein Modell entwickelt, nämlich das modifizierte Referenzertragsmodell –, dass bei den sehr guten Standorten im Norden mit 130, 140 % Ertrag eine geringere Vergütung pro Kilowattstunde, nämlich in der Größenordnung von 6 bis 7 Cent pro Kilowattstunde, gezahlt werden soll, während an den Referenzstandorten mit 70 % Ertrag, wie sie in Bayern und Baden-Württemberg überwiegend zu finden sind, eine auskömmliche Vergütung – als Hausnummer nenne ich einmal eine Größenordnung von 9 Cent je Kilowattstunde; heute liegen wir leicht darüber, da liegen wir bei 9,3 oder 9,4 Cent pro Kilowattstunde – benötigt wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also mehr Geld für weniger Strom!)

– Nein, das stimmt doch gar nicht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mehr Geld für weniger Strom!)

– Hören Sie nicht zu, oder was?

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wir haben schon verstanden!)

Ich habe Ihnen doch gerade gesagt: Wenn die Vergütung in Norddeutschland abgesenkt wird und auch bei uns leicht abgesenkt wird, dann wird sogar noch ein Einspareffekt in Höhe einer zweistelligen Millionensumme erzielt. Das ist der Effekt. So etwas sollte man nicht als unsinnigen Vorschlag bezeichnen, wie Sie das in Ihrer Pressekonferenz gemacht haben. Ich will Ihnen einmal sagen: Ich habe diesen Vorschlag zusammen mit meinem Kollegen Marcel Huber aus Bayern im Frühjahr bei der Debatte mit dem Kollegen Altmaier um die sogenannte Strompreisbremse eingebracht. Wäre damals der Bundeswirtschaftsminister nicht so vernagelt gewesen, dann wären wir mit diesem Vorschlag durchgekommen. Das ist der Fakt. Das ist meines Erachtens ein ganz vernünftiger Vorschlag, um hier in der Sache voranzukommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass dieses Gutachten gute und kluge Vorschläge enthält. Wir haben sie letzte Woche im Rahmen einer großen Veranstaltung in der Landesvertretung in Berlin, an der 150, 160 Fachleute teilgenommen haben, vorgestellt. Es gab eine intensive Diskussion. Wir haben viele positive Rückmeldungen dazu bekommen. Ich glaube, dass wir damit auf einem guten Weg sind. Wir werden die Vorschläge in geeigneter Weise weiter in die Debatte einbringen.

Zum Abschluss noch ein Hinweis: Vor wenigen Tagen hat die „Stuttgarter Zeitung“ eine, wie ich finde, hochinteressante Analyse zur Frage der Förderung – meines Erachtens sollte man besser „Finanzierung“ sagen; das ist der richtige Begriff, und nicht „Förderung“ – der erneuerbaren Energien und der Energiewende veröffentlicht. Zum Schluss dieses Artikels mit der Überschrift „Die Energiewende – ein steiniger, aber richtiger Weg“ schreibt die Redakteurin Eva Drews – ich zitiere –:

Gleichzeitig wird Deutschland mit Sicherheit von dem Technologievorsprung profitieren, den es jetzt auf einem steinigen Weg erwirbt. Langfristig führt die deutsche Energiewende auch ökonomisch in die richtige Richtung – sofern wir aus Fehlern

– Fehlern der Vergangenheit –

auf dem Weg lernen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gute Rede, Herr Minister! – Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Sehr gute Rede! – Abg. Paul Nemeth CDU: Sie sollten den ganzen Artikel zitieren! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, Sie wollten am Schluss Ihrer Rede noch die Frage des Kollegen Zimmermann zulassen.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Danke schön. – Ich habe zwei Fragen, die Sie kurz beantworten können.

Wie sehen Sie die Zukunft der deutschen Energieversorger und insbesondere auch der Verbraucher, wenn es zu einer Öffnung des Strommarkts in Europa kommt, der Verbraucher also unter den europäischen Anbietern wählen kann? Der deutsche Verbraucher kann ja bislang seinen Strom nicht z. B. von

(Karl Zimmermann)

einem französischen Versorger beziehen. Aber diese Möglichkeit soll in ein bis zwei Jahren bestehen. Trifft dies zu, und wie beurteilen Sie das?

Zweitens: Sie reden immer von der Strombörse in Leipzig – das Geschehen wechselt immer mehr nach Frankfurt. Wie beurteilen Sie die Situation, dass – vergleichbar mit der Situation von vor 13 Jahren bei BSE, als die Schweizer und die Franzosen Rindfleisch in Deutschland günstig gekauft haben – die Schweizer an der deutschen Strombörse günstig Energie beziehen oder dafür sogar Geld bekommen, während der deutsche Verbraucher die Differenz über die EEG-Umlage zahlen muss?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Kollege Zimmermann, zunächst einmal will ich mit einer falschen Aussage aufräumen, nämlich der Aussage, die Sie zum Schluss gemacht haben. Die genaue Zahl hierzu habe ich nicht im Kopf; ich liefere sie Ihnen aber gern nach. Derzeit wird bei uns mehr Strom exportiert als importiert – plus/minus 20 Milliarden kWh Exportüberschuss.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zu welchem Preis?)

Im Jahr 2012 war es so – die Bundesnetzagentur hat die Zahlen veröffentlicht; ich werde sie Ihnen nachreichen –, dass über das Jahr hinweg die Erlöse aus dem Export im Schnitt höher waren als die Importkosten für den Strom. Daher ist diese Mär, dass wir den Strom verschenken würden, einfach Unsinn. Sorry!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Wenn man schon der Meinung ist, dass auch im Energiesektor ein europäischer Binnenmarkt geschaffen werden sollte – ich bin dieser Meinung, Sie ja offensichtlich auch –, dann gilt das natürlich für alle Bereiche. Dann bedeutet das auch, dass ausländische Energieversorger auf günstige Kapazitäten in Deutschland Zugriff haben können, sprich dass sie hier einkaufen, wenn die Strombörse günstige Signale sendet. Umgekehrt machen das die Unternehmen bei uns aber nicht anders. Sie werden dann, wenn an ausländischen Märkten günstige Situationen sind, dort Strom einkaufen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das Kernproblem ist im Moment etwas ganz anderes. Das Kernproblem ist im Moment, dass in einer Situation, in der eigentlich genügend Strom im Markt vorhanden ist, weil die Sonne scheint und der Wind weht, trotzdem die Braunkohlekraftwerke rund um die Uhr durchlaufen. Das ist das Problem. Das hängt damit zusammen, dass der Emissionshandel völlig am Boden liegt und es sich für die Betreiber rechnet, die Anlage nicht abzuschalten, sondern sie sogar noch bei leicht negativen Preisen am Laufen zu halten. Das führt dazu, dass riesige Strommengen entstehen, die dann natürlich „hinausgeschoben“ werden. Wenn wir nicht eine Reform des Emissionshandels hinbekommen – da ist die neue Bundesregierung in der Pflicht –, wird sich dies nicht ändern. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben einer neuen Bundesregierung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Der Minister hat, bevor er die Zwischenfrage des Kollegen Zimmermann beantwortet hat, schon mehr als 50 % der Gesamtrededzeit der Fraktionen in Anspruch genommen, sodass ich jetzt in der zweiten Runde jeder Fraktion, die das beanspruchen möchte, zwei Minuten Rededzeit dazugeben würde.

Für die Fraktion GRÜNE spricht der Kollege Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Eine gute Nachricht vorweg: Ich werde die zusätzliche Rededzeit nicht beanspruchen. Denn Franz Untersteller hat sehr ausführlich dargelegt, wie die Vorschläge der Fraktion GRÜNE aussehen: Kostendämpfung, EEG-Umlage und eine langfristige Reform des Energiemarkts.

Aber von Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, habe ich bislang nichts Konkretes dazu gehört, wie Sie den Energiemarkt, auch in Baden-Württemberg, reformieren wollen. Vielmehr haben Sie nur ansatzweise die Kritik geübt, das EEG sei teuer. Das ist ein bisschen wenig, um die Energiepolitik der Zukunft auch in Baden-Württemberg zu gestalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt noch zur Strompreisbremse von Peter Altmaier: Die Strompreisbremse ist eine Ökostrombremse. Minister Untersteller hat es deutlich gemacht: Uns in Baden-Württemberg muss es auch darum gehen, gerade kleine Einspeiser und Bürgerwindenergieanlagen stärker zu fördern. Durch eine Reduzierung des Zubaus, wie von Altmaier geplant, und das Fehlen einer Investitionssicherheit wäre dieses Ziel ad absurdum geführt worden. Daher haben wir die Strompreisbremse von Peter Altmaier als untaugliches Instrument abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas Grundsätzliches zur Energiepolitik sagen. Die Entwicklung ist bedenklich. Während die Amerikaner 160 Kohlekraftwerke abgeschaltet haben, ist bei uns in der Bundesrepublik im ersten Halbjahr dieses Jahres der Verbrauch von Kohle um 7 % gestiegen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Was?)

Es kann doch nicht sein, dass wir eine Dinosauriertechnologie wie die Kohlekraft wiederbeleben. Vielmehr müssen wir die erneuerbaren Energien besser an den Markt bringen, um unsere energiepolitischen Ziele zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die energiepolitischen Ziele hat diese Landesregierung im Klimaschutzgesetz, das dankenswerterweise auch von der Opposition mitgetragen worden ist, eindeutig definiert. Wir wollen den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 25 % reduzieren. Das funktioniert nur mit einer Energiewende, mit einem neuen EEG, mit Kapazitätsmärkten für Gaskraftwerke; die brauchen wir, auch zum Lastenausgleich. Momentan wird Energiebereitstellung finanziell nicht honoriert. Das heißt, für den Betreiber ist es finanziell nicht lukrativ, Gaskraftwerke zu bauen. Damit kommen wir auch nicht weiter voran, insbesondere auch beim Thema Lastenausgleich nicht.

Insofern liegen die Vorschläge auf dem Tisch. Zur Kostendämpfung könnte die EEG-Umlage sofort um 1 bis 1,3 Cent

(Daniel Renkonen)

pro Kilowattstunde gesenkt werden. Durch eine Weiterentwicklung zum EEG 2.0, wie von uns vorgeschlagen, könnte langfristig eine Renaissance des zum Erliegen gekommenen Energiemarkts stattfinden. Insofern müssen wir nur noch die Lösungsvorschläge umsetzen und nicht darüber palavern.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Nemeth.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sehe etwas Bewegung. Sie haben aber nichts dazu gesagt, wie wir den Schuldenberg von 300 Milliarden € abtragen sollen, wie wir dabei den weiteren Ausbau forcieren und auch noch die Netze bauen, und wie dann unsere gemeinsame Energiewende finanzierbar bleibt.

Herr Minister, mit Ihnen ist es ohnehin immer ein bisschen schwierig.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Johannes Stober SPD: Das sagt der Richtige!)

Da zitieren Sie den letzten Satz eines Artikels in der „Stuttgarter Zeitung“, den ich gelesen habe – ich habe ihn gerade noch einmal gelesen –, der sich äußerst kritisch mit der Energiewende auseinandersetzt und vor allem die Ziele und die Aussagen der Grünen sehr kritisch beäugt. Ich habe ein Protokoll der Plenarsitzung vom 11. April 2013 mitgebracht. Als wir damals zum Thema Energie gesprochen haben, sagten Sie wörtlich – ich zitiere –:

Drittens: Herr Kollege Nemeth, wenn Sie den Einspeisevorrang der erneuerbaren Energien infrage stellen, werde ich nachdrücklich auf der anderen Seite stehen. Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen ... Dies werden wir unter keinen Umständen mitmachen.

Untersteller, April 2013.

Ich sage: Gott sei Dank, die Grünen haben sich bewegt, denn sie haben sowohl heute als auch in ihrem Gutachten erstmalig etwas anderes gesagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt noch einmal zu Ihrem Gutachten, das von einer Stiftung finanziert wurde. Mir wäre es lieber gewesen, Sie hätten es über Ihren Haushalt finanziert. Das will ich auch sagen. Aber Sie sprechen ja selbst in Ihrer Presseerklärung von einem sehr komplexen Vorschlag. Wir haben jedoch mit dem EEG schon ein komplexes Instrument mit über 4 500 verschiedenen Fördersätzen. Jetzt wollen Sie das noch weiter verkomplizieren, noch komplexer machen. Was wir brauchen, ist eine Simplifizierung, eine Vereinfachung des Systems. Entschuldigen Sie, ich sage jetzt – wir sind ja hier unter uns –: Der Fünfjahresplan der KPdSU ist ein schlankes Führungsinstrument im Vergleich zu dem, was Sie hier vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen auch keine 16 Energiekonzepte. Jedes Bundesland macht seinen eigenen Vorschlag. Das kann doch nicht sein. Auf die Nachfrage eines Journalisten haben Sie gesagt:

„Wir haben diesen Vorschlag natürlich nicht mit den anderen Ländern abgestimmt.“ Ich hätte von Ihnen schon erwartet, dass Sie zumindest mit Ihren grünen Umweltministerkollegen darüber sprechen, denn Ihr Vorschlag ist natürlich auch für andere Länder schwierig. Ich stelle fest: Die Energiewende ist für die Länder schon zu einem Windhundrennen um Fördersätze geworden. Dagegen ist der Länderfinanzausgleich ein kleiner Topf. Es geht um 23,5 Milliarden € jedes Jahr. Aber die Energiewende ist eben kein Windhundrennen, sondern eine gesamtdeutsche gesellschaftliche Herausforderung, und sie muss gelingen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ihr Vorschlag des Optionsmodells ist ein alter Hut. Damit läuft Professor Leprich schon seit zwei Jahren in Berlin herum, und niemand will das haben. Sie haben den Vorschlag jetzt aufgenommen.

Dann ist noch über die Frage der Regionalisierung zu sprechen. Dieser Vorschlag bedeutet ja ungefähr, dass Sie mehr Subvention in das Subventionsmodell hineinbringen, Herr Minister Untersteller. Man könnte darüber schon einmal reden. Aber Sie haben uns hier an dieser Stelle jahrelang erzählt, dass Rheinland-Pfalz und andere Länder den Windkraftausbau mit einem Modell hinbekämen. Über 1 000 Windräder stehen in Rheinland-Pfalz. Jetzt sagen Sie: „Moment mal! Baden-Württemberg ist doch nicht so windhöffig.“ Das stimmt gar nicht. Wir haben den Windatlas, und wir wissen, dass es in Baden-Württemberg windhöffige, wirtschaftliche Standorte gibt, wo man Windkraftanlagen bauen kann. Hätten Sie nicht ein völlig vermurkstes Landesplanungsgesetz hier in den Landtag eingebracht, wären wir da auch schon ein Stück weiter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Oje, oje!)

Ich glaube deswegen: Mit diesem Modell der Subvention innerhalb der Subvention, der Regionalisierung der Energiewende in Deutschland, der „Optionisierung“ der Energiewende in Deutschland bekommen wir noch mehr Fehlallokationen, als wir sie bisher schon hatten.

Okay, Ihre Ratschläge in Richtung Berlin wurden gehört. Aber in Berlin haben Sie nichts mehr zu sagen. Insofern wäre es mir schon lieber, Sie würden, anstatt nur gute Ratschläge nach Berlin zu geben, die Energiewende endlich auch einmal in Baden-Württemberg umsetzen – hier regieren Sie – und zum Erfolg führen.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie tun nichts bei den Verteilnetzen und den Nahwärmenetzen. Sie haben den Energieagenturen die Geldhähne zuge-dreht.

(Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Sie machen Ihre Hausaufgaben nicht. Baden-Württemberg – es tut mir leid – fällt im Ländervergleich zurück. Das hat unser Land nicht verdient.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Stober.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das geht länger, oder?)

Abg. Johannes Stober SPD: Zu Ihren Ausführungen, Herr Kollege Nemeth, gäbe es viel zu sagen. Ich habe aber nicht mehr so viel Zeit. Ich habe mit meiner Rede vorhin eigentlich versucht, einen Weg nach vorn zu zeigen und darzustellen, wo wir gemeinsam stehen. Ich habe auch drei Punkte identifiziert, bei denen Konsens besteht: den Emissionshandel, die steuerliche Abschreibung von energetischen Sanierungen und die Verbindung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes auf Bundesebene mit der Energieeinsparverordnung.

Ich bedaure sehr, dass wir hier jetzt wieder eine rückwärtsge wandte Debatte geführt haben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er!)

dass Sie eine rückwärtsge wandte Debatte geführt haben über Kritikpunkte oder Fehler, die, wenn überhaupt, Sie sich dann selbst vorwerfen müssen. Ich nehme jetzt nur das Beispiel der regionalen Energieagenturen. Wer hat denn diese Förderungen befristet? Das waren doch nicht wir, nicht die neue Regierung, sondern das waren Sie in der alten Regierung. Das ist die Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man muss den politischen Willen haben!)

Wir versuchen jetzt, den regionalen Energieagenturen noch entsprechende Mittel aus dem EFRE-Bereich wieder zugänglich zu machen. Deswegen kann ich nur sagen: Auf dem Gebiet der Energiewende passiert unheimlich viel.

Zuletzt haben wir mit einer breiten Mehrheit in diesem Haus das Klimaschutzgesetz beschlossen. Es wird jetzt das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept für Baden-Württemberg folgen, das wir auch im Landtag noch einmal beraten werden – durch den Willen, den das gesamte Haus hier bei der Beratung des Klimaschutzgesetzes zum Ausdruck gebracht hatte.

Das zeigt doch: Wir machen auf Landesebene – auch mit Projekten – unheimlich viel. Ich erinnere nur beispielhaft an die Veranstaltungen im Rahmen der Smart-Grids-Plattform, an denen Sie letzstens genau wie ich als Besucher teilgenommen haben.

Deswegen: Zerreden Sie hier nicht, was in Baden-Württemberg gemacht wird, was an Gutem gemacht wird. Machen Sie lieber Verbesserungsvorschläge. Ich habe heute keine vernommen, zumindest keine konkreten.

Ich glaube, die Vorschläge, die jetzt vom IZES gemacht wurden und die in der Studie enthalten sind, die die Baden-Württemberg Stiftung in Auftrag gegeben hat, enthalten viele vernünftige Ideen auch für die Bundespolitik, darunter übrigens auch Ideen dazu, wie das Ganze vereinfacht werden kann. Denn wir haben heute 4 500 verschiedene Fördermöglichkeiten und Fördersätze. Es geht darum, diese Zahl in Zukunft zu

reduzieren. Die alten müssen wir weiterhin bedienen, aber es geht darum, das Ganze einfacher zu machen.

Ich halte es – auch wenn ich jetzt noch nicht bereit bin, mich auf diese 150 bis 200 Seiten sozusagen komplett zu „committen“ – für sehr überlegenswert, dann auch das, was wir im Bereich der erneuerbaren Energien machen, in Wettbewerbsverfahren auszuschreiben, denn dann kommen wir letzten Endes auch zu den günstigsten Preisen. Das kann man nicht en bloc einfach einmal einführen. Da sind möglicherweise auch Fehlrissen vorhanden. Deswegen muss man da wie beim EEG langsam anfangen und das Ganze dann auch in der Breite sauber weiterentwickeln.

Deswegen bin ich überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind. Ich bin auch überzeugt, dass sich die CDU auf Bundesebene möglicherweise etwas konstruktiver mit diesen Vorschlägen auseinandersetzt, als Sie das hier tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Untersteller, ich habe selten einmal eine Rede von Ihnen so genossen wie die heutige. Ich möchte einfach noch einmal zusammenfassen: regionale Ausschreibungen, die Ausnahmeregelungen nicht total kippen, sondern vielleicht über das eine oder andere reden, um vielleicht auf ein Niveau von 65 TWh zu kommen, den Eigenstrombedarf sinnvoll regeln, die Stromsteuer senken, die Biomasse aus der Förderung herausnehmen. Ich beziehe mich übrigens auch auf Ihre Aussage bezüglich des Einspeisevorrangs der erneuerbaren Energien. Da kann man wirklich nur positiv bemerken: Offensichtlich hat es die Opposition in diesem Haus geschafft, dass sich die Grünen bewegen, und zwar sogar in die richtige Richtung. Vielen herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was jetzt? Er hat es doch vorhin abgestritten!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihre Aussage – dabei haben Sie in meine Richtung geschaut und mich auch genannt –, wir hätten das EEG immer für falsch gehalten, ist nicht richtig. Das EEG war zu seiner Zeit, also am Anfang, sicherlich richtig, um neue Technologien in einen Markt einzuführen und auf diesem zu etablieren.

Jetzt muss man aber auf neue Ziele schießen. Herr Stober und Herr Renkonen, Sie haben gesagt, Sie hätten von uns keine Gegenvorschläge erhalten. Sie haben gesagt, wir hätten herumgenölt, aber keine Vorschläge gemacht.

Offensichtlich haben Sie nicht richtig zugehört. Ich habe vorhin gesagt, dass wir eine Technologieoffenheit brauchen. Insofern ist über ein Mengenmodell zumindest einmal nachzudenken. Warum sollte der Staat entscheiden, welche erneuerbaren Energien wie gefördert werden? Erneuerbare Energien sind doch per se gut. Warum muss der Staat das regeln? Darauf habe ich keine Antwort.

Ich habe Ihnen außerdem gesagt, dass wir ganz andere Dinge in den Blick nehmen sollten. Wir sollten auf die Speicherung

(Andreas Glück)

von Energie und auf einen intelligenten Verbrauch abzielen. Wir sollten auf Netze und Smart Grids setzen, aber nicht auf das EEG. Es wurden also durchaus sinnvolle Vorschläge gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Minister Untersteller, wir haben aber keine Gemeinsamkeit beim modifizierten Referenzertragsmodell. Das ist schlicht und einfach falsch. Warum können wir nicht Sonnenenergie dort erzeugen, wo es Sonne gibt? Warum können wir nicht Windenergie dort erzeugen, wo es Wind gibt? Warum können wir nicht Wasserenergie dort erzeugen, wo es Wasser gibt? Warum wollen Sie unterschiedliche Vergütungssätze, damit sich das überall irgendwie rechnet? Das ist doch unsinnig.

Deshalb kann ich dazu nur sagen: Denken Sie nicht nur baden-württembergisch, denken Sie nicht nur deutsch. Denken Sie europäisch!

Ein Fotovoltaikpaneel in Griechenland ist doch nicht schlechter als eines in Deutschland. Im Gegenteil, es ist sogar besser, weil in Griechenland die Sonne mehr scheint. Ein Windrad in Portugal ist doch nicht schlechter als ein Windrad in Deutschland. Im Gegenteil, in Portugal weht doch mehr Wind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie sich bei den anderen Punkten auch noch so bewegen wie bei den Punkten, die ich eingangs aufgezählt habe, dann sind wir wirklich beieinander, und dann könnten wir auch etwas machen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften – Drucksache 15/4127

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung eines Nationalparks Schwarzwald vor. Wir tun das in der Überzeugung, damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir tun das in der Verantwortung für den Erhalt der Biodiversität und in der Verantwortung für die Sicherung der Artenvielfalt. Auch Baden-Württemberg muss sich dieser Verantwortung stellen. Auch Baden-Württemberg braucht einen Nationalpark.

Der Nationalpark bildet die Grundlage für den Schutz und den dauerhaften Erhalt vieler Tier- und Pflanzenarten, vornehmlich solcher, die einen ungestörten, ursprünglichen und natür-

lichen Lebensraum brauchen, die natürliche Entwicklungsphasen des Waldes brauchen, die in unseren bewirtschafteten Wäldern mit dem Ende der sogenannten Optimalphase heute nicht mehr vorhanden sind. Diese Tier- und Pflanzenarten brauchen dringend Wälder mit alten Bäumen als Lebensraum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir reden hier über viele Arten, die unter Druck stehen, über den Dreizehenspecht, den Gartenrotschwanz, über die Waldohreule und über seltene Pilzarten wie den Tannenstachelbart.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all das sind Arten, die Entwicklungsphasen von Wäldern brauchen. Dabei stehen wir in einer ganz konkreten Verantwortung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Nationalpark liefert einen konkreten Beitrag zum weltweiten Erhalt der Biodiversität. Mit der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt hat sich die Bundesrepublik Deutschland bereits 2007 verpflichtet, derartige Maßnahmen zum Erhalt der Arten und Lebensräume zu ergreifen.

Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat das im Sommer noch einmal betont. Ich zitiere die Bundeskanzlerin:

Die Bundesregierung unterstützt, dass wir fünf Prozent unserer Wälder bis zum Jahre 2020 sich völlig frei entwickeln lassen, das heißt, dass daraus wieder Wildnis wird.

Sie fügte hinzu, dies sei ein nicht immer unumstrittenes Projekt, aber von außerordentlicher Wichtigkeit. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundeskanzlerin hat recht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Meistens!)

Denn genau das, was Angela Merkel in diesem Zusammenhang fordert, ist das Ziel, das wir in Baden-Württemberg mit der Errichtung des Nationalparks durch dieses Gesetz angehen.

Für den Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt und der Landschaft bedarf es größerer unzerschnittener Flächen, die dem Prozessschutz unterliegen, also Flächen, wo natürliche Prozesse – beobachtet vom Menschen, aber nicht durch die Bearbeitung des Menschen gestört – entstehen. Das Bundesamt für Naturschutz und die Wissenschaft legen hier die angestrebten 10 000 ha an, die unser Waldnationalpark im Schwarzwald haben soll. Er ist das richtige Instrument, um unseren nationalen und internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Bemühungen in Baden-Württemberg, einen Nationalpark einzurichten, sind nicht neu. Sie reichen viele Jahre und Jahrzehnte zurück. Es war einer meiner Vorgänger im Amt, der legendäre Gerhard Weiser, der Anfang der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts gemeinsam mit dem damaligen Umweltminister Erwin Vetter die Idee eines Nationalparks aus der Taufe gehoben hat. Ich will mich ganz herzlich bei Erwin Vetter dafür bedanken, dass er sich nach über 20 Jahren auch

(Minister Alexander Bonde)

heute noch genauso leidenschaftlich für dieses wichtige Naturschutzprojekt einsetzt. Erwin Vetter sagte wörtlich:

Der Schwarzwald ist das Referenzprojekt des deutschen Waldes und damit auch für einen Nationalpark überhaupt.

Erwin Vetter sagte außerdem:

Der Nationalpark ist für mich ein Projekt der Heimat- und Naturliebe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, diesen Worten eines engagierten CDU-Umweltpolitikers ist wenig hinzuzufügen.

Der nun vorliegende Vorschlag für eine Gebietskulisse umfasst ziemlich genau 10 000 ha, also eine Größe von 10 km mal 10 km. Das sind 0,7 % der Waldfläche Baden-Württembergs. Sie erkennen die Relation zur Forderung der Kanzlerin. Ich glaube, dass es wichtig ist, in der gesamten Debatte die Größenrelationen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Der Nationalpark ist ein Naturschutzprojekt von bundesweiter Bedeutung. Er bietet seiner Region aber auch unendlich viele Chancen. In den Wirtschaftsdebatten sind wir inzwischen weit davon entfernt, den Schutz von Natur und Umwelt als wirtschaftsschädlich zu betrachten. Wir wissen, das Gegenteil ist der Fall. Eine Innovationsregion entsteht dort, wo Umwelt, Klimaschutz und Artenschutz gemeinsam mit wirtschaftlicher Prosperität buchstabiert werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gerade für die Region im Nordschwarzwald birgt das eine sehr große Chance. Das machen auch die anderen Projekte deutlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer ist nicht gerade als Ökofundi bekannt.

(Zuruf von den Grünen: Das kommt noch!)

Genau dieser Horst Seehofer hat vor ein paar Wochen im Haus der Berge im Nationalpark Berchtesgaden die Gründung des Nationalparks vor 35 Jahren in den höchsten Tönen gepriesen. Ich möchte Herrn Seehofer wörtlich zitieren:

Die Gründung des Nationalparks Berchtesgaden ... war und ist ein großer Glücksfall für Naturliebhaber, für die Tourismuswirtschaft und für den Freistaat Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass wir das auch den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land nicht vorenthalten dürfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gerade in der Region, über die wir sprechen, in der der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

in der der Tourismus ein wesentlicher Arbeitgeber ist und in der – wie wir aus den Untersuchungen wissen – der National-

park als Naturschutzprojekt einen wichtigen strukturellen Impuls geben kann, halten wir das für eine wichtige Maßnahme.

Gerade in einer Zeit, in der naturnaher Tourismus im Trend liegt, passt es zur Marke Schwarzwald, hier auch einen zusätzlichen Impuls zu geben und Baden-Württemberg für den Naturtourismus noch attraktiver zu machen. Dabei wissen wir, dass rund um den Tourismus auch andere Branchen wie Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen, aber auch das Gesundheits- und Sozialwesen über solch ein Projekt wichtige Impulse bekommen. Diese Chance wollen wir nutzen.

Wir haben deshalb sichergestellt, dass der Nationalpark, wenn Sie, das Parlament, unserem Vorschlag im Nachtragshaushalt folgen, die dafür notwendige Ausstattung mit Personal und mit Sachmitteln bekommt, damit er über das heute schon auf der Fläche im Forstbereich und im Naturschutz arbeitende Personal hinaus ein aktiver Partner für die regionale Wirtschaft, für die Weiterentwicklung der Wirtschaft im Nordschwarzwald sein kann. Er kann das mit den von uns vorgesehenen Mitteln und dem vollen Ausschöpfen der Wirkungen, die er bei seinen Aufgaben im forstlichen, wissenschaftlichen und naturpädagogischen Bereich erzielt.

Wir sind davon überzeugt: Dieser Nationalpark wird ein attraktives Angebot für die Menschen in der Region, für die Menschen in Baden-Württemberg, aber auch ein wichtiger Bestandteil des Tourismuslands Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Beteiligungsverfahren, das dem heute zur Beratung anstehenden Gesetzentwurf zugrunde liegt, war lang. Es gab noch kein Großprojekt in Baden-Württemberg, bei dem die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen, die Verbände so früh und intensiv in die Beratungen und die Diskussionen über die Chancen und Risiken, aber vor allem auch über die ganz konkrete Ausgestaltung eingebunden waren.

Der Gesetzentwurf, wie er heute vorliegt, wurde seit 2011 in der Debatte entwickelt. Er trägt die Handschrift all derjenigen, die sich konstruktiv, aber auch mit Kritik und Sorgen in die Debatte eingebracht haben. Zentrale Elemente der Anregungen aus der Region wurden in der Region entwickelt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Die muss man aber mit der Lupe suchen!)

durch die die heutige Kulisse entstanden ist.

Es ist klar: Wir haben ausschließlich Staatswald in der Kulisse des Nationalparks – mit Ausnahme dessen, dass die Stadt Baden-Baden und die Stadt Bühl durch ausdrücklichen Beschluss mit Waldflächen in den Nationalpark hineinwollten. Das heißt, für dieses Nationalparkprojekt wird kein Millimeter Privatwald herangezogen. Wir haben die Kulisse nach Rückmeldungen aus der Region bewusst in die Höhenlagen verschoben, in denen der Holztertrag geringer ist, sind hier allen Anregungen, weiter in die Höhe zu schieben, nachgekommen – bis an den Punkt, an dem es jetzt naturschutzfachlich keine weiteren Potenziale mehr gibt. Wir haben die Fläche des Nationalparks so geschnitten, dass möglichst wenig Privatwald in direkter Nachbarschaft angrenzt. 90 % der Nachbarschaft sind öffentlicher Wald.

(Minister Alexander Bonde)

Weiter haben wir mit der Region ein Managementsystem entwickelt, die Grundlagen entwickelt, um sicherzustellen, dass die Sorge hinsichtlich des Borkenkäfers gemanagt werden kann, dass vom Nationalpark keine Gefährdung für Wirtschaftswälder ausgeht. Der Gesetzentwurf sieht einen mindestens 500 m breiten Pufferstreifen zu dem an den Nationalpark angrenzenden Kommunal- und Privatwald vor und ermöglicht ein effektives Borkenkäfermanagement. Da wir einen Entwicklungsnationalpark anstreben, wird der Abstand in den ersten Jahrzehnten weit über dem gesetzlich festgelegten Mindestabstand von 500 m liegen. Damit sind wichtige Forderungen aus der Bevölkerung aufgegriffen worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das Gleiche gilt für den Erhalt, für die Entwicklungsperspektiven der Infrastruktur, das Gleiche gilt für das Betretungsrecht für jedermann, das wir noch deutlich über die bisherigen Regelungen im Landeswaldgesetz hinaus in diesem Gesetzentwurf umgesetzt haben, und für viele andere Stellen mehr.

Jetzt gibt es trotz dieses intensiven Prozesses weiterhin Menschen, die skeptisch sind und das Projekt ablehnen. Wir nehmen die ablehnenden Voten einzelner Gemeinden in der Region ernst. Wir haben versucht, die dem zugrunde liegenden Argumente weitestmöglich in den Gesetzentwurf aufzunehmen.

Wir nehmen ebenfalls ernst, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in der Region und in unserem Bundesland die Einrichtung des Nationalparks befürwortet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir nehmen auch ernst, dass sich eine Mehrheit der Nationalparkgemeinden und der Nationalparkkreise ausdrücklich für die Einrichtung ausgesprochen hat.

Weiter nehmen wir ernst, dass eine Reihe von repräsentativen Umfragen – u. a. zuletzt von forsa im August – deutlich machen: 69 % der Menschen in Baden-Württemberg sind dafür, dass wir unsere Verantwortung für den Artenschutz übernehmen und einen Nationalpark einrichten. Und auch in der Region sind 59 % der Bevölkerung dafür. Die positiven Beschlüsse der Stadt- und der Landkreise machen das, glaube ich, deutlich.

Von fünf Stadt- und Landkreisen kam eine Rückmeldung, und nur eine davon fiel ablehnend aus. Die Beschlüsse in den Nationalparkgemeinden – in Baden-Baden, Bühl, Ottenhöfen und Seebach – machen deutlich: Es gibt hier eine breite Unterstützung. Selbstverständlich ist es unser Ziel, auch in den Gemeinden, die sich bisher skeptisch und ablehnend positionieren – Forbach, Baiersbronn und Oppenau –, den Prozess im Dialog weiter so zu entwickeln, dass die Region davon profitieren kann.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Denn ein zentraler Bestandteil dessen, was wir hier an Nationalpark entwickelt haben, ist, dass wir über alles hinaus, was es bisher bei Nationalparks gibt, eine Mitsprache der Region, eine wichtige Rolle der Region im Nationalparkrat geschaffen haben. Der Nationalparkrat besteht zur Hälfte aus den Vertretern der Region, die auch den Vorsitz im Nationalparkrat

stellen werden. Der Nationalparkrat wird die zentralen Punkte des Managementplans, quasi das Betriebshandbuch des Nationalparks, entwickeln, und es wird sichergestellt, dass hier die Interessen der Region in einer Art und Weise abgebildet werden, wie es bei keinem anderen Nationalpark, bei keinem Projekt dieser Art bisher der Fall ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es war ein langer und arbeitsintensiver Prozess, der jetzt mit diesem Gesetzentwurf an Sie, an die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg, übergeben wird. Nationalparks sind nach § 22 des Bundesnaturschutzgesetzes eine nationale Aufgabe, die aber den Ländern übertragen ist. Die Länder müssen entscheiden, wie wir in Deutschland dieser Verantwortung nachkommen. Nach unserem Landesnaturschutzgesetz kommt diese Aufgabe Ihnen, meine Damen und Herren im Landtag von Baden-Württemberg, zu. Die Bundesregierung nimmt sich im Bundesnaturschutzgesetz das Recht, das Benehmen zu Gründungen von Nationalparks auszusprechen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass das Haus von Bundesumweltminister Peter Altmaier, das BMU in Berlin, in den letzten Tagen offiziell das Benehmen zum Nationalpark Schwarzwald erteilt hat und damit unserem Nationalparkgesetz zustimmt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen: Bravo!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen hier vor einer Frage, die wichtig ist, bei der es darum geht, ob wir den nachfolgenden Generationen die gleichen Chancen in der Nutzung von Natur, aber auch im Erleben von Natur mitgeben. Dazu gehören Naturgebiete, dazu gehören auch ursprüngliche Wälder, wie sie hier durch diese Maßnahme geschützt werden sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hier nicht um Regierung gegen Opposition, es geht nicht um Parteipolitik oder eine grün-rote Landesregierung, sondern es geht um ihn:

(Der Redner hält ein Bild hoch.)

Es geht um den Sperlingskauz und um viele andere Arten, die wie der Sperlingskauz auf Lebensräume angewiesen sind, die wir heute in unserer bearbeiteten Welt im Wald nicht mehr in dem Maße abbilden können, wie wir es brauchen. Insofern bitte ich Sie, mit Ihrer Entscheidung den Sperlingskauz wie die vielen anderen Arten ernst zu nehmen. Ich möchte, dass wir in Baden-Württemberg auch in der Bewahrung der Schöpfung Spitze sind. Dazu bedarf es dieses Gesetzes, und ich bitte Sie, es zu verabschieden.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen – Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, bevor wir in die Aussprache eintreten, begrüße ich sehr herzlich im Zuhörerbereich eine Delegation der Schweizerischen Bundesversammlung unter der Leitung von Frau Präsidentin Dr. Kathy Riklin.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(Präsident Guido Wolf)

Die Gäste sind Mitglieder der „Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag“. Dabei handelt es sich um das Pendant zur Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe im Bundestag in Berlin.

Mit den Gästen begrüße ich sehr herzlich den Botschafter der Schweiz, Seine Exzellenz Herrn Tim Guldemann, sowie Frau Generalkonsulin Irene Flückiger Sutter.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir betrachten Ihren Besuch als Bekenntnis zur Fortsetzung der bewährten und traditionsreichen guten parlamentarischen Kontakte zwischen unseren beiden Ländern. Ich darf Sie im Namen der Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg nochmals sehr herzlich hier im Parlamentsgebäude begrüßen und willkommen heißen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir fahren nun in der Beratung fort. Ich darf im Rahmen der Aussprache für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Patrick Rapp das Wort erteilen.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Gäste, auch aus der Schweiz! Die Zeit ist heute eigentlich zu kurz, um das zu sagen, was man sagen müsste, um das zu wiederholen, was in der Region gesagt wurde und was man für diesen Gesetzentwurf auch hätte berücksichtigen müssen. Insofern stimmt das, was Sie, Herr Minister, sagen, nicht ganz. Im Entwurf ist einiges, für das Sie von der Region einen Fingerzeig erhalten haben, nicht enthalten.

Bevor ich in die Thematik einsteige, möchte ich eines sagen: Es ist nicht einfach, hier zu stehen und Ihren Gesetzentwurf zur Errichtung eines Nationalparks zu kritisieren, ohne die Wichtigkeit des Naturschutzes an sich infrage zu stellen. Das sage ich, weil einige unter uns sind, die dazu neigen, dies zu vermischen. Es bedarf nach meiner Auffassung einer sehr differenzierten Betrachtung, vor allem dann, wenn man einem Nationalpark grundsätzlich offen gegenübersteht, aber die Umsetzung und die konkrete Ausgestaltung, die Sie hier vorlegen, nicht mitträgt, und dies gerade auch mit Blick auf die betroffene Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Als Beispiele nun einige Punkte, die nicht nur von uns, von der CDU, vorgetragen wurden, sondern die vor allem von Vertreterinnen und Vertretern der Region, den regionalen Arbeitskreisen, die Sie eingerichtet haben, aber auch von vielen Verbänden formuliert wurden.

Sie haben z. B. in der Region – Herr Minister, Sie haben das in Ihren Ausführungen dargelegt – damit geworben, dass Sie in dieser Region den Tourismus stärken wollen. Sie haben uns bis heute nicht gesagt, mit welchen Mitteln Sie dies umsetzen wollen und in welchem Rahmen das Ganze stattfinden kann. Das ist bis heute ungeklärt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern
FDP/DVP)

Sie haben auch von den Entschädigungen für die privaten und für die kommunalen Waldbesitzer geredet, die von eventuel-

len Schäden, die durch den Nationalpark bedingt sind, betroffen sind. Wir reden von Insektenschäden, wir reden aber auch von Wildschäden. Aber auch hierzu gibt es weder einen Entschädigungsmitteltopf, noch gehen Sie auf die Eigentümer zu. Im Gegenteil: Es gibt noch nicht einmal eine Schiedsstelle, die in der Lage wäre, auch die Beweislastfrage sauber zu klären.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Sie haben bis heute weder uns hier im Parlament noch der Region vorgelegt, wie Sie denn die von Ihnen auch angesprochene Verkehrs- und Besucherlenkung bewältigen wollen, geschweige denn die Frage geklärt, welche Gemeinde mit welchen Portalgebäuden ausgestattet sein soll. Die hierfür entstehenden Kosten sind ebenfalls nicht beziffert. Und es ist, wenn man es von vorn bis hinten durchliest, letztlich ein Gesetz ohne endgültige, abschließende und sinnhafte Aussagen zu den finanziellen Konsequenzen.

(Beifall bei der CDU sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Dr. Rapp, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Rösler?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er kann nachher sprechen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Gesetzgebungsverfahren!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Nein.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist schade! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Er will nur verhindern, dass die Redezeit ausgeschöpft wird!)

Dass Sie eine solide Aufstellung der Kosten, die zu erwarten sind, bis heute nicht vorgelegt haben, aber auf der anderen Seite von einer gelungenen Finanzierung reden, ist durchaus fragwürdig. Denn ein Häuslebauer, der zur Bank geht, um sein Haus zu finanzieren, aber nicht sagen kann, was es am Schluss kostet, der wird auch seine Probleme haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber es gibt über diesen finanziellen Bereich hinaus weitere Punkte, die im Zusammenhang mit der Einrichtung des Nationalparks, aber auch im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf nicht diskutiert wurden oder ungeklärt bleiben. So stellt sich z. B. die Frage, wie Sie die touristische Nutzung, die Sie vorhin auch angesprochen haben, sprich das Erleben von Wildnis und von Natur, mit der auf der anderen Seite absolut notwendigen Unberührtheit der Schutzfläche in Einklang bringen wollen. Hierzu gibt es keine Aussagen.

Ungeklärt bleibt die Frage, wie Sie mit dem Widerspruch umgehen, einerseits den nachhaltigen und nachwachsenden Rohstoff Holz stärker einsetzen zu wollen, und zwar auch mit Blick auf die Energiewende, während Sie andererseits gleichzeitig immer mehr Flächen aus der Nutzung nehmen, mit all den Folgen für die CO₂-Bilanz und die Erzeugung grundlastfähiger Energie aus regenerativen Quellen.

(Dr. Patrick Rapp)

Wir haben von Ihnen auch nichts zu der Frage gehört, wie denn die Mittelkonkurrenz eigentlich zu bewerten ist. Die Naturparks im Land, das Biosphärengebiet im Land und andere Naturschutzprojekte sind durch diese unklare Finanzaufstellung, die Sie uns bisher – meist über die Presse – übermittelt haben, in arger Sorge um ihre Zukunft, um ihre Finanzierung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Quatsch!)

Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen: So leid es mir auch tut, diesen Entwurf können und werden wir so nicht mittragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir erkennen aber an – dafür möchte ich dem Kollegen Markus Rösler auch danken –, dass Sie uns in den Verhandlungen, die wir logischerweise in diesem Zusammenhang geführt haben, entgegengekommen sind, auch bei der Forderung, die aus der Region stammt, über die Höhenlinie noch einmal nachzudenken. Dazu muss man sagen: Das ist gut, und es wäre eigentlich ein Ansatz gewesen, weiterzumachen und gemeinsam eine Lösung zu finden.

Aber wenn wir schon bei der Fläche sind: Wir wissen alle, dass es nicht nur im Hinblick auf andere Dinge, sondern auch im Hinblick auf den Nationalpark auf die Größe gar nicht ankommt. Einfluss auf die Artenvielfalt, die Biodiversität hat nicht die Größe der Fläche, sondern deren Ausgestaltung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Vielleicht kann man sich über die Flächengröße noch einmal mit den betroffenen Menschen in der Region unterhalten. Vielleicht gibt es ja tatsächlich Brücken, die man schlagen kann.

Sie haben auf der anderen Seite das 5-%-Ziel angeführt und haben die Kanzlerin Merkel zitiert, Herr Bonde. Das ist richtig. Aber ich habe in dieser Ausführung der Kanzlerin nicht gelesen, dass es regional entsprechend verteilt ist, sondern es geht darum, dass dies für die ganze Republik gilt und es so gemacht werden soll, dass die Aufteilung sinnvoll ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Jetzt noch ein Wort zur Bürgerbeteiligung. Ich weiß, dass Sie dies gern anders bewerten. Für mich stellt sich die Frage und bleibt auch die Frage, ob es denn richtig ist, ein derartiges Großprojekt gegen den Willen der Menschen vor Ort durchzuführen. Sie sagen, sie hätten unzählige Veranstaltungen durchgeführt. Das stimmt. Teilweise waren wir dabei. Wir haben das sogar teilweise argumentativ unterstützt. Aber das, was Sie dort an Kritik bekommen haben, das, was Sie hätten aufnehmen können, haben Sie nicht umgesetzt. Infolgedessen war der Prozess quantitativ vielleicht gut, qualitativ leider nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Richtig!)

Vor diesem Hintergrund zitiere ich aus Ihrer Pressemitteilung, Herr Bonde, vom 24. Juli dieses Jahres zum Thema „Verknüpfung

von Tourismus und Naturschutz“. Sie haben ausgeführt, der Naturschutz lebe von der Akzeptanz und der Wertschätzung der Bevölkerung. Ja Herrschaft, machen Sie es halt!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Nutzen Sie die Zeit bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes, um eine Anhörung durchzuführen – das tragen wir mit –, und versuchen Sie bei Gott die Ziele in dieser Region, die ökologischen wie die ökonomischen, wie die sozialen Ziele unter ein Dach zu bringen und nicht einseitig durchzuregieren. Das hat diese Bevölkerung nicht verdient.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Sitzmann.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Jetzt wird es wieder schlechter! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollege Herrmann, dieser Zwischenruf war nicht angemessen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt kommt der Dreizehenspecht!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben vorhin bereits am Applaus der Regierungsfractionen gemerkt, dass es für uns heute ein ganz wichtiger Tag ist. Es ist ein wichtiger Tag für den Naturschutz im Land, für die Artenvielfalt, für die Stärkung des ländlichen Raums, für Tourismus und Wirtschaft.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Gegen die Bürgerinnen und Bürger!)

Deshalb freuen wir uns alle wirklich sehr, dass heute dieser Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Es ist ein großer Tag für das Land Baden-Württemberg, auch wenn Sie hier versuchen, das kleinzureden. Sie wissen – der Herr Minister hat das auch eingeführt –, die Idee gibt es schon seit über 20 Jahren. Heute ist es endlich so weit,

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das sind olle Kamellen, mit denen Sie arbeiten!)

dass wir uns mit der grün-roten Landesregierung auf den Weg machen, eine Idee umzusetzen, die auch aus Ihren Kreisen kommt und auch aus Ihren Kreisen unterstützt wird. Ich nenne nur einmal die Initiative von Christdemokraten für einen Nationalpark im Schwarzwald,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das bestreiten wir doch gar nicht!)

die viele Prominente, allen voran Herr Vetter, unterzeichnet haben, die aber auch die Unterstützung des ehemaligen Ministerpräsidenten Oettinger hat. Ich finde, diese Kolleginnen und Kollegen haben recht: Es ist richtig, den Nationalpark einzurichten, meine Damen und Herren.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich kann nicht verstehen, dass ausgerechnet Sie, Herr Kollege Hauk – Sie waren ja auch einmal Minister für Ernährung und Ländlichen Raum –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat das Biosphärengebiet umgesetzt!)

sich gegen die Stärkung des ländlichen Raums, die der Nationalpark mit sich bringen wird, stellen. Das ist überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Alles, was wir jetzt an Gründen gehört haben – ich komme noch einmal genauer darauf zurück –, wirkt wirklich wie die Suche nach dem Haar in der Suppe, um nicht zuzustimmen, obwohl viele von Ihnen – da bin ich mir sicher – gern ihr Ja zu diesem Gesetzentwurf geben würden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Einrichtung eines Nationalparks ist ein wichtiger Schritt zu mehr Naturschutz, zu mehr regionaler Wertschöpfung, zur Stärkung des ländlichen Raums auch durch neue touristische Möglichkeiten, und sie ist eine historische Chance, die wir – die Landesregierung, insbesondere Minister Alexander Bonde und Ministerpräsident Winfried Kretschmann – jetzt umsetzen. Ich finde zusammen mit meiner Fraktion: Das ist ein sehr, sehr wertvolles Geschenk an unsere Kinder und Enkelkinder. Das ist mit Geld gar nicht aufzuwiegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Wenn man sich die Karte der Nationalparks in der Bundesrepublik anschaut

(Die Rednerin hält eine Karte hoch.)

– das ist diese hier –, dann kann man erkennen, dass es da, wo sich Baden-Württemberg befindet, einen sehr großen weißen Fleck gibt. Baden-Württemberg ist das einzige Flächenland, in dem es bisher noch keinen Nationalpark gibt. Es gibt insgesamt 14 Nationalparks in der Bundesrepublik. Alle Flächenländer haben mindestens einen Nationalpark. Baden-Württemberg hatte bislang keinen. Mit diesem Gesetz wird es endlich auch in Baden-Württemberg einen geben, und zwar hier.

(Die Rednerin markiert einen Punkt auf der von ihr hochgehaltenen Karte.)

Deshalb wollen wir diesen Prozess und das Gesetzgebungsverfahren jetzt auf den Weg bringen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Haben Sie diese Karte auch mit Skiliften? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schleswig-Holstein!)

Wir hoffen ja immer noch, dass Sie, wenn Sie das Haar in der Suppe gefunden und es herausgefischt haben, das Vorhaben noch unterstützen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bedanken: bei den vielen Beteiligten in der Region, die mitgestaltet haben, die mitdiskutiert haben und die mit dazu beigetragen haben, dass dieser Gesetzentwurf so ausgestaltet worden ist, wie er Ihnen heute vorliegt, die dazu beigetragen haben, dass sich die Gebietskulisse entsprechend anpasst, dass die Region eine starke Mitsprachemöglichkeit bei der konkreten Ausgestaltung hat. Deshalb: Die Beteiligung und das Engagement haben sich gelohnt. Wir hoffen darauf, dass es in der Region auch in Zukunft so sein wird.

Ich möchte mich auch bei den Verbänden und Vereinen bedanken, die sich engagiert und eingebracht haben, und ich möchte mich ausdrücklich auch bei denjenigen bedanken, die kritisch diskutiert haben. Auch die kritischen Diskussionen sind wichtig. Sie haben dazu geführt, dass es eine intensive Auseinandersetzung gab – in einem Teilnahmeverfahren, wie es im Land Baden-Württemberg noch nie zuvor stattgefunden hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So eines gab es noch nie! – Abg. Thomas Blenke CDU: So eines gab es in der Tat noch nie!)

In einer Vielzahl von Veranstaltungen, Diskussionen und Debatten hat sich Minister Bonde unzählige Male mit der Thematik auseinandergesetzt, aber auch der Ministerpräsident selbst hat in Veranstaltungen vor Ort mit den Menschen in der Region diskutiert, im Ringen um den besten Weg für einen Nationalpark in Baden-Württemberg.

(Abg. Peter Hauk CDU: Für Sie gab es nur einen Weg!)

An dieser Stelle darf ich aus einem Gutachten zitieren, das die CDU in Auftrag gegeben hat. Herr Professor Schraml hat in seinem Gutachten ausdrücklich bestätigt, dass dieses Teilnahmeverfahren gelungen war und dass der laufende Prozess im Hinblick auf seine Breite und die Vielfalt der eingesetzten Instrumente beispiellos ist. Deshalb herzlichen Dank an alle Beteiligten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Leider haben Sie es nicht aufgenommen! – Abg. Peter Hauk CDU: Und jetzt, Frau Sitzmann, wo finden sich die Ergebnisse?)

Viele Jahre lang, Herr Kollege Hauk, wurde geredet; gehandelt haben nun endlich wir und Herr Minister Bonde. Gewinnen werden – da bin ich mir sicher – die Natur, die Region und das Land. Ich finde Ihren Zwischenruf von vorhin, Herr Hauk, das sei ein grünes Beglückungsprogramm, unglaublich. Damit reden Sie die Ziele, die die Bundeskanzlerin selbst ausgegeben hat, die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, klein. Sie ignorieren das Abkommen, das ganz klar beinhaltet, dass 5 % der Waldfläche in dieser Republik der Natur überlassen werden sollen. Das alles ignorieren Sie. Das ist schade. Deshalb noch einmal von unserer Seite: Der Nationalpark ist ein wertvolles Geschenk an unsere Kinder und Enkelkinder.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Bundeskanzlerin hat nicht die Weisheit allein gepachtet! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Edith Sitzmann)

Zum Artenschutz: Es geht um die biologische Vielfalt als Lebensgrundlage. Wenn Sie die Erklärung der CDU-Befürworter lesen, können Sie genau das lesen, was auch unsere Motivation ist, die Motivation der Mehrheit der Menschen in der Region und in der Bevölkerung insgesamt in Baden-Württemberg, nämlich den Artenschutz und die biologische Vielfalt zu stärken.

(Abg. Peter Hauk CDU: Abstimmung ist die harte Währung!)

Wir haben ein Artensterben, das derzeit so schnell voranschreitet wie nie in den vergangenen Jahrtausenden. Das kann uns doch nicht egal sein. Wir müssen handeln und etwas tun.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Diese Landesregierung, meine Damen und Herren, tut etwas, und diese Landesregierung und die Regierungsfractionen unterstützen die Bundesregierung bei der Wahrnehmung ihrer Verpflichtung gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft. Wir leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und zum Schutz der biologischen Vielfalt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wer Nationalparks besucht hat – wie ich gerade dargestellt habe, gibt es in Deutschland 14 Nationalparks –, der weiß, dass sie zu einem großen Anziehungspunkt werden, dass sie die Regionen stärken sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft beitragen. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass dieses Gesetz uns – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Katastrophentourismus ist das in Teilen! – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Peinlich!)

– Herr Hauk, ich finde es wirklich peinlich, aber Ihre unqualifizierte Kritik fällt auf Sie selbst zurück.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was Sie gerade von sich gegeben haben, ist peinlich!)

Sie haben von Anfang an angekündigt, gegen den Nationalpark zu trommeln, und das dann auch umgesetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gegen diesen Nationalpark! – Abg. Peter Hauk CDU: Gegen diesen!)

Sie haben im Schwarzwald Podiumsdiskussionen organisiert, bei denen Sie einen Befürworter und fünf Gegner des Nationalparks auf dem Podium hatten. Dabei haben Sie zugegeben, dass Sie gar nicht neutral sein wollen, sondern gegen diesen Nationalpark sind.

(Zurufe von der CDU)

Ich hatte immer gehofft, dass Sie sich im weiteren Verfahren doch noch eines Besseren belehren lassen. Wenn Sie in der „Südwest Presse“ verlauten lassen, Sie fürchteten um die Existenz des Homo sapiens im nördlichen Schwarzwald und Sie wollten nicht, dass ganze Dörfer entvölkert werden, dann

zeigt das, Sie haben noch nie einen Nationalpark besucht und haben keine Ahnung, Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf, den Herr Minister Bonde heute eingebracht hat, ist in einem vorbildlichen Beteiligungsverfahren entstanden.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

In der Region hat er die Unterstützung der Mehrheit. Vier der sieben Nationalparkgemeinden, zwei der drei betroffenen Regionalverbände, alle Landkreise – bis auf Freudenstadt – und auch eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung im Land sind dafür.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich betone: Dieser Nationalpark ist im Interesse des ganzen Landes und im Interesse der Bundesrepublik.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie oft waren Sie denn vor Ort?)

Deshalb sind wir davon überzeugt, dass dieser Nationalpark ein Gewinn für uns alle ist. Wir wünschen, dass dieser Nationalpark Natur und biologische Vielfalt für viele Menschen erlebbar macht. Wir sind zuversichtlich, dass dies so kommen wird. Deshalb ist für uns heute ein guter Tag.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Claus Schmiedel.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die anderen weigern sich! – Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt kommt der Bericht von der Wanderung! – Weitere Zurufe von der CDU)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vom Feeling her

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Habe ich ein gutes Gefühl!)

hat die große Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg ein gutes Gefühl hinsichtlich des Nationalparks.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Vom Feeling! – Abg. Thomas Blenke CDU: Aber nicht im Nordschwarzwald!)

Das kann man nachvollziehen, wenn man beispielsweise auf dem Westweg, der von Pforzheim nach Basel führt, durch den Schwarzwald wandert und in den Bannwald „Wilder See“ kommt.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und dann die Förster trifft!)

Da geht einem das Herz auf. Wer den Bannwald „Wilder See“ betritt, kommt in ein Gebiet von 50 ha, das heimatverbundene, naturliebende

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts einzuwenden!)

Schwarzwälder vor hundert Jahren aus der Nutzung genommen haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da wollt ihr jetzt den Borkenkäfer einführen!)

Damals war dies eine Reaktion auf die zunehmende Industrialisierung der Schwarzwaldtäler, auf die zunehmende industrielle Nutzung des Holzes. Es sollte gezeigt werden, dass unser Schwarzwald mehr ist als Holzeinschlag und Festmeter.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wenn unten am Wilden See der Boden dampft und man oben steht, hat man das Gefühl von Heimat und Natur.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist das, was uns Sozialdemokraten mit den naturverbundenen Schwarzwäldern verbindet. So sind die Naturfreunde, die älteste Naturschutzbewegung, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Industrie und Wirtschaftswachstum auf der einen Seite erfordern, dass man auf der anderen Seite auch die Natur schützt und wertschätzt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Heute ist es bei immer noch anhaltendem Naturverbrauch völlig richtig, wenn – jetzt hätte ich beinahe gesagt: unsere gemeinsame Kanzlerin –

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das geht aber schnell! – Zuruf: „Unser aller“ heißt das!)

die Kanzlerin fordert, 5 % der Wälder in Deutschland aus der Nutzung zu nehmen. Die Natur muss um der Natur willen geschützt werden – um ihrer selbst willen. Hier hat die Kanzlerin recht.

Ich sage: Es dauert noch ein paar Wochen. Wenn wir, CDU und SPD, aber dann in Berlin eine gemeinsame Regierung bilden,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bitte keine Drohungen!)

erwarte ich von Ihnen, dass Sie auch hier regierungstreu sind und wir nicht immer nur mit den Grünen eine gemeinsame Regierungspolitik in Berlin durchsetzen.

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Woanders zahlst du für so etwas Eintritt! – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Jetzt komme ich auf Ihre Position zu sprechen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weiter so! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber die gibt es doch gar nicht, Herr Kollege Schmiedel!)

Diese ist geprägt durch ein Zick, auf das regelmäßig ein Zack folgt. Das begann mit Gerhard Weiser – er wurde bereits erwähnt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ihn als Kronzeugen zu nehmen ist schon unverfroren!)

Zusammen mit Herrn Vetter hat er die Idee zu einem Nationalpark geboren. Zick. Dann kam die Fraktion. Zack. Weg war es. Daraufhin wurde während Ihrer Regierungszeit das Vorhaben im Ministerium weiter bearbeitet. Sie haben ein Wahlprogramm beschlossen, in dem steht, die CDU Baden-Württemberg fordere ein weiteres Großschutzgebiet in Baden-Württemberg. Als Beispiel führen Sie den Nationalpark an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Richtig!)

Jetzt nicken Sie. Nun führen Sie das Argument an, Sie seien für einen Nationalpark, jedoch nicht für diesen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, so ist es! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wo möchten Sie denn einen errichten, wenn nicht an der jetzt vorgesehenen Stelle? Wo denn?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben! – Weitere Zurufe)

Herr Hauk, ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Sie „barzeln“ hier herum wie zu der Zeit, als Sie gesagt haben: „Natürlich wollen wir Ostverträge, aber doch nicht diese.“ Ja welche denn dann?

(Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rapp?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Gleich. Ich muss ihm zuerst noch etwas vorhalten. Das kann er dann mit einbeziehen. Bei Herrn Dr. Rapp ist dieses Zick und Zack nämlich besonders ausgeprägt.

(Heiterkeit)

Nachdem Sie das Projekt abgelehnt haben, gingen Sie in meiner Heimatstadt Ludwigsburg in Klausur. Dort haben Sie sich mit dem Thema beschäftigt. Als Ergebnis lesen wir: „Auch CDU ist für Nationalpark“.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir waren schon immer dafür! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Claus Schmiedel)

Sie argumentieren nun: „Aber nicht für diesen.“ Es stellt sich dann die Frage: Weshalb waren Sie plötzlich für einen Nationalpark? Herr Dr. Rapp hat es dann erklärt:

In der jüngsten Sitzung der 60-köpfigen Fraktion in Ludwigsburg habe es ein eindeutig positives Meinungsbild zu dem Projekt

– zu dem Projekt, nicht zu einem Projekt –

gegeben. Dies finde seinen Niederschlag in einem einstimmigen Votum. Rapp: „Unsere Grundhaltung ist jetzt grundsätzlich positiv.“

– Zick.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das ist eine Weiterentwicklung unserer bisherigen Position.“

Im Weiteren führt er aus, wie es dazu kam:

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Man merkt den Schulmeister!)

Als Grund für den Kurswechsel nannte Rapp, der das Thema in der CDU-Fraktion federführend betreut, das 1 200 Seiten dicke Gutachten der Landesregierung.

Sie haben sich also genau mit diesem Nationalpark, mit dem Gutachten beschäftigt und haben sich für das Projekt ausgesprochen. Zick.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD und den Grünen)

Dann kommen noch einzelne Begründungen:

So ergebe sich daraus,

– aus dem Gutachten –

dass ein Nationalpark einen deutlichen Mehrwert für den Naturschutz bringe. Auch die touristische Expertise zeige, dass ein Nationalpark eine Chance für die Region Nordschwarzwald sei, ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt noch die SPD-Position!)

Jetzt haben Sie heute wieder „Zack“ gesagt, denn die touristische Nutzung sei noch nicht richtig geklärt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Sagen wir einmal so: Wir beschließen heute das Papier, und dann fängt die Arbeit an. Die Finanzierung ist bombenmäßig gesichert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vielleicht noch ein Satz zur SPD-Fraktion! Das wäre schön!)

Wir haben eine Anschubfinanzierung, und wir haben eine dauerhafte Finanzierung durch die Erhöhung der Naturschutzmittel im Landeshaushalt. Das ist also gar kein Thema.

Dann fragen Sie: Was passiert denn mit dem Tourismus? Natürlich werden wir in Nordamerika, in Asien zusammen mit Unternehmen, mit Marken aus dem Schwarzwald – auch mit dem Bollenhut – eine Offensive „Black Forest National Park“ starten. Das muss Ihnen doch gefallen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der Abg. Klaus Herrmann und Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jetzt versuchen Sie noch immer, ein paar – – Kollegin Edith Sitzmann hat ja gesagt, Sie suchten nach Härchen in der Suppe. Das Argument „Privateigentümer“ wurde exakt aufgegriffen und berücksichtigt. Deshalb grenzt der Nationalpark nur an 10 % seines Randes an Privatwald. Allen Betroffenen wurde ein Angebot unterbreitet, zu tauschen. Wenn sie nicht mehr in der Nähe des Nationalparks sein wollen, dann gehen sie weiter weg und bekommen eine wertgleiche andere Fläche. Alles ist im Fluss.

Sie verweisen auf das Portal und sagen, noch sei nicht alles geklärt. Wir haben doch als Ergebnis der Diskussion vor Ort den Nationalparkrat vorgesehen – mit dem Vorsitz aus der Region –, damit all die Fragen, die jetzt hinsichtlich der Errichtung des Nationalparks zu klären sind, zusammen mit den Akteuren aus der Region geklärt werden und die Antworten nicht vorher von hier bestimmt werden, Herr Dr. Rapp. Das ist doch das Ergebnis. Deshalb ist natürlich noch alles offen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie gehen Sie mit dem Bürgervotum vor Ort um?)

Deshalb will ich einmal sagen: Wir hoffen auf die Fortsetzung Ihres Kurses, dass Sie, nachdem Sie jetzt auf „Zack“ sind, vielleicht doch wieder auf „Zick“ kommen und es dann aber auch ein Ende hat und wir gemeinsam zu einem so tollen Projekt wie dem Nationalpark Schwarzwald stehen können.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war der Sache nicht angemessen, wie Sie geredet haben! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie jetzt noch die Frage des Herrn Abg. Dr. Rapp?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Herr Kollege Schmiedel, dort, wo ich herkomme, würden wir so etwas mit einem kräftigen „Narri, Narro!“ quittieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war Klamauk!)

Aber jetzt schaffen wir es vielleicht beide noch einmal kurz auf den Weg der Sachlichkeit.

Deswegen habe ich zwei Fragen. Die erste lautet: Haben Sie vorhin zugehört und auch verstanden, dass es uns nicht darum ging,

(Zuruf von den Grünen: So viel zur Sachlichkeit!)

(Dr. Patrick Rapp)

dieses Nationalparkprojekt zu verhindern, sondern dass wir den Weg, wie Sie es umsetzen und ausgestalten, kritisieren?

Die zweite Frage, Herr Schmiedel: Haben Sie das auch so verstanden?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zickzack war das!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu Ihrer ersten Einlassung, Herr Dr. Rapp: Herzblut schließt Sachlichkeit nicht aus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Sie dürfen uns schon zugestehen, dass wir nicht nur nüchtern auf Zahlen abheben, was das Projekt für den Tourismus bringt, was sich an Wertschöpfung und für einzelne Arten ergibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Vielmehr ist das Ganze doch etwas, was das Herz anregt. Das darf man doch auch einmal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der CDU)

Früher haben das eher Leute Ihrer politischen Couleur gesagt, und sie waren stolz darauf. Deshalb ist es auch so, dass gerade die, die wie Herr Vetter, aber auch andere wie der frühere Ludwigsburger Oberbürgermeister Henke – – Der frühere Ministerpräsident Oettinger hat ja gesagt: „Warum so klein? Gleich den ganzen Schwarzwald!“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Ich habe das wohl vernommen. Nur müssen Sie mir zugestehen: Es erfolgte ein zweieinhalbjähriger Prozess der Diskussion, der Information, der Beteiligung in Arbeitsgruppen, es gab ein Gutachten, das alle Fragen aufgegriffen hat, die eingegangen sind, die alle beantwortet wurden –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Und trotzdem sind die Menschen dagegen! Dann haben Sie etwas falsch gemacht!)

sicher nicht zu jedermanns Zufriedenheit. Aber Beteiligung heißt nicht, dass man hinterher erwarten kann, dass alle sagen: „Jetzt ist es so.“ Schauen wir uns doch einmal die anderen Nationalparks an, die Edith Sitzmann vorgestellt hat. Es gibt keinen einzigen Nationalpark, der in der betreffenden Region von vornherein auf Zustimmung gestoßen wäre.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kein einziger!)

– Kein einziger! Aber heute gibt es auch keinen einzigen Nationalpark, zu dem die Bevölkerung in der Region sagen würde: „Den wollen wir wieder weg haben.“ Keinen einzigen!

Deshalb noch einmal – wegen Ihrer Bewegung –: Der Zeitpunkt kommt, zu dem in der Region auch etwas entsteht, ein Gefühl, weil der Nationalpark für sich einen touristischen Mehrwert hat. Aber im Zusammenhang mit dem Nationalpark sind auch noch andere Ideen in der Region vorhanden, die wir aufgreifen wollen und zusammen mit den Akteuren in der Region weiterentwickeln wollen. Da wird sich etwas tun.

Sie müssen aufpassen, dass Sie den Zeitpunkt des Wechsels vom Zick zum Zack nicht verpassen und am Ende nur noch allein als Gegner dastehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werde Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schmiedel, Ihre Zeit kommt bald: Der 11. 11. naht.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich möchte in meinem Beitrag einige grundlegende, auch fachliche Dinge vortragen, die uns – vor allem auch aus unserem Demokratieverständnis heraus – bewegen, diesen Nationalpark abzulehnen.

Frau Sitzmann, Sie haben gesagt, wir hätten noch keinen – – Es müssen fachliche Argumente da sein. Es darf nicht gelten: „Wir haben etwas, was andere nicht haben.“ Sie müssen einmal zu Ihren Kollegen nach Schleswig-Holstein gehen und sagen: „Ihr habt noch keinen Skilift in der Höhe wie in Garmisch-Partenkirchen.“ Fachlich muss es stimmen, meine Damen und Herren.

Der zweite Punkt: Den Ausführungen von Herrn Dr. Rapp kann ich uneingeschränkt zustimmen. Ich möchte allerdings für die FDP/DVP-Landtagsfraktion klar und deutlich sagen: Wir sagen Ja zur Natur- und Kulturlandschaft, Ja zu einem nachhaltigen Tourismus, Ja zum Schutz seltener Pflanzen und Arten, Ja zur naturnahen Waldbewirtschaftung, Ja zu Schützen und Nützen, Ja zum Eigentum, so wie es uns Artikel 14 des Grundgesetzes vorgibt, und Ja zu Mensch und Natur.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir sagen aber Nein zu einem künstlichen grün-roten Prestigeobjekt namens Nationalpark, das auf Pump geschaffen werden soll

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

und langfristig viel kosten wird.

Herr Minister, vielleicht lesen Sie auch einmal, was der Bund der Steuerzahler hierzu gesagt hat. Ich zitiere:

Aus Sicht des Bundes der Steuerzahler handelt es sich bei dem geplanten Nationalpark Nordschwarzwald nicht um ein Projekt, welches in Zeiten eines kreditfinanzierten Landeshaushalts in Angriff genommen werden sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sagen Nein zu einem Nationalpark, der weder in ökologischer noch in ökonomischer Hinsicht – das besagen die Gutachten – einen echten Mehrwert erwarten lässt. Wir sagen Nein zu übertriebenen Einschränkungen durch einen Nationalpark, Nein zu zusätzlicher Bürokratie durch Aufseher und Ähnliches, Nein zum Verzicht auf

(Dr. Friedrich Bullinger)

natürliche Ressourcen durch Stilllegung, Totholz und Borkenkäfer – die Energiewende lässt grüßen –, Nein zur Vernichtung von Volksvermögen

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

und vor allem Nein zu Wortbruch und – das ist der entscheidende Punkt auch für uns Liberale – zum Überhörtwerden der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir sagen also vor allem deshalb Nein, Herr Ministerpräsident, weil die Bürgerinnen und Bürger vor Ort als unmittelbar Betroffene bei einer Beteiligung von über 50 % – mancher Bürgermeister wäre froh, er könnte auf eine solche Wahlbeteiligung verweisen – sich mit bis zu 83 % eindeutig und klar gegen die Schaffung dieses künstlichen Nationalparks ausgesprochen haben.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE zeigt auf ein Flugblatt, das vor der Sitzung vor dem Kunstgebäude verteilt wurde. – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bad Herrenalb lässt grüßen!)

Diese forsa-Umfrage habe ich mir genau angeschaut. Solche Ergebnisse kann man immer bekommen. Je weniger man betroffen ist, umso leichter ist es, dass Sie solche Umfrageergebnisse erhalten. Wenn Sie in Lörrach, in Waldshut oder in Weinheim fragen, werden Sie eine höhere Zustimmung erfahren als unmittelbar vor Ort. Selbst in Kehl im Ortenaukreis schaut man eher nach Straßburg, als dass man sagt: „Das hört sich ganz gut an. Wir können ja einmal Ja sagen.“ Das ist für mich nicht entscheidend.

Entscheidend ist für mich, was der Bürger sagt. Wenn eine Umfrage unter 1 000 Bürgern irgendwo im Umkreis von 100 km um das Gebiet des geplanten Nationalparks mehr zählt als der Wille der Bürger vor Ort – 80 % der Bürger vor Ort sagen Nein zum Nationalpark –, dann haben Sie Demokratie meines Erachtens nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU meldet sich.)

Meine Damen und Herren, gleich tagt noch der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz in öffentlicher Sitzung. Dort haben wir noch genügend Zeit, um das Thema im Detail zu besprechen. Deswegen werde ich keine Zwischenfragen zulassen.

Meine Damen und Herren, die Einrichtung der Nationalparks im Wattenmeer oder auf Rügen verlief anders. Da war etwas vorhanden, und man musste nichts künstlich schaffen. Das war völlig anders. Diese wurden auch nicht auf Pump eingerichtet.

Am Anfang wurde mit den Betroffenen ein Dialog geführt, meine Damen und Herren. Ich erinnere mich an die Veranstaltung in Bad Wildbad, Herr Minister. Sie war einseitig pro Nationalpark ausgerichtet. Nachher wurde breiter diskutiert; das war sehr positiv, das kann ich loben. Allerdings muss ich auch sagen: Dort, wo die Bürger besonders intensiv aufgeklärt wurden und wo intensiv diskutiert wurde, zeigen die Ergebnisse eindeutig, dass die Menschen gegen einen Nationalpark sind.

Herr Minister, insbesondere in Ihrer Heimatgemeinde ist das Ergebnis eindeutig. Dort, wo man versucht hat, die Bürger von einem Nationalpark zu überzeugen, haben 80 % einen Nationalpark abgelehnt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da halfen auch keine Wanderungen, lieber Herr Ministerpräsident, mit dem Ergebnis: „Gehört werden heißt nicht erhört werden. Entschieden wird im Landtag.“ Auf gut Deutsch heißt das: Was schert mich die Meinung der Bürger vor Ort? Ideologie vor Sachverstand. Das ist, glaube ich, nicht das, was man sich wünscht.

Meine Damen und Herren, Überhören und Durchpeitschen sind Stil und Mittel der grün-roten Landesregierung.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich darf es Ihnen zeigen:

(Der Redner hält ein Bild von einem Wahlplakat der FDP mit Überschrift „Gehört werden? Überhört werden!“ in die Höhe.)

Es sieht so aus: Gehört werden heißt überhört werden. Dieser Stil zeigt sich nicht nur bei dem hier diskutierten Punkt, sondern auch bei anderen. So machen Sie Politik, Herr Ministerpräsident und meine Herren Ressortminister – damit man das klar und deutlich erkennt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Der Redner stellt das Bild vor sich am Rednerpult ab. – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht nicht! – Weitere Zurufe von der SPD: Abhängen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Dr. Bullinger, ich darf Sie bitten, das Plakat auf das Rednerpult zu legen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und die anderen Wahlplakate? – Minister Reinhold Gall zu Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und die anderen Wahlplakate, die müssen Sie auch noch abhängen!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie meinen die Wahlplakate der SPD?

(Minister Reinhold Gall: Nein, die von der FDP!)

Meine Damen und Herren, das Gutachten war von Anfang an darauf ausgelegt, dass nichts anderes als das bekannte Ergebnis herauskommen konnte. Das wissen wir. Das war auch Ihr Wahlversprechen gegenüber den Verbänden.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen: Warum erkundigten Sie sich nicht, was es bedeuten könnte, mehr sorgsame Forstwirtschaft zu betreiben und die Bannwälder zu erweitern? Diese haben wir ja bereits. Das könnte man z. B. mit einem Biosphärenpark oder einem Naturpark machen. Dafür hätte man die Menschen, glaube ich, erwärmen können.

Der jetzt geplante künstliche Nationalpark wird – davon bin ich überzeugt – zwar die Biodiversität verändern, aber diese

(Dr. Friedrich Bullinger)

wird nicht artenreicher, sondern nur anders sein. Sie haben dazu auf einem Plakat Vögel dargestellt, die das Gebiet besiedeln sollen. Diese Vögel leben dort aber schon alle. Ich war vor Ort und habe es mir angeschaut. Das ist also nichts Neues. Hier werden Sie nichts dazugewinnen.

Die hochgerechneten Zahlen über den erwarteten Besuch von Touristen im Nationalpark sind eine Luftnummer. Für diese Zahlen fehlt jeglicher Nachweis. Auch das Problem im Zusammenhang mit den Borkenkäfern ist meines Erachtens nicht richtig eingeschätzt. Man braucht sich aktuell nur im Bayerischen Wald umzusehen, um das Problem richtig einzuschätzen.

Meine Damen und Herren, dass man einen Nationalpark auch anders angehen kann, hat die Bayerische Staatsregierung gezeigt; Herr Seehofer wurde heute schon angesprochen. Man hatte dort vor, einen zusätzlichen Nationalpark im Steigerwald einzurichten. Man hat die Bürgerinnen und Bürger vor Ort dazu befragt. Diese haben ganz klar Nein dazu gesagt. Daraufhin hat das Kabinett beschlossen: „Wir werden den Bürgerwillen umsetzen und verzichten auf unser Vorhaben. Wir werden andere Maßnahmen angehen.“

Das Thema „Gehört werden und überhört werden“ habe ich bereits angesprochen. An diesem Punkt muss man die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Das tun Sie nicht. Das kann ich nicht akzeptieren.

Ich komme zu den Kosten: Sie, Herr Bonde, haben geäußert, Sie nähmen an, dass die Kosten für den Nationalpark 6 Millionen bis 7 Millionen € betragen würden. Das stellt aber wohl die Untergrenze dar. Ich glaube, wenn man in fünf oder acht Jahren die Kosten für den Nationalpark bilanziert, dann kann man feststellen, dass Sie sich auf dem besten Weg hin zu Zuständen wie in Limburg befinden, Herr Minister.

Im ersten Semester Betriebswirtschaftslehre lernt man den Begriff „Entgangener Nutzen“ kennen. Er wird überhaupt nicht berücksichtigt. Er bedeutet: Welche Einnahmen fallen z. B. dadurch weg, dass durch den Nationalpark weniger Holz verkauft wird? Auch das ist ein Punkt.

Meine Damen und Herren, der Bürgerwille – wie gesagt – ist mir wichtig. Aber der vorgelegte Gesetzentwurf zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald hat noch viele Mängel; diese wurden schon angesprochen. Ich möchte hier einige nennen:

Erstens: Ein verlässliches und besseres Borkenkäfermanagement aus einer Hand mit klaren Zuständigkeiten und Haftung – hierbei müssen die Pufferstreifen in der Regel Bestandteil des Nationalparks sein; das ist mir wichtig – und ein mindestens 1 000 m breiter Streifen als Puffer zwischen dem Nationalpark und dem restlichen Wald sind erforderlich, um die Eigentümer und die Angrenzenden zu schützen.

Zweitens: Auch die Entschädigung wegen Wertminderung der Gebiete der angrenzenden Waldbesitzer – auch wenn es nur 10 % oder 20 % wären –, die durch die Einrichtung des Nationalparks erfolgt, muss ins Gesetz aufgenommen werden. Das muss klar geregelt werden, denn sonst handelt es sich um eine kalte Enteignung der Eigentümer.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Drittens: Ohne Anwendung der sogenannten Land- und Forstwirtschaftsklausel nach dem Bundesnaturschutzgesetz darf der vorliegende Gesetzentwurf nicht beschlossen werden.

Meine Damen und Herren, zum Schutz des Eigentums und für die Zukunft des Nordschwarzwalds ist es wichtig, die Interessen derer, die das Kulturgut Wald tagtäglich bewirtschaften, einzubeziehen und klare Regelungen zu treffen.

Zum Abschluss möchte ich noch feststellen, dass wir immer gesagt haben: Wenn es eine vernünftige Regelung zur Einrichtung eines Nationalparks gibt, dann kann man darüber reden. Aber so, wie Sie dies angehen – mit diesen Fehlern, mit diesen falschen Ansätzen, mit der Art und Weise, wie Sie den Nationalpark überstülpen –, können wir dem vorliegenden Gesetzentwurf und damit der Einrichtung eines Nationalparks nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Der CDU-Fraktion steht noch eine Redezeit von knapp zwei Minuten, der FDP/DVP-Fraktion noch von knapp zehn Sekunden zu. Die Vertreter der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD haben etwas länger gesprochen, also könnte man noch eine Redezeit von einer halben Minute dazugeben.

Bitte schön, Herr Kollege Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Sparen haben es manche nicht so.

Frau Sitzmann, weil uns das Thema wichtig ist, möchte ich darauf hinweisen, wie die Bürgerbeteiligung umgesetzt wurde und welchen Effekt diese Bürgerbeteiligung hatte. Immerhin lehnen mehr als 75 % der direkt betroffenen Bürgerinnen und Bürger einen Nationalpark ab. 80 % der jetzigen Gebietskulisse eines künftigen Nationalparks befinden sich noch immer auf der Gemarkung der Gemeinden, die einen Nationalpark ablehnen. Wenn wir darauf hinweisen, dann ist das keine Suche nach dem Haar in der Suppe. Vielmehr ist das ein Hinweis der Opposition, die sich mit dem Thema ernsthaft beschäftigt, dass man vielleicht nachjustieren muss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Ich ergänze noch Folgendes: Wir sind uns beim Ziel, ein Großschutzgebiet zu errichten, einig. Wir sind uns nicht einig – ich habe vorhin versucht, dies dem Kollegen Schmiedel deutlich zu machen –, dies in der Art und Weise zu tun, wie Sie es momentan machen.

Ein Nationalpark kann – da gebe ich Ihnen recht – durchaus ein Gewinn für alle sein. Dazu gehört aber, zu versuchen, die unterschiedlichen Ansprüche und Anforderungen in der Region – von denen der Säger bis hin zu denen der Naturschützer – in einem Kompromiss unter ein Dach zu bekommen.

(Dr. Patrick Rapp)

Herr Schmiedel, ich weiß, dass Sie sich von einem kleinen CDU-Abgeordneten wie mir nicht gern etwas sagen lassen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie können noch wachsen!)

– Ich wachse jetzt auch nicht mehr. – Ich bin im „Zivilberuf“ noch Personalleiter. Wenn ich die Möglichkeit hätte, würde ich Sie an die Spitze einer Marketingabteilung stellen, egal welchen Unternehmens, auch eines Nationalparks. Ich habe Ihnen zugehört: Ihr Beitrag war nicht schlecht.

Vielen Dank.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4127 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 6. November 2013, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:29 Uhr